

**Interview mit  
Christine Bergmann**  
Von Aufbruch und E-Quality

**Horst Schmitthener**  
Aus der Not eine  
Tugend machen?

**Barbara Stiegler**  
Aufwertung von  
Frauenarbeit

**Egon Bahr**  
Neue Probleme des  
Friedensschlusses

Ausgabe 4 | 99  
Heft 108  
9,50 DM  
Juli |  
August 1999

## FRAUEN-ZUKUNFT



von Uwe Kremer

In der Auseinandersetzung mit dem Schröder/Blair-Papier, das hier stellvertretend für viele andere Texte diverser selbsternannter Modernisierinnen und Modernisierer steht, sollten wir es uns nicht zu schwer, aber auch nicht zu einfach machen. Worauf will ich mit dieser geistreichen Bemerkung hinaus?

*Erstens:* Unter dem Gesichtspunkt „links-rechts“ (bzw. „links-lechts“, je nachdem) stellen sich die Dinge weiterhin simpel dar. Entscheidend ist dafür das, was im besagten Papier nicht thematisiert wird – nämlich die fundamentale sozialökonomisch bedingte Ungleichverteilung von Macht, Geld und Ressourcen, die sowohl im nationalen wie im internationalen Maßstab in den vergangenen zwei Jahrzehnten politisch forciert worden ist und mittlerweile dramatische Ausmaße angenommen hat.

(Wenn sich Blair/Schröder für die entschiedene Liberalisierung des Welthandels, für einen Niedriglohnssektor, für die Entlastung hoher Einkommen und übrigens nicht zuletzt für die Bestätigung „erfolgreicher Künstler und Fußballer“ (die haben es ja auch am nötigsten!) einsetzen, schimmert freilich die aktive Akzeptanz dieser Verhältnisse durch)

„Links“ steht jemand in dem Maße, wie er oder sie der Meinung ist, daß diese Konstellation durch aktives Eingreifen in die sozialökonomischen Kräfteverhältnisse geändert werden muß. Für die sog. Modernisierer steht hingegen das Verhältnis Staat-Bürger-Wirtschaft im Mittelpunkt, das durch Weglassen der Klassenverhältnisse zum Bermuda-Dreieck des demokratischen Sozialismus wird.

*Zweitens:* Diese Feststellung trifft weitgehend unabhängig von der Frage zu, wie man zum Verhältnis von Staat und Bürgern oder zum Verhältnis der Generationen zueinander – die beiden heutigen politi-

schen Hauptthemen – oder zu den Geschlechterverhältnissen oder zum Verhältnis von Mensch und Natur – zwei eher in den Hintergrund gedrängten Themen steht. Ich will damit sagen, daß sich das „Links-Sein“ an und für sich weder an der Frage entscheidet, wie man zur Öko-Steuer steht, noch durch die jeweilige Haltung zur Kapitaldeckung in der Rentenversicherung bestimmt wird und auch nicht durch die Definition der Staatsquote. Wenn die Linke (im eben genannten Sinne) sich daran festbeißen würde, dann wäre ihre Zersplitterung und damit ihre Niederlage schon besiegelt.

Kurzum: Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir auseinanderhalten, was für die Linke konstitutiv und insofern „einfach“ ist und was für sie – ohne wechselseitiges Verratsgeschrei – zur Disposition steht und insofern „schwer“ ist.

\*

Bei diesem Disponieren können wir aber auch durchaus auf mittel- bis uralte Ansätze zurückgreifen und sie für eine sozialistische Agenda am Beginn des 21. Jahrhunderts nutzen. Dies gilt insbesondere für die *Rolle des Staates*:

- Wenn Schröder/Blair davon sprechen, daß statt „Gleichheit im Ergebnis“ die *Chancengleichheit* im Vordergrund stehen müsse, so übernehmen sie damit einen v.a. bildungspolitisch bedeutsamen Ansatz der Linken der 70er Jahre und transformieren ihn für die eigenen Zwecke. Machen wir diese Enteignung mit oder reagieren wir darauf z.B. mit einer Aktualisierung des Gesamtschulgedankens?

- Wenn Schröder/Blair davon sprechen, daß der Staat mehr steuern und weniger rudern soll, wie verträgt sich dies mit der Tatsache, daß zur Abwendung einer Ausbildungsumlage *innerhalb der Wirtschaft* immer mehr eine Verstaatlichung der Berufsausbildung in Form diverser öffentlicher Ausbildungsprogramme um sich greift?

- Wenn Schröder/Blair meinen, die *Staatsquote* sei zu hoch und lähmend für Wirtschaft und bürgerliche Selbstentfaltung – und dies trifft teilweise durchaus zu (am allerwenigsten allerdings für unsere Exportindustrie) –, dann könnte man dies mit einem alternativen Sparprogramm kontern, das genau dort ansetzt, wo wir vor Jahren aufgehört haben, nämlich beim

Rüstungshaushalt und nicht nur da).

- Die Kapitaldeckung als zweite Säule der *Rentenversicherung* wird zunehmend zur Realität. Man muß das Grundprinzip der ersten Säule – also die Umlagefinanzierung – verteidigen, aber muß auch ein positives Verhältnis zur Möglichkeit entwickeln, daß breitere Schichten an steigenden Kapitalerträgen partizipieren. „Positiv“ heißt aber, sich um einen Mechanismus zu kümmern, der die Fonds und Versicherungen – und damit einen wachsenden Sektor der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung – einer bewußteren öffentlichen Regulierung unterwirft (was wir schon immer wollten...).

- Und apropos „steuern statt rudern“: Schon in den „53 Thesen des Projektes Moderner Sozialismus“ von 1989 haben wir davon gesprochen, daß der Staat Aufgaben an die Gesellschaft abgeben bzw. delegieren soll, um sich auf zentrale (Pionier-)Aufgaben zu konzentrieren. Wir haben für diese Art der „Entstaatlichung“ übrigens auch auf rätedemokratisches Gedankengut zurückgegriffen. (Wo wir schon dabei sind: Ich halte den „Regulierungsrat“ im Telekommunikationssektor interessant und für auf andere Industrie-Infrastruktur-Komplexe übertragbar. Die Frage ist nur, inwieweit derartige Räte eher nach „staatsmonopolistischen“ oder nach wirtschaftsdemokratischen Gesichtspunkten konzipiert sind und tätig werden.)

- Zuguterletzt zum Kernstück des „Dritten Weges“, nämlich der „Angebotspolitik von links“. Auch hier brauchen wir nicht in den Schützengräben des Nachfrage-„Keynesianismus“ steckenzubleiben. Entscheidender ist m.E. die Kritik, daß der „dritte Weg“ sich nur durch einen äußerst kümmerlichen strukturpolitischen Ansatz auszeichnet. Denn merke: Einer aktiven Strukturpolitik geht es auch und gerade um „gesunde“ wirtschaftliche Angebotsstrukturen in Branchen und Regionen! Einen derartigen Ansatz haben wir z.B. bei „Crossover“ für regionale Binnenmärkte entwickelt...

Kurzum: Solange wir nicht die fundamentale Realität eines linken Standpunktes aus den Augen verlieren, können wir uns allen Debatten um „Entstaatlichung“, „Angebotspolitik“ und dergleichen mehr fröhlicher Dinge und tabulos stellen. spw

# INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:  
Heinz Albrecht (Berlin) (†)  
Edelgard Bulmahn (Hannover)  
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
Katrin Fuchs (Verl.)  
Christel Hanewinkel (Halle/S.)  
Uwe Kremer (Dortmund)  
Detlev von Larcher (Weyhe)  
Susanne Möbbeck (Magdeburg)  
Peter von Oertzen (Hannover)  
Horst Peter (Kassel)  
Sigrid Skarpeits-Sperk (Kaufbeuren)  
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:  
Uta Biermann  
Stefanie Gerszewski  
Barbara König  
Ralf Krämer  
Dirk Meyer  
Reinhold Rünker  
Frank Schauff  
Birgit Strack  
Claudia Walther  
Frank Wilhelmy  
Rainer Zugehör

Redaktionssekretär  
Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:  
spw-Verlag/Redaktion GmbH  
Fresienstr. 26, 44 289 Dortmund  
Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)  
02 31 - 40 14 11 (Redaktion)  
Telefax: 02 31 - 40 24 16  
E-mail: verlag@spw.de  
redaktion@spw.de  
Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:  
Olaf Schade  
Hans-Peter Schulz  
Joachim Schuster  
Alfred Voges

Konto des Verlages:  
Postbank Dortmund  
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr  
mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-  
(bei Bankeinzug DM 60,-)  
ermäßigtes Jahresabonnement  
für Schülerinnen, Studentinnen,  
Erwerbslose DM 55,-  
(bei Bankeinzug DM 52,-)  
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist  
von drei Monaten zum Jahresende.  
Wir freuen uns über Manuskripte und  
Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
Manuskripte per E-mail oder auf einer  
MS-DOS/Windows-formatierten Diskette  
mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613  
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1999.  
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
vorbehalten.

Internet: www.spw.de  
Gestaltet durch Koehn-Online  
und Markus Lauber

Titelfoto:  
Uta Biermann, Berlin

Satz und Gestaltung:  
Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:  
Nolte-Druck, Iserlohn  
1-3 Tausend, August 1999

*Uwe Kremer*  
kurzum ..... 2

## MAGAZIN

*Kurzmeldungen* ..... 4

*Frank Schauff*  
2 Gipfel, manche Halbheiten ..... 6

*Frieder Otto Wolf*  
Die Zeichen an der Wand. Was bedeuten die Europawahlen 1999? ..... 9

*Dieter S. Lutz*  
Weniger Ideologie, weniger Kosten, mehr Leistung!  
Plädoyer für eine Freiwilligenstreitmacht ..... 11

*VertreterInnen von Gauche Socialiste und Frankfurter Kreis*  
Für die europäische soziale Republik ..... 12

## BONN APART

*Burkhard Winsemann*  
Regieren macht dumm ..... 14

## SOLIDARITÄT ODER SPALTUNG?

*Horst Schmitthenner*  
Aus der Not eine Tugend machen? ..... 15

*Olaf Scholz*  
Falsche Themen und die Zukunft des sozialen Staates ..... 19

*Klaus Pickshaus*  
Humane und qualifizierte Dienstleistungsarbeit kontra Niedriglohnssektor ..... 23

## FRAUEN-ZUKUNFT

*Uta Biermann, Barbara König, Claudia Walther*  
Frauen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Einleitung zum Heftschwerpunkt ..... 26

*Interview mit Christine Bergmann*  
Von Aufbruch und E-Quality ..... 28

*Veronika Pahl, Helga Ebeling*  
Situation und Perspektiven von Frauen in der Bildungslandschaft ..... 31

*Barbara Stiegler*  
Aufwertung von Frauenarbeit oder: Wer bestimmt, was Arbeit ist? ..... 34

*Gespräch mit vier jungen Frauen*  
„Politischer Kampf ist Lebenslust!“ ..... 38

*Petra Frerichs, Heike Franzke*  
Frauennetzwerke – Facettenreiche Geflechte ..... 44

*Mechtild Jansen*  
Zeit für den neuen Gesellschaftsvertrag! ..... 47

## SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT

*Hans Günter Bell, Alexander Recht*  
Erneuerung braucht Druck von links  
Zum Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken ..... 51

## SCHÖNE NEUE WELTORDNUNG

*Egon Bahr*  
Neue Probleme des Friedensschlusses am Ende dieses Jahrhunderts ..... 55

## Sozialdemokratische Linke – was tun?

Das diesjährige *Herbsttreffen des Frankfurter Kreises* findet am 17./18.09.99 in Berlin im Rathaus Wedding statt. Neben allgemeiner Diskussion zur Lage der SPD als Regierungspartei soll der Bundesparteitag im Dezember vorbereitet, über die europäische Zusammenarbeit linker SozialdemokratInnen und Sozialisten diskutiert werden (vgl. dazu S. 12/13 in diesem Heft, mehrere Mitglieder der französischen *Gauche Socialiste* werden an der Tagung teilnehmen), und Konsequenzen aus der „Zukunftswerkstatt Frankfurter Kreis“ gezogen werden. Hier ist die Planung

entwickelt worden, die sozialdemokratische Linke in Form eines Vereins neu zu organisieren und auf dieser Basis eine größere politische Handlungsfähigkeit, bessere Informationsangebote sowie mehr Transparenz und Demokratie zu erreichen. Vielleicht ist es deshalb auch die letzte Tagung des Frankfurter Kreises ... Tagungsbeitrag je nach Einkommen 25/50/80 DM, weitere Informationen und Anmeldung bei Detlev von Larcher MdB, Platz der Republik, 11011 Berlin, Tel. 030-22773659, Fax-22776658

## spw-Herbsttagung zur Zukunft des Sozialstaats

Die diesjährige Herbsttagung der Zeitschrift spw trägt den Titel: „Dritter Weg und neue Mitte – Sozialstaatliche Gestaltung im Jahr 1 der rot-grünen Bundesregierung“ und findet am 30. und 31.10.1999 in Bielefeld statt.

Hinter mancher Irritation der Bundesregierung steckt nur anscheinend handwerkliche Schwäche. Hinter mancher Irritation sind vielmehr handfeste Richtungskämpfe zu vermuten, die, je konkreter das Regierungshandeln wird (und werden muß), immer öfter und immer deutlicher zutage treten. Welche der zahlreichen Reformempfehlungen sich schlußendlich durchsetzen, ob etwa der Dritte Weg zum Synonym für sozialdemokratischen Neoliberalismus wird, ist das Resultat entsprechender Kämpfe: zum Beispiel in der Diskussion über die Alterssicherung, zum Beispiel in der Diskussion über die Gestaltung des Arbeitsmarktes.

Die spw hat ihren sozialpolitischen Diskurs im Herbst letzten Jahres ganz im Zeichen der Bundestagswahl geführt. Heute, ein Jahr nach dem Wahlsieg, wollen wir den Diskurs wieder aufnehmen. Weitere Informationen zur Tagung und Anmeldung bei Joachim Schuster, c/o ispw, Brokstr. 58, 28203 Bremen, Tel./Fax 0421-74923.

## Tagung „Europa des Kapitals oder Europa der Arbeit?“

Unter diesem Titel lädt die *Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen* zu ihrer fünften wissenschaftlich-politischen Arbeitstagung am 16./17.10.99 in die Evangelische Akademie Loccum ein. Sie wird diesmal in Zusammenarbeit mit der französischen Gruppe *Raisons d'Agir* (deren bekanntester Vertreter Pierre Bourdieu ist) durchgeführt, weil der Kampf für eine Politik sozialer Gerechtigkeit im Europa der „Neuen Mitte“ mehr denn je nur in internationaler Kooperation der Linken erfolgreich zu führen ist. Tagungsbeitrag 110 DM, weitere Informationen und Anmeldung bei Michael Buckmiller, Bodeckerstr. 75, 30161 Hannover, Tel. 0511-664677, Fax -624730.

## Das Sparpaket – sozial, asozial, scheißegal?

Etlche interessante Texte und Links zur Diskussion um das „Zukunftsprogramm 2000“ der Bundesregierung – treffender wäre wohl „Sozialabbau 2000“ – sowie um das „Bündnis für Arbeit“ finden sich unter <http://www.jusos.org>

## spw im DIN A2 – Großformat

Nein, wir produzieren keine Hefte in dieser Größe, die wären auch etwas unhandlich. Aber es gibt jetzt ein *Selbstdarstellungs- und Werbeplakat der spw* in diesem Format. Es ist gestaltet aus 16 Postkartenmotiven aus der Geschichte von spw – von Marx bis zur 20-Jahrfeier der spw – und kann auch in diese Postkarten zerlegt und verwendet werden. Wir wollen es v.a. bei Veranstaltungen, an spw-Ständen usw. verwenden und abgeben. Alle FreundInnen von spw können es aber auch gegen Versandkostenersatzung beim spw-Verlag bestellen.

## Herbstakademie „Persönliches Handeln im nationalen Wettbewerbsstaat“

Unter diesem Titel veranstaltet der *Bund demokratischer WissenschaftlerInnen* seine 11. Herbstakademie vom 28.08. bis 04.09.99 in der Nähe von Volterra in der Toscana zum Problem „die Linke und das Individuum“. Preis: 1050 DM mit Vollpension, ohne Reisekosten, weitere Informationen und Anmeldung bei Torsten Bultmann, BdWi, Reuterstr. 44, 53115 Bonn, Tel. 0228-219946, Fax -214924.

## Buch „Arbeit ohne Zukunft? Eindrücke am Ende des Jahrhunderts“

Unter diesem Titel ist ein *neues Buch im spw-Verlag* erschienen, herausgegeben vom Juso-Landesverband Berlin, Tobias Pforte, Nicole Rosin. In dem Band sind Beiträge des Wettbewerbs zur „Zukunft der Arbeit“ dokumentiert, zu dem die Berliner Jusos Schülerinnen und Schüler aufgerufen hatten. Dazu nehmen dann WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Jugendexperten Stellung. Das Paperback im Umfang von 122 Seiten, davon 8 S. farbige Abbildungen, kann für 14,80 DM versandkostenfrei beim spw-Verlag bestellt werden.

## Arbeit ohne Zukunft?

Eindrücke am Ende des Jahrhunderts

Juso-Landesverband Berlin,  
Tobias Pforte, Nicole Rosin (Hrsg.)

Ergebnisse eines Wettbewerbs  
der Berliner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten  
zum Thema Zukunft der Arbeit

spw-Verlag

## Personalia

*Joachim Schuster*, Sekretär des Arbeitsausschusses und bis vor kurzem Redaktionsmitglied der spw, ist am 06.06.99 in die Bremer Bürgerschaft gewählt worden, Obwohl er nicht der einzige der spw verbundene Genosse in der SPD-Fraktion ist, ließ sich aber angesichts des Wahlergebnisses und der massiven Festlegungen des Bürgermeisters und Spitzenkandidaten Henning Scherf eine Neuauflage der großen Koalition trotzdem nicht verhindern. Schade eigentlich ...

*Andreas Wehr*, ehemaliger Herausgeber der spw, der auf der Liste des PDS für das Europaparlament kandidiert hatte, hat es leider nicht geschafft. Er hatte Listenplatz 8, die PDS erhielt 6 Sitze. Vielleicht klappt es beim nächsten Mal ...

*Claudia Walther*, seit etlichen Jahren Mitglied der spw-Redaktion und u.a. stellv. SPD-Vorsitzende in Aachen-Stadt und dort im AsF-Vorstand, ist als Kandidatin für den NRW-Landtag bei der Wahl im Mai 2000 aufgestellt worden. Um gewählt zu werden, müsste sie den bisherigen Vorsprung der CDU aufholen, was angesichts der „Sozialabbau 2000“-Politik der Bundesregierung eher schwierig erscheint. Wir drücken ihr die Daumen ...

## spw-Bücher und Hefte im Sonderangebot

Bereits im letzten Heft hatten wir alte spw-Jahrgänge für DM 10,- pro Jahrgang angeboten. Dieses Angebot gilt weiter. Zusätzlich bieten wir hiermit ältere Bücher aus dem spw-Verlag zum Sonderpreis an (jeweils zzgl. Versandkosten einmalig DM 3,- bei Büchern, DM 6,- bei spw-Jahrgängen):

- Vor dem Kollaps. Die Zukunft der großen Städte, Hrsg.: Hans Günter Bell, Andrea Nahles, 1997, statt DM 19,80 zu DM 10,-

- Jenseits von Öko-Steuern. Konturen eines ökologisch-solidarischen Reformprojektes im Übergang zum Postfordismus, Hrsg.: Edelgard Bulmahn, Peter von Oertzen, Joachim Schuster, 1995, statt DM 35,- zu DM 15,-

- Kampagnen, Dialoge, Profile. Öffentlichkeitsarbeit für Reformprojekte, Hrsg.: Volker Grube, Birgit Zoerner, 1995, statt DM 25,- zu DM 15,-

## Kongress „Nach dem Krieg: Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften“

So lautet der Titel eines Kongresses am 3./4.09.99 im Gewerkschaftshaus in Frankfurt. Veranstalter sind der IG Medien Landesbezirk Hessen, die dju in der IG Medien, Forum Gewerkschaften/Redaktion Sozialismus, Initiative Neue Soziale Politik, Initiative linker GewerkschafterInnen, Redaktion Express, Kasseler Friedensratschlag, Komitee für Grundrechte und Demokratie u.a. Außerdem nehmen GewerkschafterInnen aus anderen europäischen Ländern teil. Weitere Informationen und Anmeldung bei Forum Gewerkschaften/Red. Sozialismus, Tel.

040-28050566, Fax -28050568, eMail vsa-verlag@t-online.de

## Neue Redaktionsmitglieder der spw

Die spw-Redaktion hat zwei neue Mitglieder ausgenommen: *Birgit Strack* ist 32 Jahre alt, wohnt in Düren (und kandidiert dort für den Rat) und arbeitet neuerdings als Jugendbildungsreferentin der Jusos im Bezirk Mittelrhein. *Frank Schauff* ist 31 Jahre alt, Historiker und seit kurzem Internationaler Sekretär des Juso-Bundesverbands. Auch unsere Redaktionsmitglieder Uta Biermann und Frank Wilhelmy arbeiten und wohnen infolge des Parlaments- und Parteiuzugs neuerdings in Berlin.

## Plakat „Alle reden vom Krieg. Wir machen ihn.“

Als kleinen Nachtrag zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien: Das Kasseler Friedensforum hat in Anlehnung an das historische SDS-Plakat mit den Köpfen von Marx, Engels und Lenin („Alle reden vom Wetter. Wir nicht.“) ein Plakat mit Schröder, Scharping und Fischer produzieren lassen, A2-Format, 2-farbig (rot-rot). Es ist zum Preis von DM 5,- (10 Stück: DM 40,-) plus DM 10,- Versandkosten bei Ralph-M. Luedtke, c/o Kasseler Friedensforum, Niedervellmarsche Str. 15, 34233 Fulda, Tel. 0561-814651, erhältlich.

**Alle  
reden vom  
Krieg.**

**Wir  
machen ihn.**

# Zwei Gipfel, manche Halbheiten

von Frank Schauff\*

**A**ufgrund des Zufalls, daß im ersten Halbjahr 1999 die deutsche Regierung die EU-Präsidentschaft innehatte und gleichzeitig für das gesamte Jahr die Federführung bei der G-8, kam es zu der seltenen Konstellation, daß innerhalb kürzester Zeit die beiden Gipfel der EU und der G-8 in einem Land, und zwar in Köln stattfanden.

Mit beiden Gipfeln waren durchaus hohe Erwartungen verbunden. Zum zweiten Mal trafen sich nun die Regierungschefs am 3. – 5. Juni 1999 der EU, seit fast ganz Europa von sozialdemokratischen Parteien regiert wird. Entsprechend dem Anspruch der meisten europäischen Regierungen stand das Thema Beschäftigung auf der Tagesordnung.

Ähnlich verhielt es sich bei dem Treffen der G-8-Regierungen. Hier war allerdings neben der Frage der Bewältigung der Globalisierungsfolgen für die sozial Schwachen in den G-8-Staaten selbst auch die Frage nach einer breiten Entschuldungsinitiative gestellt worden, die von der deutschen Bundesregierung verfolgt wurde. Hier trat die neue sozialdemokratische Regierung erstmals auf einem G-8-Treffen auf. Dementsprechend waren die Erwartungen im Vorfeld, da es sich bei Deutschland schließlich um eines der finanziell potentesten Länder und damit eines der mächtigsten in der Frage der Entschuldung handelt.

## Der EU-Gipfel

Beim offiziellen EU-Gipfel stellte die Bundesregierung mit dem *Europäischen Beschäftigungspakt* die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wieder in den Mittelpunkt, nachdem dieses Thema nach der französischen Inter-

vention in Amsterdam und dem daraus resultierenden Sondergipfel von Luxemburg 1997 in den Hintergrund der EU-Politik gerückt war. Wurde durch diese Schwerpunktsetzung des Kölner Gipfels ein Durchbruch auf dem Weg zu einer erfolversprechenden europäischen Beschäftigungspolitik erreicht? Betrachtet man die einzelnen Elemente des Paktes, kann man kaum zu dieser Einschätzung kommen.

Die Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU (Luxemburg-Prozeß) wurden im Beschäftigungspakt bestätigt. Die längst überfällige Konkretisierung dieser Leitlinien, mit der Festlegung verbindlicher Ziele, blieb in Köln aber ebenso aus wie die ebenso notwendige Erweiterung der Zielsetzung der Leitlinien. Über die – zum Teil beschäftigungspolitisch fragwürdige – Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Förderung des Unternehmertums hinaus wäre die Förderung besonders beschäftigungsintensiver Bereiche, nicht zuletzt im öffentlichen und öffentlich geförderten Sektor, eine wichtige Zielsetzung.<sup>1</sup>

Auch im Bereich der strukturellen Marktformen (Cardiff-Prozeß) gab es keine Korrekturen. Die einseitige, auf Deregulierung setzende Wettbewerbsorientierung wurde in Köln erneut festgeschrieben. Daß ein solcher Ansatz für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eher kontraproduktiv ist, hat die Vergangenheit deutlich gezeigt.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß auch im Bereich der wirtschaftspolitischen Koordination auf europäischer Ebene (Köln-Prozeß) keine Trendwende in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik erfolgt ist. Dabei ist dieser, in Köln neu in die europäische Beschäftigungspolitik eingeführte Ansatz, die Wirtschaftspolitik unter Beschäftigungsaspekten zu koordinieren, ein durchaus notwendiger Schritt, der auch von der Linken immer wieder gefordert wurde.<sup>3</sup> Die Bedeutung dieses Schrittes, der für einige EU-Länder nicht einfach zu gehen war, ist von den deutschen Pressekommentaren zum Gipfel oft unterschätzt worden.

Allerdings muß man kritisch nachfragen, ob das gewählte Instrument zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik das richtige ist. Ob der *Makroökonomische Dialog* zwischen ECOFIN-Rat, dem Rat „Arbeit und Sozia-

les“, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und den Sozialpartnern die nötige Verbindlichkeit erreicht, muß sich zeigen. Wenn der federführende ECOFIN-Rat sich als Folge des *Dialogs* auf verbindliche Leitlinien einigt, so wäre damit ein notwendiges Instrument, auch zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geschaffen. Wenn der soziale Dialog im Mittelpunkt bleibt, so besteht zu befürchten, daß über unverbindliche Willensbekundungen hinaus nichts erreicht wird – siehe das deutsche Bündnis für Arbeit.

Wenn eine koordinierte Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zumindest potentiell einen notwendigen Schritt darstellt, so ist dieser jedoch nicht hinreichend, solange damit nicht auch eine sinnvolle *Ausrichtung* dieser Politik verbunden ist. Und damit wurde denn auch der mögliche Erfolg des Kölner Gipfels vollends zunichte gemacht. Die einseitige Orientierung auf die Preisstabilität wurde nicht korrigiert, sondern soll mit dem Makroökonomischen Dialog noch auf weitere Bereiche ausgedehnt werden: So heißt es in dem *Bericht an den Europäischen Rat über den Europäischen Beschäftigungspakt*: „Die Finanzpolitik ist den Zielvorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts verpflichtet, [...] Die Lohnentwicklung muß sich auf einem verlässlichen Pfad bewegen, mit Lohnzuwächsen, die mit der Preisstabilität und der Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbar sind. Die Geldpolitik ist vorrangig auf die Wahrung der Preisstabilität gerichtet.“<sup>4</sup>

Besonders die geforderte Lohnrestriktion ist in dieser Form eine deutliche Verschärfung des wachstums- und beschäftigungshemmenden Kurses, der mit den *Konvergenzkriterien* des Maastrichtvertrags und des Stabilitätspakts eingeschlagen wurde.

Die Fortsetzung der neoliberalen Politik mit sozialdemokratischen Mitteln zeigt sich auch an der Tatsache, daß es in Fragen der Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene immer noch keine Ergebnisse gibt. Dabei wäre eine europäische Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen dringend notwendig. Die finnische Präsidentschaft will dies zwar jetzt zu einem Schwerpunkt machen, aber ob dies substantielle Erfolge bringt bleibt abzuwarten. Schon seit Jahren steht die EU hier „kurz vor dem Durchbruch“.

*Betrachtet man die einzelnen Elemente des Paktes, kann man kaum zu der Einschätzung kommen, daß ein Durchbruch auf dem Weg zu einer erfolversprechenden europäischen Beschäftigungspolitik erreicht wurde.*

\* Frank Schauff ist internationaler Sekretär des Juso-Bundesverbands und Mitglied der spw-Redaktion

Die Frage der Beschäftigung bleibt nach dem EU-Gipfel von Köln also auf der Agenda. Für das Frühjahr 2000 ist ein weiterer Sondergipfel zu Beschäftigungsfragen unter dem Titel *Beschäftigung, Wirtschaftsreformen und sozialer Zusammenhalt - hin zu einem Europa der Innovation und des Wissens* geplant. Alle diese Gipfel werden indes nicht nützen, wenn die sozialdemokratische Mehrheit der europäischen Regierungen nicht bereit ist eine sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik durchzusetzen.<sup>5</sup>

### Der G-8-Gipfel

Im Vorfeld des Gipfels war von seiten der Bundesregierung überlegt worden, eine umfassende Schuldeninitiative zu starten sowie das Problem der globalen Finanzarchitektur und der Wechselkurskoordination in Angriff zu nehmen. Mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines wurde allerdings diese Frage in den Hintergrund gedrängt, zumal die meisten anderen Regierungen kaum Interesse an dieser Idee zeigten (außer vielleicht Frankreich und Italien). Damit war die Frage der Finanzarchitektur zumindest für diese Runde gestorben.

Des weiteren wurde zwar die Schuldeninitiative in Angriff genommen, aber nur in verhältnismäßig bescheidenem Umfang. Anstatt eines umfassenden Erlasses der Schulden für den größten Teiles der Länder des Südens kam nur ein teilweiser Schuldenerlaß für die hochverschuldeten Länder des Südens heraus. Dabei handelt es sich um 36 der ärmsten Länder<sup>6</sup>, die allerdings zuvor noch „wirtschafts- und sozialpolitische Reformen (gute Regierungsführung: Menschenrechte, Demokratie, Entwicklungsorientierung der Regierung)“<sup>7</sup> in Angriff nehmen müssen. Die Entschuldung wird also nicht bedingungslos eingeleitet. Insgesamt sollen 90%, im Einzelfall auch mehr, der Handelsschulden erlassen werden, die Schulden aus Entwicklungszusammenarbeit werden zu 100% gestrichen. In Folge der Schuldenstreichung werden die Zinszahlungen ebenfalls erlassen. Insgesamt wird die damit erlassene Summe sich auf bis zu 50 Mrd. US\$ bei den Tilgungs- und Zinszahlungen belaufen. Außerdem werden die Verschuldungsindikatoren für die noch bestehenden Schulden neu, zugunsten der Schuldnerländer verändert.<sup>8</sup>

Die Konsequenz aus den Beschlüssen ist zweischneidig. Erstens –

dies hat Schröder vor der Presse selbst geäußert – handelt es sich insofern nicht um einen realen Schuldenerlaß insofern, als die meisten Schulden sowieso nicht mehr einzutreiben gewesen wären. Zweitens sind einige Länder aufgrund der politischen Anforderungen faktisch von dem Schuldenerlaß ausgeschlossen, wie vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eigens zugegeben wurde.<sup>9</sup> Drittens jedoch besteht nach diesem ersten Schritt, der sehr viel kleiner ausfiel als vorher erhofft und zeitweise angekündigt, die Möglichkeit weitere Schuldenerlasse zu erreichen.

Politisch sehr viel stärker wahrgenommen wurde statt der *Kölner Schuldeninitiative* die Einigung in der Gruppe der G-8 über die Vorgehensweise gegenüber Serbien. Rußland wurde in diesem Zusammenhang anscheinend durch die Inaussichtstellung weiterer Finanzhilfen zum Einlenken gebracht.

### Die alternativen Aktivitäten

Es gehört mittlerweile zum guten Ton, daß die jeweiligen EU- und Weltwirtschaftsgipfel von alternativen Veranstaltungen begleitet werden. Auch diesmal war dies der Fall. Anders als von der vorherigen Regierung wurde dies von der neuen Bundesregierung nicht negativ, sondern als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Aktivität betrachtet.<sup>10</sup> Die Bilanz der Veranstaltungen muß als gemischt angesehen werden.

In bezug auf den EU-Gipfel wurde von Seiten des Euro-Marsches in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppierungen in Deutschland und vor Ort sowohl eine Alternativkonferenz als auch eine Demonstration organisiert. Die Demonstration mit 25.000 – 30.000 Teilnehmenden forderte schwerpunktmäßig die Lösung

des Beschäftigungsproblems in der EU. Rund die Hälfte der Anwesenden stammte aus dem europäischen Ausland. Der Beteiligung nach war die Demonstration erfolgreich. Die sich anschließende dreitägige Konferenz mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, die kaum einen inhaltlichen Zusammenhang hatten und weder zeitlich noch örtlich konzentriert waren, verpuffte m.E. sowohl inhaltlich als auch von ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit her. Zudem waren die Veranstaltungsteile kaum inhaltlich zugespitzt.

Bei den folgenden Alternativveranstaltungen zum G-8-Gipfel stellte sich die Situation genau umgekehrt dar. Die zweitägige Konferenz in der Kölner Volkshochschule kam in der Presse gut an und wurde durchgängig von mehreren hundert Menschen besucht. Die Diskussionsrunden waren weitgehend theoretisch anspruchsvoll und anregend. Die am folgenden Tag stattfindende Demonstration war mit 10.000 – 15.000 Personen eher schwach besetzt. Das Ende des Krieges gegen Serbien machte die Mobilisierung eher schwierig. Außerdem verlief parallel die Menschenkette der Erlaßjahrkampagne, an der auch Personen teilnahmen, die Interesse an der Demonstration hatten. Aber auch diese war deutlich schlechter besucht als erwartet und die Leitung der Menschenkette war nicht zu einer weitgehenden Koordination mit der Demonstrationsleitung gewillt gewesen, so daß sich beide Veranstaltungen letztlich Konkurrenz machten.

### Die Polizei: Dein Freund und Helfer

Eine Feststellung zu den Gipfeln muß noch gemacht werden: Köln war sicherlich polizeilich gesehen

*Besonders die geforderte Lohnrestriktion ist eine deutliche Verschärfung des wachstums- und beschäftigungshemmenden Kurses, der mit den Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrags und des Stabilitätspakts eingeschlagen wurde.*



*Anstatt eines umfassenden Erlasses der Schulden für den größten Teiles der Länder des Südens kam nur ein teilweiser Schuldenerlaß für die hochverschuldeten Länder des Südens heraus.*

über mehrere Wochen hinweg die sicherste Stadt der Welt. Die dafür Verantwortlichen verhielten sich zu unterschiedlichen Gelegenheiten sehr unterschiedlich. Bei der Demonstration des Euromarsches wurde der von der Antifa gebildete Block zeitweise zweimal eingekesselt, wobei von diesem Block faktisch überhaupt keine Gefahr ausging.<sup>11</sup> Bei der Alternativkonferenz zum G-8-Gipfel wurde abends plötzlich und gegen die getroffenen Absprachen der Platz von der Polizei geräumt, da in dem angrenzenden Museum die First Ladies zum Abendessen ankommen sollten. Die Polizei ging hierbei recht rücksichtslos vor, einige Personen wurden verletzt, andere kurzzeitig festgenommen und die ganze Veranstaltung für zwei Stunden von der Polizei eingeschlossen. Erst nach intensiven Verhandlungen und einem Wechsel in der Polizeiführung konnten die Teilnehmenden sich wieder frei bewegen. Dagegen ging die Demonstration am folgenden Tag – entgegen den nun gehegten Befürchtun-

gen – völlig problemlos vonstatten. Die Demonstrationsveranstalter hatten ein paar Tage zuvor die Demonstrationsroute durch die Innenstadt gegen die Polizei gerichtlich durchsetzen können.

Letztlich wurde die von der Bundesregierung vorher angekündigte Offenheit gegenüber den Alternativveranstaltungen durch die Polizeiaktionen teilweise konterkariert, auch wenn es sicherlich nicht zu solchen Auseinandersetzungen wie in München 1992 kam. spw

- <sup>1</sup> Die Sozialdemokratische Partei Europa (SPE) hatte auf ihrem 4. Kongreß im März in Mailand noch die Förderung des „non-market“ Sektors gefordert: Party of European Socialists: Manifesto for the 1999 European Elections, hier: 1. Putting jobs first.
- <sup>2</sup> Vgl. Frieder O. Wolf und Klaus Dräger: Beschäftigungsglamour. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7'99, S. 782 – 786, hier: S. 785 f.
- <sup>3</sup> Vgl. z.B. Thorben Albrecht: Richtungswechsel in Europa? Die deutsche Präsidentschaft für eine neue Wirtschaftspolitik nutzen! In: spw 1/99, S. 23 – 26, hier S. 25 (These 6).
- <sup>4</sup> Bericht an den Europäischen Rat über den

Europäischen Beschäftigungspakt. Verstärkte Zusammenarbeit zur Verbesserung der Beschäftigungslage und zur Intensivierung der Wirtschaftsreformen in Europa, hier: III.1. Kooperativer makroökonomischer Policy-Mix – Der Köln-Prozeß.

- <sup>5</sup> Ich danke Thorben Albrecht an dieser Stelle für wertvolle Hinweise zu dem Abschnitt über den EU-Gipfel.
- <sup>6</sup> Bei den Ländern handelt es sich um folgende: Äthiopien, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Honduras, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Laos, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Moçambique, Myanmar, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, San Tomé y Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tansania, Togo, Tschad, Uganda, Zentralafrikanische Republik.
- <sup>7</sup> BMZ spezial, 005/1999, S. 2.
- <sup>8</sup> BMZ spezial, 005/1999, S. 3.
- <sup>9</sup> BMZ spezial, 005/1999, S. 3.
- <sup>10</sup> So der Persönliche Beauftragte für die Wirtschaftsgipfel, Prof. Gretschmann, auf einem Treffen mit Nichtregierungsorganisationen am 1. April 1999 im Bonner Bundeskanzleramt.
- <sup>11</sup> Der Autor konnte die Einkesselung des Blockes über längere Zeit beobachten und besitzt nur wenig politische Sympathie gegenüber der Antifa.

## Neu bei VSA:

248 Seiten; DM 29,80; ISBN 3-87975-743-7

Das deutsche Bildungssystem steht auf dem Prüfstand. Allerorten werden Modelle zu seiner Weiterentwicklung gesucht und diskutiert. Dabei reicht das Spektrum der Probleme von der Elementarbildung über die Zukunft des dualen Ausbildungsweges bis hin zum (Arbeits-)»Marktwert« der Universitätsabschlüsse.

Die Herausgeber und AutorInnen legen Argumentationen für eine Bildungs-Offensive vor, die jungen BürgerInnen unabhängig von Herkunft und materieller Ausstattung Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet:

- Eckpunkte einer Bildungsoffensive für das 21. Jahrhundert:
- Gesellschaftliche Relevanz für den Politikwechsel
- Sozioökonomische Rahmenbedingungen und neue gesellschaftliche und politische Perspektiven
- Schlüsselqualifikationen
- Chancengleichheit und Integration
- Kleine Schritte: Konkrete Reformansätze

Die AutorInnen: Gabriele Behler, Kemal Bozay, Edelgard Bulmahn, Ilse Führer, Tobias Gombert, Ludwig Huber, Matthias Jobelius, Sebastian Jobelius, Marc Kaulisch, Bettina Kohlrausch, Ralf Krämer, Franz Lehner, Britta Lenz, Thomas Lillig, Oskar Negt, Matthias Neis, Gisela Notz, Reinhold Rünker, Heinz Schirp, Jürgen Schmitter, Ruth Springer, Konstantin Vössing, Gert Vonhoff, Geesken Wörmann.

Im Buchhandel oder direkt bei:

VSA-Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 05 05 67  
Fax 040/28 05 05 68  
mail: info@vsa-verlaag.de

Sebastian Jobelius/Reinhold Rünker/  
Konstantin Vössing (Hrsg.)

## Bildungs-Offensive

Reformperspektiven für  
das 21. Jahrhundert



VSA

VSA



Foto: Christian Kiel (Krefeld)



Ich selbst bin ihnen zum Opfer gefallen, wenn auch nur knapp. Trotz anfänglicher Hochrechnungen, die den deutschen Grünen acht Mandate gaben, waren es schließlich nur sieben. Als Nummer acht auf der deutschen Liste blieb ich „draußen vor der Tür“ ... Ich erwähne dies der Fairness halber; auch wenn mein Interpretationsversuch wirklich nicht davon gefärbt ist. Der kritische Leser wird so selbst urteilen können.

#### Europäische Analysedimensionen

Es lohnt sich, bei diesen europäischen Wahlen zwei Analyseebenen einzubeziehen, die bei den meisten raschen „Wahlanalysen“ kurz nach dem Wahlakt unterbelichtet geblieben sind: Erstens die Dimension der absoluten Zahlen, nicht nur die der Prozentanteile. Zweitens die europäische, EU-weite Dimension dieser Wahlen: Die Europäische Union als einzige real existierende Verkörperung eines transnationalen politischen Integrationsprozesses hat an Wählerbasis verloren. Und die Parteien einer pluralen Linken haben sich in diesem Prozeß nur prozentual behaupten können.

Immerhin ist der in den deutschen Medien immer wieder behauptete Wahlerfolg der christdemokratischen „Opposition“ weitgehend ein statistisches Artefakt: Auch sie haben sich insgesamt prozentual behaupten können und zugleich ihre, jetzt schon recht heterogene, Parteienfamilie noch etwas erweitern und zugleich Wählerstimmen „zentralisieren“ können – während die Sozialdemokraten insgesamt stark an die Grünen (38 statt 27 Sitze), an radikaldemokratischen Regionalismen (um die 10 statt um die 6 Sitze) und an post-kommunistische Gruppierungen (35 statt 34) haben abgeben müssen. Das hat aus-

gereicht, um die christdemokratisch geprägte Parteienfamilie der „Europäischen Volkspartei“ im Parlament zur stärksten Fraktion zu machen. Es gibt ihr aber keineswegs eine strukturelle Mehrheit an die Hand: Klein-Links plus Sozialdemokratinnen kann – genau wie im alten EP – genau dann auf eine Mehrheit rechnen, wenn es ihnen gelingt, die Liberalen für eine politische Forderung zu gewinnen. Das umgekehrte gilt weiterhin für die Kombination von EVP und der kleinen Fraktion der „zivilisierten Rechten“, der restgaullistischen und irisch-konservativen „Union für Europa“. Die neue Rechte à la Haider, Le Pen und Megret ist noch kein politischer Faktor; sie wird anscheinend durch ihre nationalistische Konstitution daran gehindert, wirksame europäische Politik zu machen.

Von den Prozentzahlen insgesamt in EU-Europa also eine Wahl des Satus-quo, wenn nicht gar der politischen Blockade. Immerhin wurde sehr deutlich, daß weder die Grünen noch die post-kommunistische Linke auf der europäischen Ebene vom politischen Absterben bedroht sind. Ganz im Gegenteil, im Wesentlichen nach Ländern aufgeteilt haben sich beide Parteienfamilien zumindest vorerst als ein fester Bestandteil ihrer Parteiensysteme bestätigt: Die Grünen alleine in Großbritannien, in Österreich und in den drei Benelux-Ländern, mehr oder minder postkommunistische Linke alleine in Griechenland, in Spanien und in Portugal, während sich inzwischen in allen anderen Ländern ein nebeneinander beider Familien entwickelt hat: in Deutschland, in Frankreich, in den skandinavischen Ländern (mit dem Sonderfall Dänemark, wo es die SF (Socialistisk Folkepartiet) geschafft hat, beide Familien in einer einzigen Wahlpartei zu vertreten, und in Italien. Dieses Ergebnisse

# Die Zeichen an der Wand

Was bedeuten die Europawahlen 1999?

von Frieder Otto Wolf\*

machen einige etwas hastig in der Bundesrepublik geführte Diskussionen über das Ende der Grünen ebenso gegenstandslos, wie entsprechende Überlegungen über das Aufkommen einer „Dritten Linken“ nach dem vermeintlichen Ende der Aufspaltung zwischen „neuen“ und „alten“ Linken. Hier kann ggw. nicht mehr festgehalten werden als das Fehlen eines schlüssigen Endergebnisses, das es zuliebe, sich fortan nur noch auf einige Teilfragmente dieser in viele „Sensibilitäten“ auseinandergeflogenen Linken zu beschränken.

#### Politische Probleme der Linken

Als viel ernsthafter sind zwei andere Probleme zu werten, die diese Europawahlen direkt oder indirekt aufgeworfen haben:

- Die Probleme einer Regierungsbeteiligung der Linken diesseits der klassischen Sozialdemokratie, wie sie durch die neu gebildeten belgischen Regenbogen-Regierungen auf allen Ebenen neu aufgeworfen werden, ohne daß bisher wirklich überzeugende Antworten darauf vorlägen, wie sie aber auch allen Überlegungen über Regierungsumbildungen (I, F) oder die Neugewichtung von Macht und Einfluß zwischen den die Regierung tragenden Parteien (insb. S, F) zugrundeliegen. Wird sich dies noch auf die blairistische Formel vom neoliberalen Politikmodell mit von SozialdemokratInnen und Grünen geliehenem „menschlichem Antlitz“ reduzieren lassen – oder wird es doch um strukturelle, gesellschaftspolitische Veränderungen gehen, durch die demokratische Politik wieder massenhaft angeeignet und erprobt werden kann?

- Die Problem der schleichenden Verlagerung des Schwerpunktes der gesellschaftspolitischen, insbesondere der wirtschaftspolitischen Ent-

*Immerhin wurde sehr deutlich, daß weder die Grünen noch die post-kommunistische Linke auf der europäischen Ebene vom politischen Absterben bedroht sind.*

\* Frieder Otto Wolf, Berlin, war in der vergangenen Periode Mitglied im Europäischen Parlament, Bündnis90/Die Grünen



*Welche Bündnis- oder Bruchangebote kann eine europäische plurale Linke der neuen Hegemonial- und Einbindungsstrategie entgegenhalten?*

scheidungen, aus der effektiven Handlungs- und Kontrollmacht der nationalen Parlamente heraus in den EU-Ministerat, ohne daß zugleich eine gleichsam wirksame europäischen „Gegenmacht“ institutionalisiert würde.

Hierfür sind dringend Lösungen zu suchen, die die demokratische Handlungsfähigkeit breiter gesellschaftliche Bündnisse auf diesen zentralen Feldern erneuern helfen. Anstatt sich weiter auf die Anpassungskünste der „spin-doctors“ gegenüber den jeweiligen Massenstimmungen zu verlassen, muß eine sich erneuernde demokratische Politik darauf hinarbeiten, in den Bedürfnissen und Er-

fahrungen eben dieser Massen von Einzelnen, deren Lebenssituation und Perspektive gegenüber der der 50er und 60er Jahre grundlegend verändert ist, Anknüpfungspunkte für eine „neue alternative Politik“ zu finden, die sich den Reform-Begriff nicht mehr kampfflos von den sog. Modernisierern streitig machen läßt, und die wieder voll auf der Höhe der Zeit ist, ohne sich dem herrschenden „Zeit-Geist“ zu ergeben. Hier hat eine plurale Linke, die die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Ausgangspunkte und Traditionen als kritisch zu nutzende Chance begreifen kann, sehr weitreichende Möglichkeiten. Ein erster Schritt dazu wäre es, wenn sich ihre ExponentInnen darauf verständigen könnten, bei aller Radikalität ihrer Kritik, wirklich von der gegenwärtigen Lage auszugehen – und zugleich die neu zu entfesselnde Reformdynamik nicht schon vorneweg domestizieren zu wollen.

#### Offene Fragen

Bezogen auf die europäische Politik haben diese Wahlen gezeigt, daß die Frage, welches Europa, welche Art von europäischer Integration (oder welche Art von „europäischer Friedensordnung“) wir als Linke überhaupt wollen, noch nicht einmal von ferne in den Gesichtskreis der WählerInnen gelangt ist. Im Hinblick auf diese Finalitätsfrage ist auch der Krieg ums Kosovo dringend neu zu analysieren, der nicht nur in Deutschland diese Wahlen überschattet hat, wenn er auch sehr unterschiedlich wahrgenommen wurde: Welche Bündnisse haben sich dadurch – innerstaatlich wie transnational – geschmiedet, welche sind zerbrochen oder marginalisiert worden – und was bedeutet dies für die Kräfteverhältnisse zwischen strategischen Politikmodellen auch

über Europa hinaus – d.h. im Verhältnis zur gestärkten Hegemonialmacht USA oder zum geschwächten und aufgespaltenen „Süden“? Und welche Bündnis- oder Bruchangebote kann eine europäische plurale Linke dieser neuen Hegemonial- und Einbindungsstrategie entgegenhalten?

Hier ist noch viel zu analysieren und zu begreifen. Zugleich ist aber auch immer wieder über den eigenen Schatten zu springen, um hier und heute relevante gemeinsame Kampfforderungen artikulieren zu können. Die europäischen Linken haben es nicht vermocht, die Perspektive eines europäischen Kurswechsels gleichsam auf technokratischem Wege, durch eine Reihe von mehr oder minder beachteten Regierungsübernahmen, durchzusetzen. Jetzt bleibt ihnen nur noch der demokratische Weg einer breiten Debatte mit gemeinsamen Forderungsstrukturen. Dies wird in einer zunehmend „super-amerikanischen“ Politikumgebung, in der Parteien und Gewerkschaften kaum noch ein Faktor im Vergleich zu Medien-Events oder Images bilden, alles andere als leicht werden. Aber es kann schon deswegen nicht chancenlos sein, weil auch die „andere Seite“ noch eher auf der Suche nach einem Konzept ist: Ob der public relations-Trick der Rede von der „neuen Mitte“ eine neo-autoritäre Formierung, eine marktradikale Atomisierung und Abkoppelung oder einen neuen Typus von korporatistischen Einbindungsverfahren für die Mehrheit der Gesellschaften beinhaltet, wird sich erst im Prozeß ihrer konkreten Umsetzung entscheiden.

Hier kann auch eine plurale Linke mit Gegenkonzepten, die sich auf die erlebten Probleme und Erfahrungen der großen Mehrheit beziehen, wieder Einsicht in die Veränderbarkeit der Lage vermitteln und neue Handlungsmotive erschließen. Das setzt allerdings voraus, daß von allen Seiten erkannt wird, daß die ca. 30-60% an WählerInnen, die der pluralen Linken EU-weit in absoluten Zahlen verloren gegangen sind, als ein ernsthaftes Problem erkannt werden. Eine neoliberale oder konservative Rechte kann auch in einem politischen Umfeld regieren, in dem nur noch eine Minderheit der BürgerInnen das „gemeinsame Eigene“ der Politik wirklich zu ihrer Sache macht. Eine radikaldemokratische Linke, die auch nur irgendwie beansprucht, in den Traditionen von Aufklärung und Emanzipation zu stehen, kann dies einfach nicht.

spw

## antimilitarismus information

6/99

- \*Analysen zum Krieg im Kosovo •\*Uli Cremer über grüne Zerfallsprozesse
- \*Gelöbnisse •\*Diakonie kann auf Zivis verzichten •\* Clintons Atomkoffer •\* Kleinwaffen in Somaliland •\* Strategisches NATO-Konzept
- \* Sylvester 1999 im Pentagon •\* Neues SDI-Gesetz •\* Post und Krieg •\* Pyromanen auf Korsika

monatliche Informationen und Analysen zu  
Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-;  
Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.-  
(+Porto). **Probeheft gratis**  
Bezug: **Verein für friedenspolitische  
Publizistik e.V.** Kurfürstenstr. 14, 10785  
Berlin e-mail: [ami@zedat.fu-berlin.de](mailto:ami@zedat.fu-berlin.de)  
<http://userpage.fu-berlin.de/~ami>  
Telefon/Fax: ++30-25797342

ami



„Die Gefahr einer großangelegten und existenzbedrohenden Aggression ist überwunden. Deutschlands territoriale Integrität und die seiner Verbündeten ist militärisch auf absehbare Zeit nicht existentiell bedroht.“ (Weißbuch 1994)

### 1. Weniger Ideologie:

Die Wehrpflicht und mit ihr die Bundeswehr in der gegenwärtigen Form sind Relikte längst vergangener Zeiten. Ihre Fortführung ist nur noch ideologisch begründbar („Demokratie und Wehrpflicht sind Kehrseiten einer Medaille“). Ideologie aber ist der größte Feind von Modernisierung, Leistungsorientierung und Kosteneffizienz. Demokratische Staaten wie Frankreich, Großbritannien oder die USA haben deshalb bereits vor Jahren Grundsatzentscheidungen für die Aufstellung von Freiwilligen- oder Berufarmeen getroffen. Bundesdeutsche Politiker, allen voran der gegenwärtige Verteidigungsminister, führen dagegen noch immer die Panzerschlachten der Vergangenheit – ineffektiv, kostenaufwendig und nicht zuletzt gefährlich für die ihnen anvertrauten Menschen.

### 2. Weniger Kosten:

Die Entscheidung für eine Freiwilligenstreitmacht ist längst überfällig. Sie muß unverzüglich getroffen werden. Durch das Aussetzen der Einberufung von Wehrpflichtigen für ein Jahr würde – nahezu exakt – die Summe erbracht werden, die der Finanzminister im kommenden Jahr einsparen will: 3,5 Milliarden Mark. In Kauf genommen werden muß kurzfristig allerdings eine unausgewogene Struktur. Dies ist jedoch allein der Tatsache geschuldet, daß die Chance, Übergänge zu schaffen, seit Jahren verpaßt wurde. Unabhängig davon, wenngleich schmerzhaft Einschnitte werden aber nicht erträglicher, wenn überfällige Entscheidungen immer wieder und wieder verschoben werden – im Gegenteil

### 3. Weniger Soldaten:

Wird die Wehrpflicht ausgesetzt, reduziert sich der Bestand der Bundeswehr von gegenwärtig ca. 330.000 Soldaten und Soldatinnen schlußendlich auf ca. 200.000 Freiwillige und Berufssoldaten. Reicht dieser Bestand – rechnerisch betrachtet – aus? Wieviele Soldaten braucht Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes noch? Unstrittig ist, daß sich der Umfang der jeweiligen (nationalen) Streitmacht nach der Dimension der zu erwartenden Herausforderungen richten muß. Für Deutschland sind es allerdings Herausforderungen, Bedrohungen, Gefahren, Risiken, die sich nicht gegen das Land allein richten, sondern Deutschland als Mitglied eines Militärbündnisses (konkret: als Mitglied in der NATO), künftig vielleicht sogar als Mitglied in einem regionalen System Kollektiver Sicherheit in und für Europa betreffen. In dem Maße aber, in dem die kollektive Sicherheitsleistung eines Militärbündnisses oder eines Systems Kollektiver Sicherheit an die Stelle der nationalen Sicherheitsvorsorge tritt, wird Abrüstung möglich.

Darüber hinaus dürften in vielen Konfliktfällen weniger als 100.000 Soldaten ausreichen, um auch einem erweiterten Aufgabenspektrum gerecht zu werden bzw. um die Normen der Völkergemeinschaft durchzusetzen (vgl. z.B. IFOR in Bosnien oder KFOR im Kosovo). Aber selbst mit Blick auf die traditionelle Aufgabe der Landesverteidigung, die einen (derzeit wohl kaum möglichen) großangelegten Angriff gegen Deutschland mit einschließt, wird sich ein (im traditionellen Sinne) starkes Militärbündnis bzw. eine starke Europäische Sicherheitsgemeinschaft mit multinationalen Streitkräften im Umfang von ca. 1 Million Soldaten begnügen können. Die derzeitigen Streitkräftezahlen in und für Europa gehen nicht nur um ein Vielfaches über dieses Limit hinaus. Die NATO stellt gegenwärtig vier bis fünf Millionen Soldaten und ist verantwortlich für nahezu fünf

# Weniger Ideologie, weniger Kosten, mehr Leistung!

Plädoyer für eine Freiwilligenstreitmacht

von Dieter S. Lutz\*

Achtel der gesamten Weltmilitärausgaben. Vielmehr ist auch kein Staat erkennbar (auch nicht Rußland), der – aus welchen Gründen auch immer – einen Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten mit Aussicht auf Erfolg führen könnte. Für Deutschland (und in ähnlicher Weise für alle anderen europäischen Staaten auch) ist damit – endlich – die Chance zur Abrüstung sogar auf Kontingente von jeweils ca. 50.000 bis 100.000 Soldaten bei einer erheblichen Reduzierung der Wehretats gegeben.

### 4. Mehr Leistung:

Geht man davon aus, daß Europa künftig eine „gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) betreiben wird, so muß das Konzept der parallelen Aufstellung nationaler Armeen grundsätzlich überdacht werden. Das organisatorische und militärische Strukturgerüst eines eurokollektiven Sicherheitssystems, das modern, leistungsstark und gleichwohl schlank sein muß, verlangt neben der zumindest teilweisen Supranationalität der Streitkräfte und der Bildung gemischtnationaler Kontingente eine verstärkte Arbeitsteilung unter den Mitgliedsstaaten der NATO, der Europäischen Union und gegebenenfalls auch der OSZE. Die arbeitsteilige Spezialisierung und Konzentration der Länder auf jeweils eine Teilstreitkraft statt wie bisher auf drei legt Kapazitäten und Ressourcen frei, die im Verbund der Staaten für die qualifizierte und synergetische Ausbildung und Ausstattung der Soldaten einer modernen Armee insgesamt genutzt werden können. spw

*Für Deutschland ist die Chance zur Abrüstung sogar auf Kontingente von jeweils ca. 50.000 bis 100.000 Soldaten bei einer erheblichen Reduzierung der Wehretats gegeben.*

\* Prof. Dr. Dieter S. Lutz ist Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Hochschullehrer an der Universität Kiel. Zu seinen Veröffentlichungen gehören auch eine Reihe von Untersuchungen zu den sicherheitspolitischen, verfassungsrechtlichen und finanziellen Aspekten von Wehrpflicht. U.a. ist er Mitherausgeber des Buches „Wehrpflicht ausgedient“, Nomos Verlag Baden-Baden 1998.

# Für die europäische soziale Republik



**B**ereits für die Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises vom 12.-14 März in Berlin war der Startschuß für eine Zusammenarbeit zwischen Frankfurter Kreis und der linken Strömung der französischen Parti Socialiste, der Gauche Socialiste, vorgesehen. VertreterInnen der Gauche Socialiste waren nach Berlin eingeladen, um ihre Organisation und ihre inhaltlichen Ziele vorzustellen und mit der SPD-Linken zu diskutieren. Nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines am 10. März wurde mit den französischen GenossInnen vereinbart, das Vorhaben zu verschieben, da die Umstände wohl keine angemessene Diskussion erlaubt hätten.

Vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges kam es dann schon am 15. Mai auf Initiative der Gauche Socialiste zu einem Treffen zweier kleiner Delegationen in Paris, bei dem die hier dokumentierte gemeinsame Erklärung entstand. Es wurde vereinbart, die Gründung eines Clubs „Die europäische soziale Republik“ (benannt in Anlehnung an „La république sociale“, den Verein, der das organisatorische Dach der Gauche Socialiste bildet) anzustreben, der die linken Strömungen in der gesamten SPE umfassen und damit eine europaweite Koordinierung der Politik der Linken gewährleisten und ein eigenständiger Faktor in der SPE werden soll.

## Gemeinsame Erklärung von VertreterInnen der Gauche Socialiste und des Frankfurter Kreises

### I.

1. Das Jahrhundert scheint in Europa enden zu wollen, wie es begonnen hat: Auf dem Balkan brennt erneut das Feuer des Nationalismus. Wir dürfen nicht glauben, daß diese Gefahr auf diese Region begrenzt ist. Dieser

Brand findet auch in den gefestigsten Demokratien Nahrung, wo die rassistischen und nationalistischen Parteien der extremen Rechten Gehör finden.

2. Gleichzeitig wissen wir, daß wir die Möglichkeiten für eine ganz andere Zukunft haben. Der Aufbau der Europäischen Union bietet eine hervorragende Gelegenheit, eine friedliche, demokratische und fortschrittliche Gemeinschaft auf dem ganzen Kontinent zu errichten.

3. Aber ob es um den Kampf gegen den kriminellen Wahn des Ethno-Nationalismus oder um die Geburt der Europäischen Republik geht: Wir sehen, daß die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung eine zentrale Verantwortung hat. Denn es ist die soziale Frage, die den Schwierigkeiten und Gefahren zugrundeliegt, denen wir uns gegenübersehen. Tatsächlich haben die Neoliberalen, die Zwänge des internationalen Finanzkapitalismus verstärkend, gegenüber allen unseren Völkern bedeutende soziale Rückschritte durchgesetzt, während unsere Länder noch nie so reich waren. Insbesondere den Aufbau der Europäischen Union haben sie dazu benutzt, Sozialabbau durchzusetzen und die Souveränität des Volkes einzuschränken. So haben sie das Mißtrauen und den Chauvinismus genährt, die den Ethno-Nationalismus stärken. Wir wollen, daß die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien mit dieser Logik brechen und eine Alternative anbieten.

4. In diesem Zusammenhang ist die aktuelle Katastrophe auf dem Balkan eine Situation, die alle Völker des alten Kontinents direkt betrifft. Wir bekräftigen unsere vollständige Ab-

kehrung der Methode und der gewählten Mittel, in dieser Region zu intervenieren. Und da, wie uns die Geschichte lehrt, die Mittel stets den Zweck vorausbestimmen, bekräftigen wir, daß die Methode auf dem Balkan schnellstens geändert werden muß, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die uns die Intervention der NATO gebracht hat.

### II.

1. Wir verurteilen das Morden im Kosovo, die massenhafte Vertreibung der Zivilbevölkerung und die in diesem Zusammenhang begangenen grausamen und menschenverachtenden Taten der jugoslawischen Armee und der Polizeieinheiten. Wir fordern die Regierungen Serbiens und der Bundesrepublik Jugoslawien nachdrücklich auf, alle gegen die Bevölkerung im Kosovo gerichteten Aktivitäten umgehend einzustellen.

2. Wir fordern die NATO auf, unverzüglich die Bombardements zu beenden und damit Platz zu schaffen für Friedensverhandlungen. Die Fortsetzung der Angriffe schafft keine Perspektiven für eine friedliche Entwicklung im Kosovo. Sie ist im Gegenteil eine schwere Belastung, weil sie der Entwicklung einer gemeinsamen Position des UN-Sicherheitsrates und der Zustimmung der innerjugoslawischen Konfliktparteien zu einem Friedensabkommen im Wege steht.

3. Für die Luftangriffe der NATO gibt es kein ausreichendes völkerrechtliches Mandat; unser Eindruck ist, daß sich einige NATO-Regierungen auch nicht ausreichend um ein solches Mandat bemüht haben. Offensichtlich gibt es ein Interesse, im Windschatten hoher moralischer Ziele

*Wir sehen, daß die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung eine zentrale Verantwortung hat. Denn es ist die soziale Frage, die den Schwierigkeiten und Gefahren zugrundeliegt, denen wir uns gegenübersehen.*

die Bedeutung der Vereinten Nationen für die internationale Konfliktregulierung zu relativieren und die Rolle der NATO neu zu definieren. Wir werden auch in Zukunft eine Selbstmandatierung der NATO nicht akzeptieren und auf die Beachtung des Völkerrechts und der zu seiner Durchsetzung geschaffenen Institutionen drängen.

4. Nach wie vor ist völlig unklar, wie nach den Luftangriffen weiter vorgegangen werden soll und wie eine stabile Nachkriegsordnung für die Region aussehen kann. Wir befürchten jedoch, daß jeder weitere Kriegstag die Chancen für ein multiethnisches Kosovo verringert. Jeder weitere Kriegstag schürt den Haß und stärkt die nationalistischen und militaristischen Kräfte auf beiden Seiten. Milosevic ist innenpolitisch gestärkt und die demokratische Opposition Serbiens geschwächt worden. Der Versuch, mit militärischen Mitteln die Politik der „ethnischen Säuberungen“ zu stoppen, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die NATO hat sich mit den Luftangriffen selbst zum Vollstrecker einer Politik gemacht, die sie stets verurteilt hat.

5. Bestandteile einer politischen Lösung der Kosovo-Krise müssen sein:

- die unverzügliche Einstellung der Luftangriffe,
- unverzügliches Ende der Gewalt und Unterdrückung im Kosovo,
- Demilitarisierung des Kosovo durch Rückzug militärischer, paramilitärischer und polizeilicher Kräfte aus dem Kosovo und Entwaffnung der UCK,
- sichere und freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen und ungehinderter Zugang zum Kosovo für humanitäre Hilfsorganisationen,
- Einrichtung einer vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu beschließenden Übergangsverwaltung für den Kosovo mit der Perspektive einer weitgehenden Selbstverwaltung des Kosovo mit der Perspektive der Rückkehr zum Autonomiestatut für diese Region,
- Die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz für demokratische Organisation und die Entwicklung des Balkans.

6. Wir erwarten von der Europäischen Union, daß sie, über umfassende Hilfe beim Wiederaufbau der Region hinaus, den Ländern der Region einen besonderen Status der Assoziierung mit der EU anbietet, mit der klaren Perspektive der Auf-

nahme in die EU. Mit einer solchen Langfristperspektive wird es am ehesten möglich sein, eine friedliche Entwicklung in der Region zu fördern und den Ethnonationalismus zu überwinden.

### III.

1. Im Kontext der Krise, die den gleichzeitigen Aufstieg von Ethno-Nationalismus und des Drucks der neoliberalen Globalisierung auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften unserer Völker hervorbringt, sehen wir, daß die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung Mühe hat, eine wirksame Offensivstrategie festzulegen. Wir sehen auch, daß sich in unseren Parteien eine klare Tendenz etabliert, sich mit einer Politik der sozialen Abfederung der Forderungen des Neoliberalismus zu begnügen. Wir sehen auch Stellungnahmen, die in der Farbe des Modernismus das Diktat des Neoliberalismus vorwegnehmen.

2. Von nun an wollen wir diesen Tendenzen eine Alternative in Theorie und Praxis entgegensetzen. Wir wollen dies in der PSE tun, die der natürliche Rahmen für diese Auseinandersetzung werden muß. Wir fühlen uns um so mehr dazu aufgerufen, da die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung in 13 von 15 Ländern in der Europäischen Union Regierungsverantwortung ausübt. Die Sozialisten und Sozialdemokraten sind also direkt für den Ausgang dieser Periode verantwortlich. Es ist unsere Pflicht, zu handeln und Vorschläge zu machen.

3. Wir entscheiden deshalb, uns in einem europäischen sozialistischen Club zu konstituieren und gemeinsam unsere Vorschläge zu formulieren. Wir schließen uns zusammen, um offen den Kampf für die europäische soziale Republik zu führen. Wir entscheiden, von nun an gemeinsam Kampagnen in unseren Ländern zu starten, um Alternativen zu eröffnen, beispielsweise:

- für die europäische Republik
- für einen europäischen Sozialvertrag
- für einen europäischen Mindestlohn
- für die Verkürzung der Arbeitszeit
- gegen das multilaterale Investitionsabkommen (MAI)
- für europäische Standards für die Besteuerung
- für die Tobin-Steuer

Schließlich entscheiden wir, uns an alle sozialistischen und sozialde-

mokratischen Gruppen und Verantwortlichen zu wenden, die die von uns formulierten Bedenken teilen, damit sie sich unserer Arbeit anschließen. Darum gründen wir gemeinsam einen europäischen Club, den wir „die europäische soziale Republik“ nennen.

### UnterzeichnerInnen der gemeinsamen Erklärung von Frankfurter Kreis und Gauche Socialiste

Tanja Breuer, stellv. Juso-Bundesvorsitzende; Barbara Gersmann, stellv. Juso-Bundesvorsitzende; Konrad Gilges, MdB; Uwe Hixsch, MdB; Detlev von Larcher, MdB; Christine Lucyga, MdB; Benjamin Mikfeld, Juso-Bundesvorsitzender, Mitglied des SPD-Parteivorstandes; Andrea Nahles, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstandes;

Eric Benzekri, Mitglied im bureau national des MJS (mouvement des jeunes socialistes); Harlem Désir, Mitglied des bureau national der PS, ehem. Präsident von SOS Racisme; Bernard Pignerol, Mitglied der Schiedskommission der PS; Julien Dray, Abg. d. Nationalversammlung; Magali Escot, Mitglied im bureau national des MJS Pasquale Le Néouanic, Mitglied des bureau national der PS; Marie-Noëlle Lienemann, MdEP, Mitglied des bureau national der PS; Jean-Luc Mélenchon, Senator, Mitglied des bureau national der PS; Emmanuel Reich, Mitglied im bureau national des MJS; Gérard Siloche. spw

Wir sehen, daß sich in unseren Parteien eine klare Tendenz etabliert, sich mit einer Politik der sozialen Abfederung der Forderungen des Neoliberalismus zu begnügen. Von nun an wollen wir diesen Tendenzen eine Alternative in Theorie und Praxis entgegensetzen.



# Regieren macht dumm

von Burkhard Winsemann\*

**D**er Politikwechsel kann gehen. Ein halbes Jahr zaghafter rot-grüner Reformpolitik, und das war's dann anscheinend auch schon. Von nun an machen die neuen Köpfe doch wieder die alte Politik – nur ein bisschen konsequenter. Vor allem in der Finanzpolitik und in der Arbeitsmarktpolitik rudert Rot-Grün dahin zurück, wo schon die alte Bundesregierung die Zukunft wähte. Dass die Wählerinnen und Wähler am 27. September 1998 eine andere Zukunft wollten, scheint vergessen.

## „Zukunftsprogramm 2000“ – je wohlklingender der Titel, desto grausamer der Inhalt

Der Name lässt aufhorchen: Zukunftsprogramm hat die Bundesregierung ihr Paket getauft, und schon zu schwarz-gelben Zeiten galt: Je wohlklingender der Titel, desto grausamer das Programm.

Wieder gibt es Steuerentlastungen in Milliardenhöhe für Unternehmen, und wieder wird auf der anderen Seite die Haushaltslage als zwingender Grund angeführt, erhebliche Ausgabenkürzungen, auch im sozialen Bereich, durchzusetzen.

Bei isolierter Betrachtung der Forderung Hans Eichels, im Jahr 2000 die Ausgaben um 30 Mrd. DM zu kürzen, hätte man darüber streiten können, ob diese Konsolidierungsmaßnahme zum konjunkturpolitisch richtigen Zeitpunkt käme. Die grundsätzliche Notwendigkeit, die Nettokreditaufnahme abzubauen, hätte niemand bestritten.

Die zusammen mit dem Sparpaket und Riesters Rentenreform ins Zukunftsprogramm der Bundesregierung aufgenommene Unternehmenssteuerreform gibt dem Gesamtpaket allerdings eine unverkennbare Umverteilungskomponente – und dies in der falschen, 16 Jahre von Kohl&Co. praktizierten Richtung. Bekanntermaßen hat die fortgesetzte Senkung von Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener keineswegs mehr Arbeitsplätze,



sondern im Zusammenwirken mit der gleichzeitigen Abschöpfung der Massenkaufkraft stets mehr Arbeitslosigkeit geschaffen. Fast könnte man meinen, dass die Übernahme der Regierungsverantwortung so etwas wie eine „Stunde Null“ ist. Alle davorliegenden Erfahrungen werden ignoriert.

Immerhin hat die SPD-Bundestagsfraktion im Juni die Bundesregierung aufgefordert, einen Vorschlag für eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung vorzulegen, um den Verdacht einer verteilungspolitischen Schiefelage aus der Welt zu schaffen und zudem den Abbau der Neuverschuldung noch zu beschleunigen. Der Parteirat konnte sich wenige Tage später dagegen nicht dazu aufschwingen, dem Nachdruck zu verleihen. Er erteilte lediglich einen unverbindlichen Prüfauftrag, mit dem auch erbitterteste Gegner einer Vermögensteuer sicher gut leben können. Wenig ruhmreich agierten dabei auch Teile der Parteilinken, die einen diesbezüglichen Antragsentwurf schon im Vorfeld so weichkochten, dass es zur kanzlerschonenden Nicht-Aussage nur noch ein kleiner Schritt war.

## Ideologische und politische Verirrungen

Flankiert wird diese Politik von einem ideologischen Sperrfeuer, das endlich auch die SPD auf einen Begriff der Moderne einschwören soll, der für die Sozialdemokratie konstitutive Ziele wie Solidarität und gesellschaftliche Teilhabe ausklammert. Zuerst das Schröder-Hombach-Blair-Papier (das auch die treuesten Stammwähler von der Stimmabgabe für die SPD bei der Europawahl abhielt), vier Wochen später ein (auch mit alten Hüten bestücktes) Manifest von 13 „Youngsters“ der SPD-Bundestagsfraktion, darunter dem zeitgleich auf die Hombach-Stelle nachge-

rückten Hans-Martin Bury, und zuletzt der als Geschäftsbericht der Deutschland AG aufgemachte Bericht des Bundeswirtschaftsministers, der mangels Parteibuch überhaupt keine programmatischen Positionen der SPD berücksichtigen zu müssen glaubt und FDP-like eine Staatsquote von 40% zum Maß aller Dinge erklärt. Und jenseits aller Lächerlichkeit, die Sommerloch-Ideen typischerweise auszeichnet, zeigt auch der Vorschlag Kurt Becks, den ArbeitnehmerInnen (wie im Zukunftsprogramm für die Renten vorgesehen) nochmal zwei reale Nullrunden zuzumuten, welch abenteuerliche Verirrungen zur Zeit in der SPD grassieren.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht die Opposition eine schallende Ohrfeige bejubeln kann, die Bundesregierung und SPD-Prominenz ihrer eigenen Politik von gestern verpassen. Sie tun dies in relativ unverbindlichen Papieren ebenso wie in der ganz konkreten praktischen Politik: So wird das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit aufgrund des Berichts der (eigentlich mit der Klärung von Detail- und Verfahrensfragen beauftragten) Expertenkommission nun wohl wieder einkassiert. Soweit mir bekannt ist, war dieses Gesetz in den wenigen Monaten seiner Existenz bereits überaus erfolgreich – vielleicht zu erfolgreich. Nun wird denen, die Scheinselbständige beschäftigen wollen, wieder Tür und Tor geöffnet. Und vor allem wird nun bestätigt, was der verhinderte Wirtschaftsminister Stollmann immer schon wusste: Die Sozialversicherungssysteme sind ein Gefängnis, und freiheitsliebend wie wir sind, müssen wir so viele Menschen wie möglich daraus befreien.

„Regieren macht Spaß“ betitelt die SPD-Bundestagsfraktion im Dezember 1998 ihr Fraktionsfest. Beim nächsten Mal sollte das Motto lauten: „Regieren macht dumm.“ spw

*Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht die Opposition eine schallende Ohrfeige bejubeln kann, die Bundesregierung und SPD-Prominenz ihrer eigenen Politik von gestern verpassen.*

\* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB

## I. Gut angelaufen...

Bis 1998 ist in der Bundesrepublik Deutschland noch keine Regierung „abgewählt“ worden. Um so erstaunlicher war das brau-ouröse Bundestagswahlergebnis der SPD.

Zwar kritisierte die Linke bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen, dass sowohl das Wahlprogramm, als auch noch in viel höherem Maße das Auftreten des Spitzenkandidaten, zu schwammig seien und daher die Gefahr drohe, durch zu wenig Profil, weder Wechselwähler, noch Stammwähler im notwendigen Umfang an sich zu binden. Die Kritiker mußten sich aber das Wahlergebnis entgegenhalten lassen. Das Ergebnis war zum einen Ausdruck des Phänomens, dass große Teile der Bevölkerung der Regierung Kohl überdrüssig waren, ohne gleichzeitig eine konsequente Alternative zum – am Ende der Regierung immer stärker werdenden – Neoliberalismus zu verfolgen. Zum anderen war es aber auch Ausdruck der Verbrauchtheit und Regierungsmüdigkeit der alten Bundesregierung, die durch die Auftritte ihrer Repräsentanten den Eindruck erweckte, sie wolle die Wahlen gar nicht gewinnen und brauche Schröder als Kanzler für ihre eigene Regeneration. Ferner dokumentierte das Wahlergebnis aber auch eindrucksvoll, dass es gelungen war, sowohl das Stammklientel zu mobilisieren, als auch bei Nichtwählern und dem gegnerischen Lager zu „wildern“. Es konnte gegenüber einer Vielzahl von Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf die Verbindung von „Innovation“ und „Arbeit und Gerechtigkeit“ glaubhaft vertreten werden und hierfür ist die SPD auch gewählt worden. Entsprechend fiel auch die Koalitionsvereinbarung aus, die ebenso wie die ersten Schritte der neuen Regierungspolitik – wenn auch etwas zaghaft – die größten Ungerechtigkeiten der alten Regierung zu korrigieren trachteten und vorsichtig auf ein leichtes Umsteuern zielten.

Aus dem Bereich der Sozialpolitik sei hier nur beispielhaft die Wiederherstellung der 100%-igen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Rücknahme der wesentlichen Verschlechterungen im Bereich des Kündigungsschutzgesetzes, die Aussetzung der Einführung eines sogenannten demographischen Faktors in der gesetzlichen Rentenversicherung und auch die Rücknahme von sogenannten Wettbewerbsinstrumenten in der ge-

setzlichen Krankenversicherung genannt. In diese Richtung ließen sich auch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit und auch das neue „630-DM-Gesetz“ einordnen. Diese Maßnahmen hatten zum Teil eher symbolische Bedeutung, gleichwohl wurde mit ihnen auch der erheblichen Kritik breiter Teile der Bevölkerung an der alten Regierungspolitik Rechnung getragen.

In die gleiche Richtung zielte auch die neu ins Werk gesetzte Finanzpolitik, die – im Gegensatz zur alten Sparpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung – auch eine Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anstrebte und damit unter dem Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ neue Akzente setzte. Im Gegensatz zur bisherigen Finanzpolitik wurde davon ausgegangen, dass im Rahmen eines „Policymix“ nicht nur angebotsorientierte Politik zu betreiben sei, sondern zur Konjunktur- und Wachstumsbelebung auch die Binnennachfrage erhöht werden müsse.

Aus gewerkschaftlicher Sicht gingen diese Veränderungen in die richtige Richtung, auch wenn sie im Detail – zum Beispiel die Ausnahmetatbestände im 630-DM-Gesetz – zu kritisieren waren. Eher problematisch war bereits zu diesem Zeitpunkt die mangelnde weitergehende Reformperspektive, da natürlich eine leichte Korrektur der bisherigen größten Ungerechtigkeiten noch keinen Gegenentwurf ausmacht.

Zusammenfassend konnte man sagen, die Regierung war gut angelaufen, aber nicht gesprungen.

## II. ... und dann gestolpert

Bereits die skizzierten Korrekturen führten dazu, dass die Lobby der Arbeitgeberverbände, unterstützt durch große Teile der Medien, Sturm lief und den Untergang des Standortes Deutschland beklagte. Gerade im Bereich des 630-DM-Gesetzes und bei der Scheinselbständigkeit wurde mit fadenscheinigen Argumenten erheblicher Druck entwickelt. Nach den Landtagswahlen in Hessen stand die SPD diesem Druck wie das Kaninchen vor der Schlange gegenüber und war kaum noch in der Lage, die eigenen Gesetzesentwürfe in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Dieser Druck leistete einer bereits vorher starken Linie innerhalb der SPD und der gesamten Regierungskoalition Vorschub, die dadurch gekennzeichnet ist, sich an die wesentlichen ökonomischen und po-

# Aus der Not eine Tugend machen?

Gewerkschaftliche Konsequenzen aus der Politik der neuen Regierung und der neuen SPD

von Horst Schmittthener\*

litischen Rahmenbedingungen anzupassen anstatt sie zu verändern. Sprichwörtlich ist in diesem Zusammenhang der bei jedem sozialpolitisch sinnvollen Gesetz von Bundeskanzler Schröder proklamierte „Nachbesserungsbedarf“.

## III. Aus der Not eine Tugend machen?

Aus der Not, die politischen Verhältnisse nicht so ohne weiteres in Richtung „sozialer Gerechtigkeit“ umgestalten zu können, eine Tugend zu machen, nämlich sich den Verhältnissen bewusst anzupassen, erscheint als Kernidentität der „neuen SPD“. Dieser Identitätenwechsel ging mit dem Rücktritt Lafontaines einher<sup>1</sup> und läßt sich durch folgende Elemente charakterisieren:

- neue Rolle in der Außenpolitik;
- restriktive Haushaltspolitik;
- Abbau und Neuausrichtung der Sozialsysteme, wobei derzeit versucht wird, diese Neuausrichtung unter Einbindung der Gewerkschaften im Rahmen des Bündnisses für Arbeit durchzusetzen;
- Ideologische Unterfütterung durch neuere Theorien des „Dritten Weges“.

### 1. Neue Rolle in der Außenpolitik als Bestandteil einer „neuen“ Regierungspolitik

Insbesondere zum völkerrechtswidrigen Einsatz von NATO-Truppen mit deutscher Beteiligung unter dem Vorwand der Sicherung von Menschenrechten im Kosovo ist bereits vieles gesagt und dies soll nicht Gegenstand der nachfolgenden Betrachtungen sein. Gleichwohl gibt die „neue“ Außenpolitik, die „neue“ Haushaltspolitik und die „neue“ Sozialpolitik durch-

*Aus der Not, die politischen Verhältnisse nicht so ohne weiteres in Richtung „sozialer Gerechtigkeit“ umgestalten zu können, eine Tugend zu machen, nämlich sich den Verhältnissen bewusst anzupassen, erscheint als Kernidentität der „neuen SPD“.*

\* Horst Schmittthener ist geschäftsführendes Mitglied im Vorstand der IG Metall, zuständig für Sozialpolitik.

Foto: Christian Kiel (Krefeld)



aus Anlass zu der Befürchtung, es handele sich um ein – mehr oder weniger in sich schlüssiges – Gesamtkonzept. Seit dem Krieg gegen Jugoslawien hat sich im Regierungslager ein „Politikwechsel“ vollzogen, den wir uns allerdings etwas anders vorgestellt hatten. Dies soll im folgenden an der geänderten Haushalts- und Sozialpolitik dargestellt werden.

## 2. Die Haushaltspolitik

Die Haushaltspolitik unter Lafontaine war durch eine Mischung von angebots- und nachfrageorientierter Politik gekennzeichnet. Diese mag in sich nicht vollständig schlüssig gewesen sein. Zudem war sie Ausdruck widerstreitender Kräfte innerhalb des Regierungslagers. Sie ließ sich aber von der bisherigen Politik von CDU/CSU und FDP deutlich unterscheiden, weil sie eben auch Akzente auf Konjunkturbelebung und soziale Gerechtigkeit setzte. Demgegenüber beschreibt Eichel „neue“ Pfade, die leider schon von Stoltenberg bis Waigel ausgetreten worden sind. Eichel setzt in erster Linie auf Sparpolitik, um die Ausgaben zu beschneiden. Die sozialen Folgen dieser Ausgabenbescheidung werden anhand der Folgen für RentnerInnen und Arbeitslose noch im einzelnen verdeutlicht.

Aber selbst die erklärte Zielsetzung, mittelfristig die Neuverschuldung völlig zu stoppen und den Abbau der bestehenden Schuldenlast anzugehen, wird durch den vorgelegten Haushalt konterkariert. Durch sinkende Staatsausgaben und auch durch Kaufkraftverluste bei den Op-

fern der Sparpolitik wird die Konjunktur abgewürgt. Dies wiederum unterläuft das bisher noch formulierte Ziel des „spürbaren Abbaus“ der Arbeitslosigkeit. Wie bereits unter der alten Bundesregierung werden damit weitere Kosten und letztlich weitere Sachzwänge für weitere Sparrunden produziert.

Fast vollständig ausgeblendet werden die Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung durch Erzielung zusätzlicher Einnahmen. Zu denken wäre z.B. an die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Eine offensive Finanzpolitik, die tatsächlich einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leistet, würde die Einnahmen ebenfalls erheblich ausweiten. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung belaufen sich die gesamtfiskalischen Kosten pro registriertem Arbeitslosen im Durchschnitt auf über DM 40.000,- pro Jahr. Auch im Rahmen sonstiger präventiver Sozialpolitik, z.B. durch die Verbesserung des vorbeugenden Arbeits- und Gesundheitsschutzes ließen sich – intelligent, d.h. nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen – Milliardenbeträge im Jahr einsparen.

Die „neue“ Haushaltspolitik beinhaltet im wesentlichen die gleichen Fehler, die man bereits der konservativ-liberalen Bundesregierung vorwerfen mußte. Sicherlich ist in breiten Teilen der Bevölkerung eingängig, dass man nicht „über die eigenen Verhältnisse leben darf“, dass „man den anderen nicht Wasser predigen“ dürfe und selbst „Wein saufen“ möchte, und

dass man „selbst vor der eigenen Tür anfangen muß zu kehren“. Aber all diese Binsenweisheiten lassen sich nicht unbesehen auf die Haushaltspolitik des Bundes übertragen. Schulden sind nicht gleich Schulden. Vielmehr ist zu fragen, für welche Zwecke Schulden aufgenommen werden. So wenig es tragbar ist, den Nachkommen eine unbezahlbare Schulden- und Zinslast zu „vererben“, so wenig ist es zulässig, die soziale Infrastruktur und deren Absicherung als staatliche Aufgabe immer weiter verkommen zu lassen und der nachfolgenden Generation lediglich noch die Trümmer des früheren Sozialstaates zu übergeben. Die geplante deutliche Reduzierung der investiven Aufgaben zeigt, dass es mit dieser Sparpolitik nicht „nur“ um eine Ausgabenreduzierung geht, sondern dass mit der Ausgabenreduzierung eine Aufgabenreduzierung einhergeht. Dies kann man am Beispiel der Sozialpolitik verdeutlichen.

## 3. Reduzierung der staatlichen Ausgaben im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge

### 3.1. Alterssicherung

Über die Zukunft der Alterssicherung wird in Deutschland seit Jahren heftig gestritten. Unter Federführung Norbert Blüms wurde eine Rentenreform (RRG 99) durchgesetzt, die massive Einschnitte zu Lasten der Rentnerinnen und Rentner vorsah. Zu recht kritisierte die damalige Opposition insbesondere die beschleunigte Anhebung der Altersgrenzen und die Einführung von dauerhaften Rentenabschlägen beim vorzeitigen Rentenbezug, die Einführung eines demographischen Faktors, der bis zum Jahr 2020 eine Senkung des durchschnittlichen Rentenniveaus für den „Eckrentner“ von heute circa 70% auf ungefähr 64% vorsah, und die massiven Einschnitte bei den Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten. Unter Aussetzung der Kernelemente des RRG 99 kündigte die neue Regierung für das Jahr 2000 ein Konzept für eine sozial ausgewogene Rentenreform an. Im Rahmen des „Bündnis für Arbeit“ wurde eine Arbeitsgruppe installiert. Bevor diese Arbeitsgruppe überhaupt einberufen wurde, hatte das Bundesarbeitsministerium bereits konkrete Pläne für die Reform der Rentenversicherung veröffentlicht.<sup>2</sup> Dieses Konzept enthielt damals folgende Vorgaben:

Die Rentenanpassung, die nach geltendem Recht an die gesamtwirtschaftliche Nettolohnentwicklung ge-



knüpft war, sollte für die Jahre 2000 und 2001 ausgesetzt und statt dessen die Renten lediglich an die Inflation angepaßt werden. Weiterhin war vorgesehen, die Arbeitnehmer ab dem Jahre 2003 fünf Jahre lang gesetzlich dazu zu verpflichten, 0,5% ihres Einkommens in eine private, kapitalgedeckte Eigenvorsorge einzuzahlen. Dieser Prozentsatz sollte sich jährlich um 0,5% Punkte erhöhen, mithin im Jahre 2007 2,5% (!) erreichen und ab dann auf Dauer beibehalten werden. Bereits bestehende Eigenvorsorge sollte auf die Einzahlung angerechnet werden.

Der aktuelle Beitragssatz zur Rentenversicherung sollte von 19,5% ab dem Jahr 2000 auf unter 19% gesenkt und bis 2030 auf unter 23% gehalten werden. Durch die Leistungskürzung und durch weitere Einnahmen aus der zweiten und dritten Stufe der Ökosteuer sollte dieser relativ niedrige Beitragssatz finanziert werden.

Ferner sollten die Rentenabschläge bei der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente im Grundsatz beibehalten, allerdings abgemildert werden. Zudem war mittelfristig die Abschaffung der Berufsunfähigkeitsrente geplant.

Als positive Elemente lassen sich die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung in Höhe des Sozialhilfeniveaus in die Rentenversicherung sowie eine Neujustierung der Hinterbliebenenversorgung zwecks einer stärkeren eigenständigen Alterssicherung der Frau benennen.

Trotz einzelner Anknüpfungspunkte sind die vorgesehenen Leistungseinschnitte und die ordnungspolitischen Weichenstellungen völlig inakzeptabel. Die Aussetzung der nettolohnorientierten Rentenanpassung würde kurzfristig zu einer Absenkung des Standardrentenniveaus auf etwa 66% führen.

Die Absenkung des Rentenniveaus ist nicht auf Finanzprobleme der Rentenversicherung, sondern auf das politisch vorgegebene Ziel der Haushaltskonsolidierung zurückzuführen. Durch die Reduzierung der Rentenanhebung kann der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung um knapp 4 Milliarden DM gesenkt werden. Damit würde die Rentenversicherung einen entscheidenden Beitrag zum Sparziel im Sozialetat beisteuern.

Wenn man sich das Rentenniveau vergegenwärtigt, droht die als Massenphänomen überwunden geglaubte „Altersarmut“ wieder ein Problem

zu werden. 1998 betrug die Nettostandardrente, also die Rente nach 45 Beitragsjahren bei stets durchschnittlichem Einkommen, in den alten Bundesländern DM 1.980,— und in den neuen Bundesländern DM 1.694,—. Der Durchschnittsbetrag der ausgezahlten Renten lag jedoch bei Männern nur bei circa DM 1.800,— und bei Frauen unter DM 1.300,—. Hinzu kommt, daß etwa die Hälfte der Männer und weit über 90 % der Frauen die Standardrente gar nicht erreichen. Dieses Problem dürfte sich in Zukunft angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit und zunehmender prekärer Beschäftigung noch ausweiten.

Die geplante Verpflichtung zu einer privaten Zusatzversorgung ist zwischenzeitlich – auch aufgrund einer massiven Kampagne der Bildungszeitung („Zwangsvorsicherung“) – zurückgenommen worden. Der Protest richtete sich vor allem gegen den Zwang und gegen die alleinige Finanzierung durch die Arbeitnehmer.

Übersehen wurde oftmals, dass diese geplante „Zusatzversicherung“ so angelegt war, dass sie den Nettolohn reduziert hätte. Dies hätte dazu geführt, die gesetzlichen Renten noch einmal zu senken, da diese ab dem Jahre 2002 wieder an die Nettolohnentwicklung angepaßt werden sollen.

Die kurzfristige Reduzierung des Rentenversicherungsbeitrages scheint das wesentliche Dogma der neuen Rentenpolitik zu sein. Wenn man dies aber zum Dogma erhebt und darüber hinausgehend den staatlichen Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung teilweise zur Haushaltskonsolidierung verwenden will, dann bleibt einem letztendlich nichts anderes, als das Rentenniveau nach unten zu schrauben. Dies hat dann aber nichts mit der demographischen Entwicklung, sondern mit politischen Prioritäten zu tun. Die gleichzeitig ursprünglich geforderte private Zusatzversicherung verdeutlicht, dass allen Beteiligten bewusst ist, dass das Rentensicherungsniveau nicht weiter abgesenkt werden kann. Das Neue an der Politik der neuen Sozialdemokratie ist hier lediglich, dass die Betroffenen die Renten stärker als bisher<sup>3</sup> allein zu finanzieren haben und nicht mehr im Wege voller paritätischer Finanzierung die Arbeitgeber mit herangezogen werden.

**3.2. Arbeitslosenversicherung**

Neben den bereits skizzierten erheblichen Verschlechterungen gegenüber den Rentnerinnen und Rentnern sind

auch noch Auswirkungen der Haushaltspolitik auf die Arbeitslosen zu benennen. Zum einen ist in Planung, bei Arbeitslosenhilfeempfängern lediglich die Rentenbeiträge auf Basis der konkret zugeflossenen Arbeitslosenhilfe an die Rentenversicherung abzuführen. Während nach geltendem Recht 80% des sog. Bemessungsentgeltes (das Bruttoeinkommen, daß der Berechnung der Arbeitslosenhilfe zugrunde liegt) zur Grundlage für die Abführung der Rentenversicherungsbeiträge genommen werden und hierdurch auch entsprechende Rentenanwartschaften begründet werden, wird sich der Arbeitslosenhilfebezieher, wenn er volle Arbeitslosenhilfe erhält, künftig ungefähr mit der Hälfte zufrieden geben müssen. Wenn er, wegen mangelnder Bedürftigkeit, gar keine Arbeitslosenhilfe erhält, wird auch kein Rentenbeitrag abgeführt. Mithin erwirbt er dann gar keine Ansprüche.

Ebenso wie die Renten, soll auch die Arbeitslosenhilfe lediglich in Höhe der Inflation für die Jahre 2000 und 2001 angepaßt werden.

Als letzter Punkt wäre die geplante Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe zu nennen. Originäre Arbeitslosenhilfe erhalten diejenigen, die noch keine 12 Monate, aber bereits 5 Monate Beiträge entrichtet haben. Zudem gibt es noch einige andere Sonderregelungen. Die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe stand auch immer mal wieder auf der Kürzungsagenda der konservativ-liberalen Bundesregierung. Augenscheinlich bedurfte es aber erst eines Regierungswechsels, um dieses Projekt dann auch tatsächlich zu realisieren.

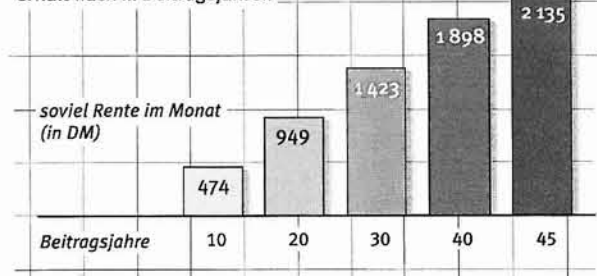
*Die Absenkung des Rentenniveaus ist nicht auf Finanzprobleme der Rentenversicherung, sondern auf das politisch vorgegebene Ziel der Haushaltskonsolidierung zurückzuführen.*

**4. Ideologische Flankierung**

Bisher bestand in der SPD ein, von der Linken oftmals beklagtes, Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis. Die Partei setzte im praktischen

**Rente: Nach über 40 Jahren 2000 Mark**

Ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin mit Durchschnittsverdienst (1998: 53.745 Mark brutto im Jahr) erhält nach ... Beitragsjahren



Quelle: Verband deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)

Leben oftmals das nicht um, was sie in der Theorie vertrat. Aber dieses Spannungsverhältnis war produktiv, da es ermöglichte, die politische Praxis immer wieder an weitergehenden Zielstellungen zu messen. Gleichzeitig konnte die Theorie auch immer wieder dahingehend überprüft werden, ob sie geeignet war, die Wirklichkeit zu erklären und zu verändern.

Zwar ist das „Schröder-Blair-Papier“ noch nicht offizielle Parteiprogrammatik, aber es droht die Gefahr, dass die auf S. 1 dieses Papiers verkündete „Notwendigkeit“, sich an die Rahmenbedingungen anzupassen (statt sie zu verändern), offizielle Parteileitlinie wird. In der Finanzpolitik und in der Sozialpolitik wird deutlich, dass der Kurs der „Sparpolitik“ nur zu einem Teil haushaltspolitisch motiviert ist, zum anderen Teil wird er ideologisch begründet.

Die Politik der Arbeitgeberverbände, unterstützt durch breite Teile der Medien, die sozialen Sicherungssysteme zu diskreditieren, somit ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben, um sie, nachdem sie sturmreif geschossen werden, dann völlig einzunehmen, scheint auf den ersten Blick aufzugehen.

### III. Das Bündnis für Arbeit

Im wesentlichen wird durch die neue Bundesregierung eine Politik der Kontinuität des Regierungshandelns repräsentiert. Dies zeigt sich im Bereich der Finanzpolitik, aber leider auch im Bereich der Sozialpolitik, wie anhand einzelner Beispiele deutlich gemacht wurde.

Gleichwohl gibt es eine Akzentverschiebung in bestimmten Bereichen gegenüber der alten Bundesregierung. Zum einen wird die Politik der reinen quantitativen Verbesserung der Angebotsbedingungen angereichert – allerdings nicht ersetzt, wie die jüngsten Forderungen führender Sozialdemokraten nach Nullrunden verdeutlichen – durch eine qualitative Verbesserung der Angebotsbedingungen. Hierfür steht das „Jump-Programm“ und insgesamt die Herausnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus den allgemeinen Kürzungsbestrebungen.

Aber auch die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt wird, ist von der konservativ-liberalen Bundesregierung in ihrer Endphase zu unterscheiden. Derzeit versucht die neue Bundesregierung im Rahmen des Bündnisses für Arbeit unter Einbindung der Gewerkschaften, die Einschnitte zu vollziehen. Unter Kanzler Kohl bestand

zwar ursprünglich auch das Bestreben, die Gewerkschaften in die Politik der nationalen Standortkoalition einzubinden, aber, als der Bogen überspannt wurde, waren diese bereit, aus dem Bündnis auszutreten und im Wege der Massenmobilisierung gegen eine solche Politik Flagge zu zeigen.

Die jüngsten Ergebnisse im Rahmen des Bündnisses für Arbeit stellen bestenfalls eine Verschiebung der Problematik, keinesfalls aber eine Lösung dar. Es gibt viele Versprechen und eine hohe Unsicherheit, ob diese Versprechen gehalten werden. Wenn sie aber nicht gehalten werden, dann stehen auch die Gewerkschaften vor einer erheblichen Glaubwürdigkeitskrise. Deshalb werden sie bereits jetzt versuchen, öffentlichkeitswirksam Aktivitäten zu entfalten, die die Forderung nach einem Abbau der Arbeitslosigkeit – insbesondere durch Arbeitsumverteilung, eingebunden in ein beschäftigungspolitisches Gesamtkonzept – und die Forderung nach einer sinnvollen Ausbildung für alle Jugendlichen in der Gesellschaft verankern. Ein Ansatz, der darauf zielt, dass das Bündnis für Arbeit außerparlamentarische Aktivitäten der Gewerkschaften ersetzt, wäre entpolitisierend und würde letztlich zu katastrophalen Auswirkungen führen.

Einige Ergebnisse im Rahmen der Erklärung des Bündnisses für Arbeit erwecken den Eindruck, wir hätten uns in eine unangenehme Lage manövriert. Beispielsweise kommt die Position der Gewerkschaften, dass die Steuerreform nur aufkommensneutral – also nicht zu Lasten der Arbeitnehmer – erfolgen darf, in der gemeinsam unterschriebenen Erklärung nicht in der gebotenen Klarheit zum Ausdruck. Auch der „Trick“, Fragen zur Tarifpolitik nicht im Rahmen des Bündnisses, sondern „anlässlich des Bündnisses“ durch eine Erklärung von DGB und BDA abzuwickeln, löst das Problem der Einbindung der Tarifpolitik in das Bündnis für Arbeit nicht, sondern macht dieses Problem noch offensichtlicher. Dies zeigt sich auch am Inhalt der Erklärung. Die Forderung nach Arbeitszeitkorridoren, mehr Flexibilisierung und Lebensarbeitskonten, scheint weniger der Beschäftigungssicherung als der Sicherung des Bündnisses für Arbeit geeignet zu haben.

### IV. Konsequenzen für die Gewerkschaften

Letztlich wird auch innerhalb der Gewerkschaften noch zu sehr an einzelnen

Elementen der Politik der neuen Bundesregierung diskutiert. Offensichtlich ist aber schon jetzt, dass das, was im Wahlkampf als Verbindung von „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ daherkam, lediglich ein – zwischenzeitlich wieder auseinandergefallenes – Gemisch gewesen ist; wobei wesentliche Ingredienzien zwischenzeitlich in den Ausguss geschüttet worden zu sein scheinen. Die neue Außen- und Innenpolitik einschließlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, und deren Durchsetzung im Rahmen eines Bündnisses für Arbeit ist im wesentlichen strategisch aufeinander abgestimmt und ideologisch unterfüttert. Dennoch ist zu bezweifeln, ob mit dieser Politikkonzeption dauerhaft Stammwähler gehalten und neue Wähler gewonnen werden können. Derzeit entsteht der Eindruck, weder das eine noch das andere würde gelingen.

Die Alternative kann nur darin bestehen, autonom eigene inhaltliche Positionen zu bestimmen und diese im Wege der Massenmobilisierung in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Institutionen, die dem Neoliberalismus welcher Couleur auch immer entgegenstehen wollen, wieder diskussionsfähig und letztlich durchsetzungsfähig zu machen. spw

- <sup>1</sup> Wobei es weitgehend müßig ist, über Ursache und Wirkung zu spekulieren bzw. darüber, welche Zusammenhänge im einzelnen zwischen dieser personalpolitischen Entwicklung und dem Politikwechsel bestehen. Auch Lafontaine hat mit seinen Vorschlägen, z.B. zur Steuerfinanzierung der Arbeitslosenversicherung, nicht immer pure Freude bei der Linken ausgelöst.
- <sup>2</sup> Dabei spielten die Arbeitsergebnisse der Kommission „Zukunft der Alterssicherungssysteme“ beim SPD-Parteivorstand – vgl. dazu Jörg Deml/Roland Wutz: Die Zukunft des Rentensystems, in: spw 4/97, S. 52-55 – offenbar keine Rolle. Anm. der spw-Red.
- <sup>3</sup> Selbstverständlich ist die Kritik der CDU-Opposition heuchlerisch. Bereits ohne das Familienlastenausgleichsurteil des Bundesverfassungsgerichtes wollte diese das Rentenniveau – wie in diesem Text bereits dargestellt – drastisch zurückschrauben. Die jetzigen Kritiker aus den Reihen der CDU/CSU erscheinen insoweit wenig glaubwürdig.

### Literaturhinweise

- Rudolf Hickel: Abschied vom Rheinischen Kapitalismus? Zum rot-grünen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8'99, S. 947-957; [Urfassung im Internet: http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/docs/m9917.pdf](http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/docs/m9917.pdf)
- Johannes Steffen: „...Kollateralschäden inbegriffen“. Das rot-grüne Spar- und Rentenpaket, in: Sozialismus 7/8-99, S. 4-9; ohne Tabellen im Internet: <http://www.sozialismus.de/99.07/steffen.htm>

*Die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe stand immer wieder auf der Kürzungsagenda der konservativ-liberalen Bundesregierung. Augenscheinlich bedurfte es aber erst eines Regierungswechsels, um dies dann auch tatsächlich zu realisieren.*

Der folgende Text beruht auf einem Vortrag, den Olaf Scholz auf der Frühjahrstagung der Zeitschrift spw am 24.04.1999 in Hannover gehalten hat und der dort kontrovers diskutiert wurde. Er soll der Auftakt für weitere Beiträge zur Diskussion um die Zukunft des Sozialstaats und eine moderne linkssozialdemokratische Konzeption dazu sein. Dies wird auch der Schwerpunkt der spw-Herbsttagung am 30.10.99 in Bielefeld sein.

Die spw-Redaktion

Die Debatte über die künftige Ausrichtung der Politik der SPD ist im vollen Gange. Die Erfolge der SPD bei den Bundestagswahlen des letzten Jahres und den vorherigen Landtagswahlen, die dazu geführt haben, dass die SPD sowohl im Bund als auch in den meisten Ländern der Bundesrepublik Deutschland Regierungspartei ist, haben ihr zu einer ganz besonderen Bedeutung für die politische Praxis verholfen. Gleichzeitig ist die umfassende Beteiligung der SPD in der Regierungsverantwortung, der – trotz der aktuell ungünstigen Meinungsumfragen und der schlechten Wahlausgänge in Hessen und bei der Europawahl – immens gestiegene Einfluß auf die Geschicke der Bundesrepublik, ein Test für alle Programme und politischen Vorstellungen. Nicht alle politischen Vorstellungen werden dieser Situation gerecht, leider gilt dies ganz besonders für manche links geführten Debatten.

Ein solches Beispiel ist die wiederkehrende Befassung von Parteitag mit der Vorstellung, Beschäftigung durch kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionsprogramme, meist als ökologische Zukunftsinvestitionsprogramme charakterisiert, zu schaffen. Gleichgültig, ob sie sich links oder rechts innerhalb der SPD verorten, gibt es wohl keine handelnden SPD-Politiker in den Gemeinden, Kreisen, Regierungsbezirken, Ländern oder nun auch dem Bund, die auch nur ansatzweise den politischen Vorschlägen dieser Debatte folgen. Die vermutlich mehrheitlich links sozialisierten Parteitage delegierten werden aber von den Akteuren der Parteilinken regelmäßig gebeten, das Gegenteil von dem zu beschließen, was sie selber täglich tun. Es ist kein Wunder, dass solche Anträge in der Vergangenheit keine Mehrheit gefunden haben. Konnte bisher die fehlende Regierungsverantwortung in Bonn die fehlende Kongruenz von theoretischem Denken und politischem Handeln überdecken, ist dafür jetzt kein Platz mehr.

Dabei wird diese Debatte gar nicht ideologisch geführt und etwa erörtert, ob angesichts der wachsen-

den Globalisierung Spielräume für eine nationale Beschäftigungspolitik mittels kreditfinanzierter Ausgabenprogramme überhaupt noch vorhanden sind und ob nicht eher zu befürchten ist, dass der Einsatz öffentlicher Mittel weitgehend wirkungslos verpufft, weil eine Eingrenzung auf nationale Beschäftigungswirkung nicht möglich ist. Vielmehr ist angesichts der über Jahre angehäuften Schuldenlast ein wirklicher Handlungsspielraum für eine zusätzliche Verschuldung verbaut. Meistens wären weitere Verschuldungen der öffentlichen Haushalte angesichts des realen Ausmaßes der Verschuldung verfassungswidrig oder nur mit der Behauptung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts rechtmäßig. Tatsächlich ist die Schuldenlast aber so groß, dass eine Bewegungsfähigkeit überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Die Verantwortung vor der Zukunft gebietet, die Schulden nicht weiter ansteigen zu lassen und eine allmähliche Tilgung der Staatsverschuldung über längere Frist zu organisieren. Angesichts der Schuldenlast des Bundes, die heute 1,5 Billionen DM beträgt, und der Zinsbelastung des Bundeshaushaltes, ist das alternativlos. Diese Einsicht ist derart weit verbreitet, dass sicherlich die meisten, sich selber links verstehenden Parteitage delegierten und Funktionsträger in all den öffentlichen Institutionen bis hin zu Bundesregierung und Bundestag anderen Vorschlägen nicht folgen. Trotzdem ist es so, dass die Linke mit einer solchen Position identifiziert wird.

Ebenfalls verzerrt war die Debatte über die Zinspolitik der Deutschen Bundesbank oder der Europäischen Zentralbank, die Notwendigkeit einer internationalen Harmonisierung von Währungspolitiken, Staatsverschuldungen und Zinspolitiken, letztlich auch staatlichen Strategien zur Belebung der Wirtschaft. Hier hat das letzte Jahr bundesweite Diskussionen erlebt. Es ist weniger das Problem, dass die benannten Themen nicht richtig wären, sondern dass eine links-rechts-Debatte herausgekom-

## Falsche Themen und die Zukunft des sozialen Staates

von Olaf Scholz\*

men ist. Die Notwendigkeit internationaler Harmonisierung staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik ist offensichtlich. Es ist aber keine Debatte zwischen Linken und Rechten in der Gesellschaft oder gar eine innerparteiliche links-rechts-Debatte. Internationale Absprachen können nur dann funktionieren, wenn konservative und linke Regierungen sich verständigen. Dass ein so konservatives Thema wie die Sicherung der Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzmärkte, Währungs- und Wirtschaftsbeziehungen politisch als Debatte links gegen rechts mißverstanden werden konnte, ist überraschend. Nicht zufällig entwickelt sich die internationale Politik ja auch in die geforderte Richtung, aber weniger spektakulär. In Europa gibt es mittlerweile sogar einen makroökonomischen Dialog als Ergebnis der deutschen Präsidentschaft. Na bitte!

Beispiele solcher Debatten ließen sich problemlos vermehren. Selbstverständlich lassen sich ebenfalls problemlos Gegenbeispiele nennen, die aber nicht Gegenstand dieses Beitrags sein sollen, zumal dieser sich bewußt auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragestellungen beschränkt.

Ausgewählt sind diese Beispiele und auch erwähnt, weil sie für etwas stehen, dass kluge Politikerinnen und Politiker unruhig machen muss. Die

*Die der Linken zugeschriebenen Positionen werden von den von ihr vereinnahmten Unterstützerinnen und Unterstützern nicht geteilt.*

\* Olaf Scholz MdB ist Kreisvorsitzender der SPD Hamburg-Altona und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands.



mer unattraktiv gemacht haben und auf alle Fälle das Wachstum nicht sozialversicherter Beschäftigten auf Kosten sozialversicherter und arbeitsrechtlich gesicherter Beschäftigung begünstigen. Das ist angesichts des solidarischen Finanzierungssystems unseres Sozialstaates, in dem alle abhängig Beschäftigten zur Finanzierung beitragen sollen, ein großes Problem, weil dann die Finanzierungslasten sich auf immer weniger Beitragspflichtige konzentrieren.

Auch in dieser Frage hat die neue Regierung ordnungspolitisch das Richtige getan. Die bereits beschlossene Steuerreform wird für eine Familie mit zwei Kindern in der dritten Stufe zu einer Nettoentlastung von ca. 2.500 DM führen. Diese Nettoentlastung entsteht durch das Sinken des Eingangsteuersatzes und das Ansteigen des steuerfreien Existenzminimums. Das steigende Kindergeld und die nun aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch einmal zusätzlich steigenden Kinderfreibeträge und ein weiteres Steigen des Kindergeldes führen zu einer erheblichen Verbesserung bei kleinen und mittleren Einkommensbezieherinnen und bei Familien.

Tatsächlich war die Steuerreform die größte Umverteilung von oben nach unten, die in der Geschichte der Bundesrepublik jemals stattgefunden hat. Die Hauptfinanzierenden für Milliarden Entlastungen sämtlicher Steuerzahler sind die großen Versicherungsunternehmen, die Energiewirtschaft und die bisher von Steuersparmodellen profitierenden Bezieher hoher Einkommen. Eine soziale Schieflage zu Lasten der abhängig Beschäftigten ist an der letzten Steuerreform wirklich nicht zu erkennen. Dementsprechend haben sich die nunmehr neu zur Steuerzahlung Herangezogenen auch öffentlich beschwert. Leider ist vielen Begünstigten nicht aufgefallen, in welcher Weise die neue sozialdemokratische Regierung hier eine Korrektur zu ihren Gunsten vorgenommen hat. Übrigens ist bei dieser Gelegenheit auch eine Entlastung für den Mittelstand herausgekommen.

Mit der Ökosteuer gelingt es, die Belastung mit Sozialversicherungsabgaben zu senken.

Die letzten 16 Jahre konservativ-liberaler Regierung haben es mit sich gebracht, dass Sozialversicherung, arbeitsrechtlicher Kündigungsschutz und soziale Rechte von Arbeitnehmern als wirtschaftsfeindlich denun-

ziert worden sind. Dieser Diskurs hält als öffentliche Meinung durchaus nach wie vor an. Mit den vorgenannten Maßnahmen und Schritten hat sich die neue Regierung eindeutig gegen diese alte Auffassung gestellt. Sie hat darüber hinaus durch kleinere Maßnahmen dafür Sorge getragen, dass der Denunziation sozialer Rechte als Beschäftigungshindernis ein Dementi entgegengesetzt wird. Die Wiederherstellung des Kündigungsschutzes in Betrieben mit mehr als fünf Arbeitnehmern und der hundertprozentigen Lohnfortzahlung sind dafür ein sichtbares Beispiel. Verfolgt man die öffentliche Debatte, entsteht gelegentlich der Eindruck, dass auf Seiten der Wirtschaft und der konservativ-liberalen Opposition beklagt wird, die Wirtschaft sei zuviel belastet worden und auf Seiten mancher Linker beklagt wird, es handle sich um eine einseitige Politik zu Lasten der Arbeitnehmer. Sicher ist da im Marketing etwas schiefgegangen, aber es ist bestimmt erlaubt, die Debatte auf das sachlich Richtige hinzuführen.

Deshalb auch eine Zwischenbemerkung. Wenn jetzt im Rahmen des Bündnisses für Arbeit über eine Unternehmenssteuerreform gesprochen wird, ist dies nichts Schlechtes. Wer jetzt isoliert die Unternehmenssteuerreform betrachtet und eine einseitige Begünstigung von Unternehmen sieht, der läßt außer acht, was bereits geschehen ist. Im Übrigen besteht an einer Unternehmenssteuerreform ein eminentes Interesse. Die jetzige Körperschaftssteuer begünstigt den ausgeschütteten Gewinn und belastet den im Unternehmen verbleibenden Gewinn mit einer hohen Steuerlast. Das führt dazu, dass es für Unternehmen attraktiver ist, Gewinne auszuschütten, als sie in den Betrieb zu investieren. Manche Ausschüttung, kombiniert mit einem Steuersparmodell führte zu einer Körperschaftsteuererstattung. Wenn es jetzt das Ziel der Regierung ist, die Körperschaftssteuer auf einen niedrigeren Satz zu senken und die Diskriminierung der im Unternehmen verbleibenden Gewinne bei der Körperschaftssteuer zu vermindern und diese im Verhältnis zum ausgeschütteten Gewinn zu begünstigen, ist dies betriebswirtschaftlich, volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch wünschenswert.

Die Finanzminister müssen natürlich bedenken, dass wenn diese Umkehrung erfolgreich ist und tatsächlich zu im Unternehmen verbleiben-

den und dort investierten Gewinnen führt, es notwendigerweise zu einer Mindereinnahme der Finanzminister kommen muss. Diese läßt sich nicht vollständig durch Ausgleichsmaßnahmen refinanzieren. So viele Steuervorteile sind nicht mehr übriggeblieben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in diesem Zusammenhang beschlossen, dass eine Mindereinnahme von 8 Milliarden DM denkbar ist. Angesichts der bereits beschriebenen Steuerreform und der viel größeren Umverteilungswirkung, die diese bereits zugunsten kleinerer und mittlerer Einkommen, Familien und mittelständischer Unternehmen hatte, ist das vertretbar.

Worum muss es ordnungspolitisch bei der Weiterentwicklung der sozialversicherten Arbeit gehen? Angesichts veränderter Wettbewerbsbedingungen auf den nationalen und internationalen Märkten, natürlich auch angesichts der Auswirkungen der Globalisierung, ist es dringend erforderlich, dass sich die sozialdemokratische Politik ihrerseits Vorstellungen über die erforderliche Flexibilisierung von Arbeit macht – allerdings anders, als es sich die Liberalen und Wirtschaftsfreunde vorstellen: nicht durch die Beseitigung des Arbeitsrechts oder die Flucht aus sozialversicherter Beschäftigung, sondern durch Maßnahmen, die die Flexibilität im Rahmen arbeitsrechtlich geschützter sozialversicherter Arbeit sicherstellen. Dabei geht es um Arbeitszeitkonten, die Förderung von Teilzeitarbeit, um Altersteilzeit, eine Konkursicherung von Arbeitszeitkonten, wie sie im Bündnis für Arbeit auch geplant ist, und sicherlich auch um eine vorsichtige Prüfung einzelner Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Möglicherweise ist eine etwas großzügigere Handhabung von Leiharbeit, ähnlich wie es in anderen Ländern geschehen ist, die sozialversicherte arbeitsrechtlich geschützte Alternative zu den heute zu beobachtenden grauen Arbeitsmärkten, zu befristeter Beschäftigung und zu nicht-sozialversicherter Arbeit.

Lebenslange Vollzeitbeschäftigung, vielleicht unterbrochen von kurzen Phasen einer Übergangsarbeitslosigkeit wird es sicher auch in Zukunft für einen großen Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben. Allen Globalismusfanatikern, den Herren Westerwelle und Co. muss gesagt sein: es gibt keinen Anlass, an der sozialen Sicherheit dieser

*Für einen funktionierenden Arbeitsmarkt ist es ordnungspolitisch unerlässlich, dass es keinen Unterschied für die Kosten einer Arbeit macht, unter welchen rechtlichen Bedingungen sie geleistet wird.*

Menschen oder an ihren Einkommen mit Hinweis auf den Weltmarkt etwas zu verschlechtern.

Aber, für einen wachsenden Teil der Menschen gilt das Standardmodell nicht. Für Frauen hat es ohnehin immer nur sehr eingeschränkt gegolten.

Die Menschen sind sich über die so veränderte Welt sehr wohl bewußt und bereit, solche Veränderungen zu akzeptieren, aber sie wollen nicht alleine gelassen werden. Deshalb ist es eine der schweren und wichtigen Aufgaben für die Zukunft, Modelle zu entwickeln, die die soziale Sicherheit derjenigen gewährleisten, die das klassische, an dem männlichen Facharbeiter ausgerichtete Beschäftigungsmodell nicht in Anspruch nehmen können oder wollen.

*Transferzahlungen  
an Arbeitslose  
vermitteln keine  
Hoffnung. Deshalb  
muss sich sozialdemo-  
kratische Politik  
auf Arbeitschancen  
konzentrieren.*

# Z

Zeitschrift  
Marxistische  
Erneuerung

10. Jahrgang, Nr. 38, Juni 1999,  
240 Seiten

## Deutsche Normalität

Reusch – Banalität des „Normalen“ - zur Diskussion um die Berliner Republik / Heuer – Deutschland führt wieder Krieg

## Pax Americana

Gowan – Die Nato-Mächte und die Balkan-Tragödie

## Arbeit und Politik II

Braun – Konkrete Utopie jenseits der Arbeit? / Siekmeier, Werner – Ver.di: Programmdebatte in der neuen Dienstleistungsgewerkschaft / Wompel – Lean Production und Gruppenarbeit / Graf – Normalisierung der Krise der Erwerbsarbeit

**Und:** Höhme – Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur / Nyikos – Utopie der kapitalistischen Gesellschaft / Förster – Aktualität von Marx' Feuerbachthesen / Neubert – Marxistische Theorie und sozialistische Politik / Hahn – Kritik der Postmoderne / Peters – 50 Jahre Volksrepublik China

**Berichte:** SPD-Bilanz – Gewerkschaftslinker – Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert

**Rezensionen:** US-Außenpolitik – Totalitarismustheorie – Europäische Beschäftigungspolitik – 3. Welt – Neoliberalismus – Arbeiterbewegung

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

Die Zukunftssicherung der sozialversicherten Arbeit ist es wert, im Mittelpunkt sozialdemokratischer Debatten zu stehen.

## Armutsmilieus

Wir müssen uns auseinandersetzen mit einer sich immer weiter ausdehnenden Armut in unserer Gesellschaft. Daß immer mehr Menschen arbeiten und doch nicht genug haben, um der Armut zu entkommen, ist bedrückend und in dem Ausmaß neu. Dass manche Sozialhilfe schon in zweiter, manchmal dritter Generation beziehen, ist gleichermaßen bedrückend. Es sind prekäre soziale Milieus entstanden, in denen Erwerbstätigkeit in ganzen Stadtteilen oder Straßenzügen nur noch für einen Teil der Bevölkerung eine Rolle spielt, mit durchaus nicht geringen Konflikten zwischen den Erwerbstätigen und den nicht Erwerbstätigen dieser Stadtteile. Das ergibt sich schon daraus, dass die Differenz zwischen den unteren Tariflöhnen für Ganztagsarbeit, die bei 2000 bis 2100 DM im Monat liegen, und der Sozialhilfe für eine Familie mit zwei Kindern nicht groß ist.

Hier ergibt sich der Ansatz für soziale Stadtteilentwicklung, die den Kreislauf nach unten durchbricht. Sie wird in einigen deutschen Großstädten versucht.

Grundlegend ändern läßt sich die Lage der Menschen und Stadtteile aber nur durch Angebote zur Beschäftigung. Das ist durchaus neu. So alt ist die aktive Beschäftigungspolitik in Deutschland noch nicht und sie erreicht auch keineswegs alle. Nur ganz begrenzt haben die Arbeitsämter Arbeitsvermittlungen für Langzeitarbeitslose betrieben und nur wenige sind bisher schon über die Sozialämter zu neuer Arbeit motiviert worden. Angebote gibt es angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit natürlich auch nur wenige. Deshalb ist gerade für die armen Milieus eine aktive Beschäftigungspolitik wichtig. Sie wird aber, will man das Niveau der Sozialhilfe verteidigen, was ich für dringend erforderlich halte, an die Beschäftigungsangebote auch die Erwartung knüpfen müssen, von den Fördermöglichkeiten, die die Gesellschaft bietet, Gebrauch zu machen. Auch dann, wenn es sich wegen des Mehrverdienstes nicht lohnt. Das kann angesichts der Entgelte in den unteren Lohngruppen aber auch nicht anders sein.

Meines Erachtens ist dies auch übergreifend wichtig. In diesen Milieus muss auch Zukunftshoffnung wieder neu entstehen. Es ist doch kein Wunder, dass in manchen der Stadtteile die Zahl der Nichtwähler oder gar der Wähler rechtsradikaler Parteien besonders hoch ist. Manche der Bürgerinnen und Bürger sind sehr wohl über politische Debatten und Themen informiert, aber sie glauben nicht, dass das Handeln der Parteien und der Politiker ihnen eine Verbesserung der Lage verspricht. Der amerikanische Philosophieprofessor Richard Rorty beschreibt das Problem treffend so: „Moderne gebildete säkulare Gesellschaften sind von der Existenz einigermaßen konkreter optimistischer und plausibler politischer Szenarien abhängig, statt von Szenarien zur Erlösung jenseits des Grabes. Um an sozialer Hoffnung festzuhalten, müssen die Mitglieder einer solchen Gesellschaft sich selbst eine Geschichte erzählen können, die davon handelt, wie alles besser werden kann, und sie dürfen keine unüberwindlichen Hindernisse für das Wahrwerden dieser Geschichte sehen.“

Deshalb halte ich es für zentral, dass wir Zukunftsperspektiven entwickeln, die die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung stärken und die reale Chancen für die Menschen, die bereits Hoffnungen aufgegeben haben, beinhalten. Transferzahlungen an Arbeitslose vermitteln keine Hoffnung. Deshalb muss sich sozialdemokratische Politik auf Arbeitschancen konzentrieren.

Es ist deshalb gut, dass trotz der Sparpolitik die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung in unveränderter Größenordnung erhalten bleibt und es ist noch wichtiger, dass das ganz offensichtlich erfolgreiche JUMP-Programm der Bundesregierung, das jugendliche Arbeitslose in Beschäftigung und Berufsausbildung bringen will, fortgeführt wird. Hier hat eine Trendwende stattgefunden, die von ganz unterschiedlich motivierten sozialdemokratischen Regierungen in Europa vorangetrieben worden ist, in Dänemark, in Großbritannien, in Frankreich. Es ist richtig, dass die deutsche Regierung jetzt auch ein solches Programm aufgelegt hat und eine Trendwende einzuleiten versucht.

Auch die Politik zur Reduzierung der Armutsmilieus in unserer Gesellschaft und ihre (Wieder-)verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt ist eine ernste sozialdemokratische Debatte wert. **spw**

Der Zusammenschluß der fünf Gewerkschaften ÖTV, DAG, HBV, DPG und IG Medien zu einer neuen Gewerkschaft namens Ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) ist trotz des ehrgeizigen Terminplans noch keineswegs gesichert. Der eigentliche Sprengsatz liegt dabei offensichtlich in den auseinanderlaufenden organisationspolitischen Optionen: Setzt sich eine Architektur mit branchen-, fachgruppen- und berufsgruppennahen Strukturen durch, die der Vielfalt der künftigen Mitgliedschaft Rechnung trägt, oder wird die neue Gewerkschaft eher durch ein Modell mit starkem Territorialgewicht geprägt, das der heutigen ÖTV ähnelt. Während die erste Option unisono von IG Medien, DPG und DAG eingefordert wird, erhält das zweite Modell starke Unterstützung aus dem hauptamtlichen Apparat der ÖTV, aber auch aus der HBV. Erst die Mehrheitsverhältnisse auf den außerordentlichen Gewerkschaftstagen im November 1999 werden zeigen, ob der Zusammenschluß realistisch bleibt.

So dominiert nach wie vor die organisationspolitische Thematik die Debatten auf dem Wege zu einer neuen Gewerkschaft. Schon nach der Veröffentlichung der sogenannten „Politischen Plattform“ der fünf Gewerkschaften im Juni 1998 war diese als Etikettenschwindel kritisiert worden: Die Plattform argumentiere ausschließlich organisationspolitisch und biete keinesfalls eine politisch-programmatische Begründung des neuen Gewerkschaftsprojekts. Diese Diskrepanz ebenso wie die Sorge, daß in diesem Prozeß unter der Hand alle Positionen einer Gegenmachtspolitik geschliffen werden, bestimmten auch die kritische Diskussion und Beschlussfassung auf den Gewerkschaftstagen von HBV und IG Medien im Oktober 1998.

Dieser sich verstärkenden Kritik entgegenkommend setzten die fünf Gewerkschaften im Sommer 1998 eine Arbeitsgruppe Programmatik unter dem Vorsitz von Detlef Hensche ein. Wichtiger als kompromißbehaftete Programmformulierungen erweisen sich dabei allemal die darum geführten Debatten und Kontroversen, da sie innergewerkschaftliche Klärungsprozesse auslösen können.<sup>1</sup>

#### Nachhaltiger politischer Richtungswechsel eingefordert

Karl Georg Zinn hat mit am nachdrücklichsten darauf aufmerksam ge-

macht, daß die Ausprägung des Strukturwandels in den kapitalistischen Ökonomien in Richtung steigender Dienstleistungsproduktion unterschiedlichen politischen Gestaltungsoptionen unterliegt. „Die Zukunft der Arbeit ist teils vorherbestimmt – durch den Tertiarisierungstrend –, aber ob wir in einer humanen oder inhumanen Dienstleistungsgesellschaft leben werden, hängt von der politischen Entwicklung, also dem politischen Handeln – unserem Handeln – ab!“<sup>2</sup>

Zinn sieht die Gefahr einer tertiären Krise, die durch den Einkommensrückgang breiter Schichten, durch damit verbundenen Nachfrageausfall nach Industrie- und Dienstleistungsgütern, durch kumulierende strukturelle Arbeitslosigkeit und durch die Entstehung prekärer Arbeitsverhältnisse charakterisiert wird. Verschärft wird dieser Krisenprozeß durch eine neoliberale Angebotspolitik. Demgegenüber könnten eine Steigerung der Massenkaufrkraft und öffentliche Finanzmittel für neue Dienstleistungsnachfrage das Volumen neuer qualifizierter Dienstleistungsarbeitsplätze erhöhen. Dies allerdings verlangt Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse. Nach Zinn erfordert eine „tertiäre Wohlstandsgesellschaft“ erhebliche Interventionen und möglicherweise eher noch mehr gesellschaftliche Regulierung als in der Vergangenheit.<sup>3</sup> Auch andere Autoren postulieren, daß „es erheblicher gesellschaftlicher und politischer Regulation“ bedürfe, „wenn diese Entwicklung im Sinne eines ökologisch-sozialen Umbaus genutzt werden soll“.<sup>4</sup>

Von diesem Grundszenario ist das programmatische Positionspapier – verabschiedet Ende Mai vom „Lenkungsauusschuss“ der fünf Gewerkschaften – geprägt, das dem eigenen Anspruch nach programmatische Ziele und Aufgaben der neuen Gewerkschaft „auf die spezifischen gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedingungen im Dienstleistungsbereich, in der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungssektor“ zuspitzen will. Als Alternative zu „einer an kurzfristiger Kapitalverwertung interessierten neoliberalen Angebotspolitik“ wird „eine gemeinwohlorientierte Politik“ gefordert, „die die erforderlichen Rahmenbedingungen für qualitatives Wachstum, öffentlich geförderte Dienstleistungen und Umverteilung der Arbeit schafft“. Dies wird dann im einzelnen konkretisiert.

## Humane und qualifizierte Dienstleistungsarbeit kontra Niedriglohnsektor

Ver.di-Gewerkschaften bei der programmatischen Positionssuche

von Klaus Pickshaus\*

In Reaktion auf den Lafontaine-Rücktritt und der drohenden – wenn gleich etwas moderater und sozial abgefederter betriebenen – Fortsetzung neoliberaler Politik durch die grün-rote Regierungskoalition formuliert das Positionspapier, daß es nach wie vor notwendig sei, „einen nachhaltigen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik herbeizuführen, die weltweite Vorherrschaft neoliberaler Politik einzuschränken und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben zu stoppen“.

Als Kernpunkte einer Reformpolitik werden benannt:

- den Vorrang einer gemeinwohlorientierten Politik gegen die ungehemmte Entfaltung des Profitprinzips durchzusetzen;
- durch eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und durch eine gezielte Nachfragepolitik Wirtschaft und Beschäftigung zu fördern;
- die Finanzmärkte international zu regulieren, um die Arbeitslosigkeit national bekämpfen zu können.“

Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen: „Eine solche gewerkschaftliche Reformpolitik setzt die Veränderung der Machtverhältnisse und damit der Verteilungsverhältnisse voraus.“

#### Der Streit um den „Niedriglohnsektor“

Völlig konträre Schlußfolgerungen formulieren die Regierungsberater

*Die notwendige Neubewertung von Arbeit muß insbesondere zu einer besseren Bezahlung der typischerweise von Frauen verrichteten Arbeit in Dienstleistungsberufen führen.*

\* Klaus Pickshaus ist Gewerkschaftssekretär beim Hauptvorstand der IG Medien und Mitglied der Arbeitsgruppe Programmatik.

und Professoren Wolfgang Streeck und Rolf Heinze, die mit ihrem Konzept eines staatlich subventionierten Niedriglohnssektors im Rahmen eines neokorporatistischen „Bündnisses für Arbeit“ in die Debatte um die Zukunft der Dienstleistungsarbeit eingriffen.<sup>5</sup> Sie feiern den Rücktritt Lafontaines als Abschied vom „Vulgär-Keynesianismus“ und von einer „deutschen Hochpreisversion des Normalarbeitsverhältnisses“, die den radikalen institutionellen Umbau des Sozialstaates vermeiden wolle, der aber zur Förderung von neuen Dienstleistungsarbeitsplätzen erforderlich sei.

Millionen neuer Arbeitsplätze insbesondere im Bereich niedrigproduktiver Dienstleistungsarbeit könnten geschaffen werden, wenn man Abschied nehme von „Gerechtigkeitsvorstellungen“ aus der Industriegesellschaft, eine stärkere Lohnspreizung nach Produktivitätskriterien durchsetze und Billigjobs für Geringqualifizierte staatlich subventioniere. Zentral geht es ihnen um eine noch stärkere Abkoppelung der Löhne im Dienstleistungssektor von den Löhnen im industriellen Sektor. Insofern wollen sie keine einheitlichen staatlichen Lohnleitlinien, sondern eine vorrangige Orientierung der Tarifpolitik an Wettbewerbs- und Standortkriterien. Die oberste Leitlinie dieser sozialdemokratisch verstehenden Vertreter eines „Dritten Weges“ zwischen Keynesianismus und Neoliberalismus lautet: „Das wichtigste Instrument einer neuen Arbeitsmarktpolitik im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ist – der Markt.“<sup>6</sup> Zu dieser nicht sehr neuen Markteuphorie kommentierte schon Zinn: „Der Markt richtet nicht alles, sondern alle, aber der Markt übt Klassenjustiz: immer genug für die Reichen, aber zu wenig für die vielen Anderen.“<sup>7</sup>

Im direkten Gegensatz zum Konzept von Streeck/Heinze wendet sich das programmatische Positionspapier „entschieden gegen die immer wieder vertretene Auffassung, die Beschäftigungspotentiale in Dienstleistungsbereichen könnten nur durch die Schaffung eines Niedriglohnssektors für sogenannte 'einfache' Dienstleistungen erschlossen werden.“ Zudem werde oft mit einer Unterstellung gearbeitet: „Soziale und personenbezogene Dienstleistungen sind keineswegs einfache unqualifizierte Arbeiten. Sie setzen oftmals hohe berufliche Kompetenz voraus und eignen sich nicht für 'Billig-Jobs'.“

Zu einer solchen Legendenbildung haben aber auch gewerkschaftliche Vertreter eines „Niedriglohnkonzepts“ beigetragen, die wie der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte „staatlich subventionierte Löhne zum Beispiel im Pflegebereich“ für sinnvoll erachten. „Hier könnten vollkommen neue Beschäftigungsfelder entstehen, die heute noch gar nicht existieren, weil die Tariflöhne dafür zu hoch sind.“<sup>8</sup>

### **Bewertung von Dienstleistungsarbeit und Geschlechterfrage**

Im Organisationsbereich der neuen Gewerkschaft wären durch die Ausweitung eines Niedriglohnssektors in erster Linie Frauen von der geplanten Absenkung der Löhne betroffen. Schon heute erfaßt die Entstehung prekärer Arbeitsverhältnisse insbesondere Frauen. Das Positionspapier nennt als Folgen einer solchen Strategie: „ein zweigeteilter Arbeitsmarkt, geschlechtsspezifische Ausgrenzung und eine Verschärfung der ungerechten Verteilung von Vermögen und Einkommen“. Hinzu kommen „erhebliche abträgliche Sogwirkungen auf alle Dienstleistungsbereiche“. Überdies würde die Schaffung von „Teilzeitarbeit in anspruchsvollen und zukunftsfähigen Tätigkeitsfeldern und Berufen“ hierdurch behindert.

Eine gewerkschaftliche Gegenstrategie – so das Positionspapier – wird deshalb auch Fragen einer „Neubewertung der Arbeit und die Aufnahme von Bewertungskriterien in die betrieblichen und tariflichen Entlohnungssysteme, die die für Dienstleistungsarbeit spezifischen Qualifikationsanforderungen – wie z.B. soziale Kompetenz – erfassen“, mitbedenken müssen. „Diese Neubewertung muß insbesondere zu einer besseren Bezahlung der typischerweise von Frauen verrichteten Arbeit in Dienstleistungsberufen führen.“<sup>9</sup>

Sollten sich die fünf Gewerkschaften nicht nur in ihrem programmatischen Positionspapier auf eine ablehnende Haltung, sondern auch auf eine konkrete Gegenstrategie verständigen können, wäre das Konzept von Streeck/Heinze bzw. des Kanzleramtes kaum gegen einen solch gewichtigen Teil der Gewerkschaftsbewegung durchsetzbar. Auf einer Fachtagung Anfang Juni 1999 lehnten die fünf Ver.di-Gewerkschaften entschieden das Niedriglohnkonzept ab. Das Handelsblatt (v. 2.6.1999) resümierte: „Wie vor die-

sem Hintergrund das Bündnis für Arbeit zum Erfolg geführt werden soll, bleibt mehr als unklar. Als Exponent des Bündnisses dürfte Streeck jedenfalls wenig Ermutigung von der Tagung mitgenommen haben ...“ Das offensichtliche Scheitern von Bodo Hombach als Kanzleramtsminister und Hauptprotagonisten einer „Niedriglohnstrategie“ Ende Juni unterstreicht die Schwierigkeiten, in die sich die Dritte-Weg-Vertreter schon jetzt manövriert haben.

Der aktuell politisch bedeutsamste Ertrag der vereinten Kraft von Ver.di für die gesamte Gewerkschaftsbewegung könnte in der Verteilung einer „Niedriglohnstrategie“ liegen, die auch diejenigen beeindrucken würde, die im Moment ausschließlich verschärfte Konkurrenz in den neuen Bereichen der Telekommunikation und Informationstechnologie durch den Gewerkschaftszusammenschluß befürchten. Dies erfordert allerdings auch eine praktisch abgestimmte Strategie zur Zurückdrängung des jetzt schon existierenden Niedriglohnssektors. Dabei werden von den Ver.di-Gewerkschaften durchaus Alternativen für die Perspektive der Dienstleistungsarbeit benannt.

### **Neue Beschäftigungsfelder entwickeln**

Chancen für Beschäftigungszuwächse im Dienstleistungsbereich werden im Positionspapier „beispielsweise in den Sozial- und Gesundheitsdiensten, bei den Informations- und Telekommunikationsdienstleistungen, bei industrienahen Dienstleistungen sowie im Beratungs- und Freizeitbereich“ gesehen. Damit diese Beschäftigungspotentiale erschlossen werden, bedürfe es geeigneter Rahmenbedingungen. Hierzu werden dann in eher bekannter Weise Qualifikations- und Forschungspolitik sowie „verbesserte Beratung und Unterstützung für Existenzgründer“ genannt. Welche Anforderungen an solche qualifizierten Dienstleistungen zu stellen sind und welchen Rationalisierungszwängen diese künftig ausgesetzt sind, war insbesondere Gegenstand kontroverser Debatten auf der programmatischen Auftaktveranstaltung im Februar 1999 im Anschluß an das Referat von Herbert Oberbeck.<sup>10</sup> Hier zeigte sich noch ein erheblicher Diskussionsbedarf.

Politisch innovativ ist zweifellos die Forderung nach einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor,

*Der aktuell politisch bedeutsamste Ertrag der vereinten Kraft von Ver.di für die gesamte Gewerkschaftsbewegung könnte in der Verteilung einer „Niedriglohnstrategie“ liegen.*



der insbesondere im Bereich der sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen, auf Feldern wie Bildung und Kultur, Gesundheitsfürsorge, Erziehung, Pflege und Sozialberatung ausgestaltet werden könnte. Die Begründung im Positionspapier: „Viele dieser Dienstleistungen können nicht zu marktgängigen Preisen erbracht werden und bedürfen deshalb der öffentlichen Förderung.“

Wachsende Bedarfe benennt das Positionspapier „beispielsweise im Bereich öko-effizienter Dienstleistungen bei der Einsparung von Ressourcen und der Gewährleistung umweltverträglicher Mobilität im kommunalen und wohnnahen Umfeld sowie im präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz, in der Versorgung und Betreuung älterer und hilfsbedürftiger Menschen oder im Ausbau eines Weiterbildungssystems, das die institutionellen Voraussetzungen für das erforderliche lebenslange Lernen schafft“.<sup>11</sup> Es wird noch einmal klargestellt, daß allein schon aufgrund des professionellen Charakters dieser Arbeiten sich dies „nicht für kurzatmige Lösungen eines öffentlich geförderten Niedriglohnssektors eignet“.

Die Durchsetzung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektor müsse sich „auf bereits vorhandene Strukturen gemeinwirtschaftlicher Organisationen stützen“ und mache als Finanzierungsbasis „eine stärkere Besteuerung von Gewinn- und Vermögenseinkünften erforderlich“.

**Soziale Sicherungen im „Dienstleistungskapitalismus“**

Erfolge in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit verlangen darüber hinaus ein ganzes Strategiebündel, zu dem neben schon genannten Komponenten die Reduzierung der Arbeitszeit in großdimensionierten und vielfältigen Formen gehört. „Arbeitszeitverkürzung ist auch im Dienstleistungsbereich das Gebot der Stunde, da auch hier neue Informations- und Kommunikationstechnologien erhebliche Rationalisierungspotentiale schaffen.“

Der Spiegel stellte das Streeck/Heinze-Konzept mit der Kernthese vor, „daß die neuen Jobs der Dienstleistungsbranche nicht zu den Bedingungen der alten Industriegesellschaft entstehen können“.<sup>12</sup> Die Konsequenzen aus der Ablösung fordristischer Strukturen, deren Erscheinungsformen u.a. der industrielle Großbetrieb und das männlich domi-

nierte Normalarbeitsverhältnis waren, bestimmen auch den Hauptteil des programmatischen Positionspapiers.

Allerdings ist hier die Leitfrage prägend, wie zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und wachsende soziale Ungleichheit verhindert sowie sozialer Schutz für alle, die vom Normalarbeitsverhältnis abweichen, künftig gesichert werden kann, ohne in allen Fällen konkrete Antworten parat zu haben: „Es muß eine neue Normalität des Erwerbslebens gestaltet werden, die die bestehenden Geschlechterverhältnisse nicht fortschreibt, sondern dazu beiträgt, die Benachteiligung von Frauen und die geschlechtsspezifische Teilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu überwinden.“ In einem eigenen Abschnitt werden beispielsweise auch die Formen der sich ausweitenden selbständigen Arbeit behandelt und neue Schutzrechte eingefordert – für die Gewerkschaften insgesamt, wenn auch nicht für die IG Medien, ein neues Thema der Interessenvertretung.

Damit werden keineswegs veraltete starre Normen der Industriegesellschaft konserviert, sondern gewerkschaftliche Instrumente wie die Tarifpolitik und soziale Sicherungsregelungen auf ihren Reformbedarf hinsichtlich der neuen Erfordernisse geprüft und weiterentwickelt.

**Gegenmacht und Konfliktfähigkeit**

Die Frage nun, mit welcher Durchsetzungsmacht die neue Gewerkschaft Ver.di antreten wird, ist zweifellos nicht nur mit quantitativen Größenangaben zu beantworten, sondern könnte zumindest durch eine politisch-strategische Grundsatzdiskussion mitbeeinflusst werden. Inwieweit diese prägend wirkt, hängt auch von der Breite und Tiefe der angestrebten Diskussion ab. Das programmatische Positionspapier macht hierfür in deutlicher Distanz zu Sozialpartnerschaftskonzeptionen die folgenden Diskussionsvorgaben:

- Als Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Interessenvertretung werden „die konkreten Widersprüche, vor allem der Widerspruch zwischen betriebswirtschaftlicher Logik und gesellschaftlichem Gestaltungsbedarf sowie zwischen privatwirtschaftlichen Profitinteressen und gesellschaftlichen Bedürfnissen“ definiert.
- Als Grundbedingung zur Durchsetzung von Schutz- und Gestaltungsnormen wird genannt, „ob die

Gewerkschaften in betrieblichen und gesellschaftlichen Konflikten gegenmacht- und konfliktfähig bleiben“.

- In Abgrenzung zu korporatistischen Verengungen wird für eine solidarische Interessenvertretung eine gesamtgesellschaftliche Dimension eingefordert. „Eine isolierte Vertretung sektoraler oder berufsständischer Interessen einzelner Beschäftigtengruppen greift angesichts der grundlegenden Umwälzungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu kurz. Sie würde nur eine Defensivposition festschreiben. Deshalb beansprucht die neue Gewerkschaft neben den sozialen, ökonomischen und tarifpolitischen Aufgaben auch ein politisches und kulturelles Mandat.“

spw

*Prägend ist die Leitfrage, wie zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und wachsende soziale Ungleichheit verhindert sowie sozialer Schutz für alle, die vom Normalarbeitsverhältnis abweichen, künftig gesichert werden kann.*

<sup>1</sup> Dies soll ein Zyklus von programmatischen Tagungen erleichtern. Vgl. zur Auftaktveranstaltung der Diskussion am 20./21.02.99 den Bericht von Friedrich Siekmeier und Harald Werner, Ver.di als Chiffre eines gewerkschaftlichen Risorgimento? Beginn einer Programmdebatte in der neuen Dienstleistungsgewerkschaft, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 38, Juni 1999, S. 101 ff. Eine Tagungsdokumentation mit Referaten und Berichten ist bei den Zentralen der fünf Gewerkschaften erhältlich.

<sup>2</sup> Karl Georg Zinn, Tertiäre Krise oder tertiäre Zivilisation?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 6/1998, S. 484.

<sup>3</sup> Vgl. ders., Von der tertiären Zivilisation in die tertiäre Krise. Zum Verhältnis von Dienstleistungen und Produktion. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2-1997

<sup>4</sup> Ralf Krämer/Joachim Schuster, Dienstleistungsgesellschaft als Herausforderung gesellschaftlicher Regulation, in: spw Heft 104, November 1998, S. 15 ff.

<sup>5</sup> Wolfgang Streeck/Rolf Heinze, An Arbeit fehlt es nicht, in: Der Spiegel Nr. 19, 10.5.1999, S. 38 ff.

<sup>6</sup> Ebda., S. 44

<sup>7</sup> Karl Georg Zinn, a.a.O. (GMH), S. 479

<sup>8</sup> Dieter Schulte im Interview, Stuttgarter Zeitung v. 26.3.1999. Eine offizielle Entgegnung der im Pflegebereich zweifellos kompetenteren Gewerkschaft ÖTV hierauf ist nicht bekannt.

<sup>9</sup> Fragen der Geschlechterhierarchie und der Geschlechterdemokratie sind durchgängig im Positionspapier angesprochen, aber auch in einem eigenen Abschnitt als für die neue Gewerkschaft zentrales Politikfeld behandelt.

<sup>10</sup> Herbert Oberbeck, Zur Zukunft von Dienstleistungsarbeit – Entwicklungspotentiale und Arbeitsbedingungen, in: Dokumentation der programmatischen Auftaktveranstaltung, o.O., April 1999. Vgl. ders., Die Entwicklung der Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft, in: E. Altvater u.a. (Hrsg.), Turbo-Kapitalismus, Hamburg 1997, S. 133 ff.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu auch die anregenden Überlegungen von Arno Vogel/Christa Liedtke, Öko-effiziente Dienstleistungen. Ein Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung, in: spw Heft 104, S. 28 ff.

<sup>12</sup> Der Spiegel Nr. 19/1999, S. 3.

# Frauen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Uta Biermann, Barbara König und Claudia Walther



## Frauenpolitischer Aufbruch? Fehlgezündetes Feuerwerk!

Jetzt soll er also da sein: der neue Aufbruch für die Frauenpolitik. Die SPD ist angetreten, „die politischen und kulturellen Verkrustungen der letzten 16 Jahre“<sup>1</sup> zu überwinden. Wie sieht die Bilanz nach 8 Monaten rot-grüner Regierungstätigkeit aus?

Über Frauenpolitik werde wieder gesprochen, sagt Frauenministerin Christine Bergmann (SPD) im Gespräch mit der spw. Da wundert sich die politisch interessierte Frau. Ihre – freilich durch die Medien vermittelte – Sicht-

Der in Schulklassen beobachtete „heimliche Lehrplan“ scheint auch in einer Bundesregierung zu funktionieren: Die Kerle fallen auf, die Mädels halten sich dezent im Hintergrund.

weise ist eine ganz andere. Bundeskanzler Schröder sprach zu Beginn seiner Amtszeit von der Frauenpolitik als „Gedöns“ und machte unmissverständlich klar, dass für ihn wichtigere Projekte auf der politischen Agenda stehen. Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung hat zunächst die Belange von Frauen in keiner Weise berücksichtigt. Beim Bündnis für Arbeit kommen Frauen nicht vor. Die Rentenanpassung trifft Frauen besonders hart und auch die Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichts-Urteils zu Ehe und Familie bringen keinen Fortschritt in der Frauenpolitik.

Auch personell sind Frauen kein Thema: Nach der Regierungsübernahme von SPD und Grünen endeten alle Versuche, Spitzenämter in Bundestag und Regierung mit Frauen zu besetzen, im Desaster. Obwohl am neuen Kabinetttisch immerhin auf 5 von 16 Stühlen Frauen sitzen, wird die Regierung mit männlichen Ministern identifiziert. Der sonst nur in Schulklassen beobachtete „heimliche Lehrplan“ scheint auch in einer Bundesregierung mit gestandenen PolitikerInnen zu funktionieren. Die Kerle fallen auf: ganz gleich ob es sich um politische Vorstöße, eitle Fotosessions, forsche Rücktrittsdiskussionen oder heimliche Hochzeiten handelt. Die Mädels halten sich bei soviel Gockel-Gehabe dezent im Hintergrund: Durchaus fleissig – aber von der Öffentlichkeit unbemerkt – arbeiten sie ihre Hausaufgaben ab. Wiczorek-Zeul setzt den Schuldenerlass für Dritt-Welt-Staaten durch, Bulmahn forciert die Förderung von Frauen in Bildung und Wissenschaft, Däubler-Gmelin bringt die Homo-Ehe auf den Weg und Fischer werkelt an einer Jahrhundertreform im Gesundheitswesen und sorgt ganz nebenbei für die Einführung der Abtreibungspille auf dem deutschen Markt. Leider haben diese an sich ausstrahlungsfähigen Projekte eines gemeinsam: Sie finden in der Medienöffentlichkeit – bis auf den Zankapfel Gesundheitsreform – nicht statt.

Natürlich gibt es viele Gründe für diese Entwicklung. Frauen besetzen mal wieder nicht die Ministerien mit den den „harten“ Themen Wirtschaft, Finanzen oder Außenpolitik, sondern kümmern sich um die frauentypischen Themen Gesundheit, Bildung, Jugend und Familie. Sicher ist auch die männerdominierte Mediengesellschaft kaum an Powerfrauen oder feministischen Inhalten interessiert. Schließlich findet die Abwesenheit von Frauenthemen im politischen Raum ihr Äquivalent in Gesellschaft und (Gegen)öffentlichkeit. Den Druck der Frauenbewegung hat die Schröder-Regierung nicht zu fürchten und deshalb

<sup>1</sup> Dr. Uta Biermann ist Chemikerin und lebt und arbeitet in Berlin, Barbara König ist Jugendbildungsreferentin der Jusos NRW und lebt in Bonn, Claudia Walther ist Geschäftsführerin des Jugendwerkes efi und lebt in Aachen. Alle drei sind Mitglieder der spw-Redaktion.

wird der vor der Wahl propagierte Frauenaufbruch ins nächste Jahrtausend verschoben.

### Wonach fragt die Wirtschaft?

Dabei waren Frauen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik vor dem Regierungswechsel skeptisch, ob es die SPD mit dem angekündigten Frauenaufbruch ernst mache. Sie schlossen sich daher zu einem Netzwerk „Frauen wollen eine andere Politik“ zusammen und forderten in einem Aufruf unter anderem, die Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft voranzutreiben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter zu ermöglichen. Davon hört man acht Monate nach dem Wahlsieg wenig, wie *Mechthild Jansen* in ihrem Artikel beklagt. Sie fragt nach den Gründen und formuliert Perspektiven eines neuen frauenpolitischen Engagements, das in der Lage ist, die Politik mit feministischen Ansprüchen zu konfrontieren und Einfluss zu nehmen.

Dies scheint bitter nötig. Denn auch mit ihrem im Juni vorgestellten Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ ist die Bundesregierung weit davon entfernt, die Frauenförderung in der Wirtschaft durch Anreizsysteme oder Sanktionen zu stärken. Vielmehr hört man aus dem Hause von *Christine Bergmann*, man setze auf den Dialog mit der Wirtschaft. Unternehmen hätten sehr wohl ein Interesse daran, das Leistungs- und Qualifikationspotential von Frauen stärker zu nutzen und einzusetzen. Überhaupt sei „Frauenförderung auch Wirtschaftsförderung“, behauptet Bergmann ganz im Duktus des neuen sozialdemokratischen Kurses. Ist Frauenpolitik modern, wenn sie der Wirtschaft nützt? Kann Frauenpolitik gestaltend eingreifen, wenn sie nur zwischen den Akteuren moderiert?

Skepsis am Erfolg dieser frauenpolitischen Strategie formuliert *Barbara Stiegler*. Sie weist in ihrem Artikel nach, dass Unternehmen nicht per se ein Interesse am steigenden Wert von Frauenarbeit haben. Gegenwärtig führen verschiedene Strategien, wie z.B. die Schaffung von Niedriglohn-Sektoren und die Entbindung aus der Tarifierung, eher zur Abwertung von typischen Frauentätigkeiten. Ihrer Meinung nach muss eine neu strukturierte Arbeit zwischen Frauen und Männern umverteilt werden. Sorgearbeit müsse weitgehend professionalisiert werden, statt Teilzeitarbeitsverhältnissen, und die Erziehungszeiten müssen durch vollwertigen Lohnersatz auch für Männer attraktiv werden. Stiegler fordert damit zu Recht von der rot-grünen Bundesregierung die Propagierung einer neuen Geschlechterkultur ein.

### Neue gesellschaftliche Debatte über Arbeit und Leben

Diese Forderung stößt besonders bei jungen Frauen auf große Resonanz. Unser *Gespräch mit vier jungen Frauen* zeigt, dass sie auch von der Frauenministerin den Anstoss einer neuen gesellschaftlichen Debatte über Arbeit und Leben erwarten. Auch wenn heute junge Frauen selbstbewusst versuchen, ihren doppelten Lebensentwurf zu realisieren, stossen sie vor allem auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt an viele Grenzen.

Eine Bestandsaufnahme der Situation und Perspektiven von Frauen in der Bildungslandschaft nehmen *Veronika Pahl* und *Helga Ebeling* vor: Sie legen dar, dass Frauen trotz überdurchschnittlicher Schul- und Universitätsabschlüsse noch immer nicht in gleichen Teilen am Erwerbsarbeitsmarkt, insbesondere den gut bezahlten Führungsfunktionen teilhaben, und diskutieren die Gründe. Dabei fällt auf,

dass Frauen eine ausgesprochen realistische Analyse ihrer Chancen stets im Hinterkopf haben und Fortschritte nur durch eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen von Ausbildung und Erwerbsarbeit zu erzielen sind.

Gutbezahlte und selbstbestimmte Erwerbstätigkeit erscheint zudem nur sehr schwer mit den Bedürfnissen der Frauen nach Freizeit, Familie und gesellschaftlichem Engagement vereinbar. Und der „neue“ Mann ist in ihren Augen immer noch ein Mangel exemplar. Das will auch die Frauenministerin mit der von ihr angekündigten Kampagne verändern. Sie will Männer präsentieren, die sich partnerschaftlich an der Familienarbeit und insbesondere an der Kindererziehung beteiligen. So begrüßenswert Kampagnen dieser Art auch sind, konterkariert werden sie durch politische Halbherzigkeiten. Wer nicht den Mut hat, die dann besser bezahlten Erziehungszeiten obligatorisch zwischen Mann und Frau aufzuteilen, der wird Männer nicht allein durch Plakate zu mehr Familienarbeit bewegen.

### Mit Networking ins neue Jahrtausend

Es bleibt schließlich die Frage nach der Zukunft von Frauenpolitik. *Petra Frerichs* und *Heike Franzke* gehen der neuen Strategie des „Networking“ auf den Grund. Sie haben die bunte Landschaft von Frauennetzwerken in Köln untersucht und kommen u.a. zu dem Ergebnis, dass diese spezifische Form des gesellschaftlichen Engagements vor allem jüngere Frauen anspricht. Andererseits existieren insbesondere bei berufsbezogenen Netzwerken soziale Schließungsmechanismen, denn gleich hinter der Zugangsvoraussetzung „Geschlecht“ rangiert die Verfügung über kulturelles und soziales Kapital zum Beispiel in Form von bestehenden gesellschaftlichen Kontakten oder Bildungsabschlüssen. Interessant finden Frerichs/Franzke, dass in Frauennetzwerken die Polarisierung von autonomer und institutionalisierter Frauenpolitik unterlaufen wird. Eine Erklärung dafür ist die Tatsache, dass Frauen sich in allen Feldern des sozialen Raums verorten und sich vernetzen, um ihre Interessen flexibel und zielgerichtet durchzusetzen.

Nach dem langen Streit der Frauenbewegung um die größere Wirksamkeit von autonomer Politik in Frauengruppen oder der Institutionalisierung von Frauenbewegung kann das Networking eine zukunftsfähige Strategie feministischen Engagements sein. Am Ende des Jahrhunderts ist die Frauenbewegung als Massenbewegung tot und kann auch nicht durch medienwirksame Kampagnen wiederbelebt werden. Ihre Erfolge aber haben den Weg für eine neue Form feministischen Engagements bereitet: gut ausgebildete, selbstbewusste und mutige junge Frauen und auch Männer werden den Kampf um Gleichberechtigung in vielen Facetten fortsetzen und dabei so manches Mal die Balance zwischen Lebenslust und Lebensangst finden müssen. Sie werden Widersprüche zwischen ihrem Lebensanspruch und der gesellschaftlichen Realität nicht hinnehmen, aber sie werden daran auch nicht mehr zerbrechen. Auch deshalb können Frauen dem Jahrtausendwechsel gelassen entgegensehen. Denn neben der Wut ist auch die Gelassenheit eine gute Basis für einen engagierten Kampf!

spw

Ist Frauenpolitik modern, wenn sie der Wirtschaft nützt? Kann Frauenpolitik gestaltend eingreifen, wenn sie nur zwischen den Akteuren moderiert?

<sup>1</sup> Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“, SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998

# Von Aufbruch und E-Quality

Interview mit Frauenministerin Christine Bergmann\*

spw: Christine Bergmann, Du bist nicht nur Frauenministerin, sondern auch zuständig für Familie, Jugend und Senioren. Wir haben dennoch den Eindruck, daß Du persönlich der Frauenpolitik einen großen Stellenwert einräumst. Aber: Welches Gewicht hat Frauenpolitik im Kabinett? Und wie siehst Du Deine eigenen Einflußmöglichkeiten im Kabinett – auch wenn man an das Bündnis für Arbeit denkt?

## „Gender mainstreaming“

Bergmann: Ziel der Bundesregierung ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern wieder zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt zu machen. Kein Land kann es sich leisten, die vielfältigen Potentiale von Frauen ungenutzt zu lassen.

Im Juni hat das Kabinett deshalb das Programm „Frau und Beruf“ beschlossen, ein Arbeitsprogramm der gesamten Bundesregierung für diese Legislaturperiode. Darin wird Gleichstellungspolitik erstmals tatsächlich als Querschnittsaufgabe praktiziert, die sowohl die grundsätzliche Einbeziehung geschlechtsspezifischer Belange in alle Politikfelder, also „gender mainstreaming“, als auch die gezielte Förderung von Frauen umfaßt.

Beim Bündnis für Arbeit ist das Frauenministerium in allen Arbeitsgruppen vertreten, um auch hier überall die frauenspezifischen Interessen zu vertreten. Einige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Entscheidungen mit besonderer Bedeutung für Frauen hat die Bundesregierung bereits getroffen, z.B. bei der Wiederherstellung des Kündigungsschutzes, bei der Rücknahme

der Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle sowie bei der Rücknahme verlängerter Pendelzeiten für Teilzeitbeschäftigte.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit als Bundesfrauenministerin ist der Schutz von Frauen vor Gewalt. Noch in

diesem Jahr werden wir erstmals in Deutschland einen Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorlegen. Die Bundesregierung nimmt dabei die neueren Entwicklungen bei der Gewaltbekämpfung auf, die gezeigt haben, daß es nicht ausreicht, Frauen Zufluchtsstätten zu geben, sondern die Täter stärker ins Blickfeld zu nehmen, sie zur Verantwortung zu ziehen.

Ich denke, alleine diese nationalen Maßnahmen zeigen, daß die Frauen- und Gleichstellungspolitik einen ho-

Zunächst ist festzustellen, daß über Frauenpolitik wieder geredet wird – das gab es in den letzten Jahren nicht. Eine wesentliche Strategie ist das „gender mainstreaming“.

Christine Bergmann

Foto: Ute Mahler (Berlin)



hen Stellenwert bei der Arbeit dieser Bundesregierung einnimmt, auch wenn natürlich – und das gilt überall – Frauen immer wieder für ihre Belange kämpfen müssen.

spw: Die Zeiten, in denen es Frauenverbänden gelang, ihre Themen in den Parteien und der Öffentlichkeit auf die politische Agenda zu setzen und zu diskutieren, scheinen vorbei zu sein. Welcher Strategie bedarf es, um Frauenpolitik wieder zu einem öffentlichen Thema zu machen?

## Im Dialog mit der Wirtschaft

Bergmann: Zunächst ist festzustellen, daß über Frauenpolitik wieder geredet wird – das gab es in den letzten Jahren nicht. Eine wesentliche Strategie zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist das bereits genannte „gender mainstreaming“. Den geschlechtsspezifischen Ansatz in alle Politikfelder und Prozesse einzubringen und Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen, ist sowohl Grundsatz als auch Methode und durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung. Wir werden eine interministerielle Arbeitsgruppe auf Leitungsebene zur Verbesserung der Gleichstellung einrichten und einen Kriterienkatalog entwickeln, der auf eine stärkere Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Fragen in der laufenden Arbeit und Planung der Bundesregierung hinwirkt. Die Strategie des „gender mainstreaming“ wird wesentlich dazu beitragen, Frauenpolitik zu einem Thema in der Öffentlichkeit zu machen.

Und natürlich wollen wir die Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft vorantreiben. Mit der Förderung von Prädikaten wie beispielsweise „Total-E-Quality“ trägt die Bundesregierung dazu bei, positive Beispiele bei Unternehmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Im Dialog mit der Wirtschaft will die Bundesregierung verstärkt ins öffentliche Bewußtsein setzen, daß solche Maßnahmen nicht nur den Kompetenzen von Frauen Rechnung tragen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen verbessern und für die Imagepflege der Unternehmen von

\* Dr. Christine Bergmann ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Für spw führten das Interview Bettina Kohlrausch und Claudia Walther.

Bedeutung sind. Und es geht um die Frage, welche rechtlichen Regelungen zur Erreichung dieser Ziele zu schaffen sind.

**spw:** Der wichtigste Satz der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes zu Ehe und Familie vom 10. November 1998 lautet: „Um den Gesetzgeber für den Neuregelungsauftrag die weitergehende verfassungsrechtliche Problematik zu verdeutlichen, weist der Senat darauf hin, daß die mangelnde steuerliche Berücksichtigung verminderter Leistungsfähigkeit von Eltern – unabhängig davon, ob sie verheiratet sind – diese weiterhin im Verhältnis zu kinderlosen Steuerpflichtigen benachteiligt...“. Dies beinhaltet die Vorgabe, steuerliche Regelungen für Menschen mit Kindern, egal ob verheiratet oder nicht, gleichartig zu treffen. Verbietet sich da die Beibehaltung des Ehegatten-Splittings nicht?

### Ehegattensplitting und Familienideologie

**Bergmann:** Es gibt in den beiden familienpolitischen Entscheidungen des BVerfG viele wichtige Sätze. Das höchste Gericht hat sich u.a. auch zum Ehegattensplitting geäußert. Es sieht das Ehegattensplitting nicht länger als Komponente der Familienbesteuerung an, weil dieses eine Ehe, nicht aber ein unterhaltsberechtigtes Kind voraussetzt. Da die Betreuung und die Erziehung eines Kindes künftig im allgemeinen Familienleistungsausgleich zu berücksichtigen sind, können diese künftig nicht mehr zur Begründung des Ehegattensplittings herangezogen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat auch kritisiert, daß die Entlastungswirkung der Zusammenveranlagung von der Höhe der jeweiligen Einkünfte beider Ehegatten und vom Progressionssatz abhängt. Die Entlastungswirkung des Ehegattensplittings ist überhaupt nicht zielgenau. Der Ehestatus tritt also auch verfassungsrechtlich immer mehr hinter den Familienstatus zurück. Allerdings sind in diesem Zusammenhang auch ältere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu berücksichtigen. Hier gibt es reichlich Diskussionsbedarf.

**spw:** Auch die Frauen in der SPD haben immer wieder diskutiert, daß das Ehegatten-Splitting im Prinzip nichts weiter ist, als die staatliche Subventionierung der Hausfrauenehe. Dabei hat das BVerfG bereits 1967 festgestellt, daß direkte oder indirekte Maßnahmen, die die Ehefrau „ins Haus zurückführen“, verfassungswidrig sind. Der Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 sah aber nur vor, den maximal möglichen Splittingeffekt leicht zu kappen. Warum konnten sich die Frauen in der rot-grünen Regierung mit ihrer Forderung nicht durchsetzen?

**Bergmann:** Das Ehegattensplitting wird von vielen immer noch in einer gewissen ideologischen Fixierung mit familienpolitischen Argumenten verteidigt, obwohl das oberste Gericht gerade diese Sichtweise abgelehnt hat. Hier gibt es wie gesagt unterschiedliche Auffassungen.

**spw:** Was sind nun die politischen Konsequenzen Deines Hauses und der Bundesregierung aus dem Urteil zum Familienlastenausgleich?

**Bergmann:** Über die Konsequenzen aus den familienpolitischen Beschlüssen hat die Bundesregierung im Frühsommer diesen Jahres entschieden. Der erste Schritt ist getan. Wir werden das Kindergeld, nachdem es bereits im Januar um 30 DM erhöht wurde, um weitere 20 DM für das erste und zweite Kind auf 270 DM erhöhen. Gleichzeitig wird der Kinderfreibetrag angehoben, um den Betreuungsaufwand steuerlich zu berücksichtigen. Der zweite Schritt zur Umsetzung des Urteils kommt dann 2002. Dabei ist die Position meines Hauses, zu sichern, daß die Lei-

stungen für Betreuungsbedarf und Erziehungsbedarf bei Alleinerziehenden bei dem Elternteil verbleiben, wo die wirkliche Leistung erfolgt. Und das Thema gerechte Ausstattung des Ehegattensplittings liegt mit auf dem Tisch.

### Erfolg? Aktionsprogramm Frau & Beruf

**spw:** Ein halbes Jahr neue Bundesregierung – Zeit für eine Zwischenbilanz. Uns interessiert vor allem das Vorhaben, das „Aktionsprogramm Frau & Beruf“ auf den Weg zu bringen und durchzusetzen. Was wurde hier bisher erreicht, und was nicht erreicht? Und was haben Frauen sich nun vom Aktionsprogramm zu erwarten?

**Bergmann:** Im Juni hat das Kabinett das Programm „Frau und Beruf“ beschlossen. Mit diesem Programm legt die Bundesregierung ein umfassendes gleichstellungspolitisches Arbeitsprogramm für diese Legislaturperiode vor. Ziel ist, die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf und in der Familie mit Nachdruck voranzubringen. Im einzelnen will das Programm „Frau und Beruf“ z.B. die Ausbildungschancen junger Frauen verbessern, gerade auch in den zukunftsorientierten Berufen der Informationsgesellschaft, Arbeitsplatzchancen und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen erweitern und Benachteiligungen für Existenzgründerinnen abbauen. Ein wichtiger Punkt ist auch, die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit zu fördern und Männer stärker in die Familienarbeit einzubeziehen. Das Programm soll der Einkommens- und Lohndiskriminierung von Frauen entgegenwirken und den Anteil von Frauen in Forschung und Lehre erhöhen.

**spw:** In dem Programm wird eine Teilzeittoffensive vorgeschlagen. Aber auch sozial abgesicherte Teilzeitarbeit zementiert die Tatsache, daß die Vereinbarkeit von Produktion und Reproduktion den individuellen Strategien von Frauen überlassen wird. Der Hinweis von Frauenpolitikerinnen, dieses Angebot richte sich ebenso an Männer wie an Frauen, ist wohl mehr eine semantische Spitzfindigkeit als gesellschaftliche Realität. Nachweislich weichen hauptsächlich Frauen auf Teilzeitarbeitsplätze aus, um ihre Erwerbstätigkeit mit der Führung eines Haushaltes bzw. der Erziehung von Kindern vereinbaren zu können. Gibt es politische Initiativen, dem entgegenzuwirken?

### Neue Arbeitszeitmodelle

**Bergmann:** Zum Thema Frau und Beruf gehört auch das Thema Mann und Familie. Ein Teil des Programms fördert die Einbeziehung von Vätern in die Familienarbeit. Eine Kampagne wird „neue“ Männer vorstellen, die sich partnerschaftlich an der Familienarbeit und insbesondere der Kindererziehung beteiligen. Verschiedene Projekte richten sich an Unternehmen mit dem Ziel, aktive Väter im Betrieb zu fördern und zu unterstützen.

Die generellen Initiativen im Teilzeitbereich berücksichtigen die spezifischen Voraussetzungen von Frauen und Männern und sind gezielt daraufhin gerichtet, Teilzeit auch für Männer zu fördern. Wir wissen aus eigenen Modellprojekten wie auch aus den Erfahrungen z.B. der Niederlande, daß Fach- und Führungskräfte, bisher vorwiegend Männer, eher an 70 oder 80 Prozent-Teilzeitstellen interessiert sind als an den klassischen halben Stellen mit 50 Prozent Beschäftigungsumfang. Die Bemühungen um verbesserte Re-

Das Ehegattensplitting wird von vielen immer noch in einer gewissen ideologischen Fixierung mit familienpolitischen Argumenten verteidigt, obwohl das oberste Gericht gerade diese Sichtweise abgelehnt hat.



gelingen für flexible Arbeitszeiten im Rahmen des Bündnisses für Arbeit richten sich auch auf solche Teilzeitangebote. Dies gilt auch für die geplante Erleichterung der Teilzeitarbeit während des Erziehungsurlaubs.

**spw:** Wie beurteilst Du die Ziele, Arbeitszeitverkürzung und neue Arbeitszeitmodelle zu verankern? Kritisch gefragt – werden wir es hier nur mit ganz individuellen Formen der Arbeitszeitflexibilisierung zu tun haben? Oder siehst Du bei dieser Frage eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, die zum Abbau von Arbeitslosigkeit beiträgt und zur Umverteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen. Und welche Modelle favorisierst Du?

**Bergmann:** Wir müssen in der aktuellen Situation in Deutschland ein hohes Interesse an neuen Arbeitszeitmodellen haben, die beschäftigungswirksam sind, Personalabbau vermeiden helfen oder abmildern. Alters-Teilzeitregelungen bieten älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit eines gleitenden Ausstiegs aus dem Berufsleben. Der Abbau von Überstunden trägt ebenfalls dazu bei, mehr Menschen einen Platz im Arbeitsmarkt anzubieten.

Angesichts der Entkoppelung von verlängerten Betriebszeiten und individuellen Arbeitszeiten, von jahreszeitlichen Schwankungen in Produktions- oder Geschäftstätigkeit bietet ein systematisches flexibles Arbeitszeitmanagement

auch für die Betriebe betriebswirtschaftliche Vorteile. Es kommt darauf an, daß paßgerechte Lösungen flexibler Arbeitszeitregelungen in den Unternehmen eingeführt werden, paßgerecht für den Betrieb und paßgerecht für die Beschäftigten – eine intelligente Kombination von Vollzeit- und

Teilzeitarbeitsverhältnissen, die selbstverständlich auch Fach- und Führungskräfte mit einschließen sollten. Für die Beschäftigten sind Freiwilligkeit und Rückkehrrecht wichtige Kriterien. Ein wichtiger Beitrag dazu wird auch die Flexibilisierung des Erziehungsurlaubs sein, für die wir noch in diesem Jahr einen Referentenentwurf vorlegen wollen. Wir wollen ermöglichen, daß Eltern gemeinsam den Erziehungsurlaub nehmen können, in Verbindung mit Teilzeitarbeit.

Es kommt darauf an, daß paßgerechte Lösungen flexibler Arbeitszeitregelungen in den Unternehmen eingeführt werden, paßgerecht für den Betrieb und paßgerecht für die Beschäftigten.

### Streitpunkte: Niedriglohnsektor und Auftragsvergabe

**spw:** Wird es die Schaffung eines Niedriglohnsektors mit einer Expansion im Bereich der sozialen Dienstleistungen, die hauptsächlich von Frauen ausgeführt werden, geben? Und welches wären die Konsequenzen für die Erwerbstätigkeit von Frauen?

**Bergmann:** Die bisherigen Diskussionen zeigen, daß die Beteiligten noch sehr uneins sind über mögliche Strategien und Effekte im Niedriglohnsektor. Mir geht es als Frauenministerin darum, Wege zu finden, die Frauen neue Zugänge zum Arbeitsmarkt schaffen – mit Qualifizierung und sozialer Absicherung. In Dienstleistungsagenturen beispielsweise ließe sich die Schaffung von Arbeitsplätzen in bestimmten Segmenten mit Qualifizierung gut verbinden.

**spw:** Was haben wir vom anstehenden Bundesgleichstellungsgesetz zu erwarten? Was sind Deine Ansätze, auch in der Privatwirtschaft Frauenförderung und Gleichstellung durchzusetzen? Und gibt es eine realistische Chance, die öffentliche Auftragsvergabe an frauenfördernde Kriterien zu binden?

**Bergmann:** Das seit 1994 geltende Frauenfördergesetz des Bundes hat bisher nicht die zur Erfüllung des Verfassungsauftrags erforderlichen Ergebnisse erbracht. Deshalb wollen wir das ändern, und zwar durch ein Gleichstellungsgesetz für die Bundesverwaltung. Dieses soll Gleichstellungspläne mit konkreteren und verbindlicheren Vorgaben als bisher enthalten. Die Vergabe von Ausbildungsplätzen soll so geregelt werden, daß Frauen vor allem in modernen, zukunftsträchtigen Berufen besonders gefördert werden. Die Kompetenz und das Widerspruchsrecht der Frauenbeauftragten sollen gestärkt werden.

Gleichstellungspolitik als fortschrittliche Gesellschaftspolitik hat auch in der Privatwirtschaft Geltung. Dies um so mehr, als die Mehrheit der Frauen nicht im öffentlichen Dienst arbeitet. Es liegt im Interesse der Wirtschaft, das Leistungs- und Qualifikationspotential, das Frauen erwiesenermaßen besitzen, stärker zu nutzen und ausbildungsadäquat einzusetzen. Die Bundesregierung wird daher den Dialog mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften suchen. Ich habe eine Expertengruppe ins Leben gerufen, in der neben Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften auch die Koalitionsfraktionen vertreten sind. Wir wollen Instrumente und Regelungen erarbeiten, die geeignet sind, die tatsächliche Gleichberechtigung herzustellen und die zugleich der Unterschiedlichkeit der Unternehmen Rechnung zu tragen. Unternehmen und Betriebe, die sich schon heute erfolgreich um die Gleichstellung der Frauen bemühen, wollen wir unterstützen.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge kann ein wirksames Anreizsystem zur Durchsetzung von Chancengleichheit in Unternehmen sein. Es gibt da unterschiedliche Positionen, aber durchaus auch Befürwortung von Unternehmen. Positive Erfahrungen liegen aus Brandenburg vor.

**spw:** Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in einem Antrag die nordrhein-westfälische Landesregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative in bezug auf die Bindung öffentlicher Aufträge an frauenpolitische Maßnahmen einzuleiten, für den Fall, daß dies auf Bundesebene bis zum Jahr 2000 nicht geschieht. Braucht der für seine frauenpolitische Zurückhaltung bekannte Bundeskanzler diesen Druck aus den Ländern?

**Bergmann:** Das Thema wird in mehreren Bundesländern diskutiert, deshalb haben wir uns mit den Ländern auf eine gemeinsame Bund-Länder-Arbeitsgruppe verständigt, um zu einheitlichen Regelungen zu kommen.

**spw**

## Sind Frauen klüger?

Mit dieser Frage reagiert der Spiegel im Juni 1999 mit seiner Titelstory auf die Veränderung, die sich in der Bildungsbeteiligung und Lebensplanung von Frauen vollzogen haben: Sie stellen seit den 80er Jahren die Mehrheit an den zum Abitur führenden Schulen, seit Anfang der 90er Jahre die Mehrheit der Abiturienten/innen und im Wintersemester 1995/1996 haben in Deutschland erstmals mehr Frauen als Männer ein Studium an einer Universität begonnen. Dieser Trend gilt weltweit in allen Industriestaaten.

Unter der 18- bis 21-jährigen Bevölkerung liegt der Anteil der Frauen mit Abitur mittlerweile bei 40% und mit 5 Prozentpunkten deutlich vor den Männern. Damit hat sich seit 1980 ein enormer Wandel vollzogen. Nur jede fünfte Frau im Alter von 18 bis 21 hatte damals Abitur, noch bis 1990 lagen sie hinter den Männern zurück. Während der Anteil der Abiturienten unter den Männern seit Anfang der 90er Jahre um 33/34% stagniert, beschleunigt sich der Anstieg des Frauenanteils sprunghaft: 1994 betrug er 35%, 1996: 39%.... Diese Entwicklung zeigt, daß sich die Frauen auf die Wissensgesellschaft einstellen und zukünftig die Mehrheit der besser Ausgebildeten stellen werden und sie verlassen die Schulen im Durchschnitt mit etwas besseren Noten<sup>1</sup>.

## Studienbeteiligung der Frauen wächst

Auch wenn Frauen unter den Studienanfängerinnen/innen der Universitäten seit vier Jahren die Mehrheit stellen mit steigender Tendenz, entscheiden sich dennoch von den Abiturientinnen noch immer anteilmäßig deutlich weniger für ein Studium als von den männlichen Abiturienten. Die Differenz liegt seit Jahren relativ stabil bei 10 Prozentpunkten. Der Bildungsabschluß der Eltern spielt dabei eine wichtige Rolle: Hat mindestens ein Elternteil ein Hochschulstudium absolviert, so beabsichtigen die Töchter zu 70% ein Studium, die Söhne zu 77%. War der Hauptschulabschluß der höchste Abschluß der Eltern, dann planen die Töchter nur noch zu 52% ein Studium, die Söhne zu 63%<sup>2</sup>.

Und auch der Schultyp sowie die Abiturnote spielen für die Frauen eine entscheidende Rolle: Von den Absolventinnen mit Fachhochschulreife mit einer Abiturnote schlechter als 2,5, deren Eltern einen Hauptschulabschluß oder keinen Abschluß haben, beginnen nur 28% ein Studium, während bei den Männern mit gleichen Voraussetzungen der Anteil mit 59% mehr als doppelt so hoch liegt<sup>3</sup>.

Bei allgemeiner Hochschulreife, Notendurchschnitt besser als 2,1 und Eltern mit Universitätsabschluß schmilzt die Differenz zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Aufnahme eines Studiums deutlich zusammen: 84% der Frauen und 86% der Männer nehmen hier ein Studium auf<sup>4</sup>.

Insgesamt hat die Abiturnote eine wachsende Bedeutung für die Aufnahme eines Studiums: 1996 begannen 76% der Abiturientinnen mit einer Durchschnittsnote bis 2,0 ein Studium (1980 waren es 87%) – bei den männlichen Abiturienten waren es 83% der Spitzenabsolventen (1980: 94%)<sup>5</sup>.

## Fächerwahl als Weichenstellung für die Berufschancen?

Bei der Wahl von Leistungsfächern im Abitur unterscheiden Frauen und Männer sich erheblich, dabei zeigen sich zwischen den alten und neuen Ländern deutliche Unterschiede (siehe Tabelle S.33)..

# Situation und Perspektiven von Frauen in der Bildungslandschaft

von Veronika Pahl und Helga Ebeling\*

Häufigstes Leistungsfach im Abitur bei den Frauen ist Englisch, an zweiter Stelle steht Deutsch mit 37% bzw. 41%, an dritter Stelle Biologie mit 30/40%. Bei den männlichen Absolventen ist dagegen Mathematik mit 45/60% absoluter Spitzenreiter.

## Berufliche Bildung

Die Beteiligung der Frauen im Feld der beruflichen Bildung kann wie die Frage nach dem halbvollen oder halbleeren Glas gekennzeichnet werden: Sie ist Erfolgsstory oder „Trauerspiel“. Frauen sind mit 41,9% an den Ausbildungen in anerkannten Ausbildungsberufen im dualen System beteiligt, sie stellen 46% der Teilnehmenden an den Weiterbildungsprüfungen unter dem Dach der Industrie- und Handelskammern; sie stellen 44% der Geförderten in der Begabtenförderung berufliche Bildung (bei nur 43% der Absolventen); sie sind zu 60% an den Weiterbildungsprüfungen in kaufmännischen weiteren Berufen beteiligt.<sup>7</sup>

Aber: Sie konzentrieren sich noch immer zu 54% auf die zehn am stärksten besetzten Berufe (Spitzenreiter Bürokauffrau, dicht gefolgt von der Arzthelferin); sie sind nur zu 10% in handwerklichen Berufen vertreten; sie partizipieren nur zu 15% an der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Aufstiegsfortbildung; ihre Anteile an männlich dominierten Berufen gehen seit 1990 in den alten Ländern wieder zurück. 1990 waren es 9,8% - 1997 erhielten 9% aller weiblichen Auszubildenden eine solche Ausbildung (in den neuen Ländern ist im Vergleich dazu 1997 der Anteil der weiblichen Auszubildenden in diesen Berufen mit 18,8% doppelt so hoch.)

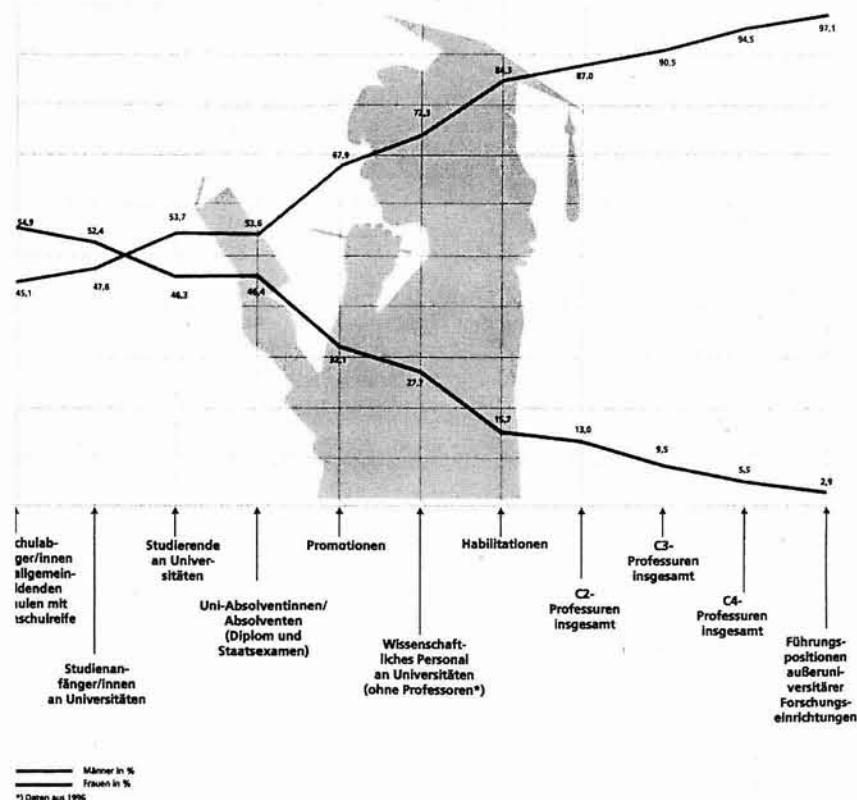
Gleichzeitig entstehen neue Fragen, ob denn die Mühen nach der sog. Erschließung von Männerdomänen sachgerecht sind. „Dennoch ist die Aufteilung der Berufe in sog. Frauen- bzw. Männerberufe ein altes, leider nach wie vor anhaltendes, wenn auch unzeitgemäßes Problem.“

Es gibt verschiedene Ansätze, um die mit der geschlechtsspezifischen Aufteilung der Berufe einhergehenden Benachteiligungen von Frauen anzugehen. Noch vor wenigen Jahren stand die „Erschließung“ von sog. Männerberufen im Vordergrund bildungspolitischer Aktivität.

Bei allgemeiner Hochschulreife, Notendurchschnitt besser als 2,1 und Eltern mit Universitätsabschluß schmilzt die Differenz zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Aufnahme eines Studiums deutlich zusammen.

\* Veronika Pahl ist Abteilungsleiterin „Allgemeine und berufliche Bildung“ im Bundesministerium Bildung und Forschung, Helga Ebeling leitet das Referat „Frauen in Bildung und Forschung“, ebenfalls im BMB+F

# Frauen und Männer in Bildung und Wissenschaft 1997



**bmb+f**  
Bundesministerium für Bildung und Forschung

ten, vornehmlich, um das Berufsspektrum und damit die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen zu erweitern. Dieses Projekt, gestützt durch eine Vielzahl von einschlägigen und erfolgreichen Modellversuchen zur Aus- bzw. Weiterbildung von Mädchen und Frauen in technischen Berufen ist jedoch insofern gescheitert, als es bis heute zu keinem nennenswerten Anstieg bei der Ausbildung und Beschäftigung von Frauen in technischen Berufen gekommen ist.<sup>18</sup>

„Die sozialen Orientierungen, Einbindungen und Absichten des Berufserwerbs wurden über lange Zeit eher ‚auf den Kopf gestellt‘ und als Zielgruppenthematik behandelt, wie z.B. bei der erwähnten Erschließung von gewerblich-technischen Berufen für Frauen. Die Berufe blieben jedoch in ihrer Ausgestaltung unberührt von Überlegungen, wer sie erlernen und ausüben wird, wer sie nachfragt, wer von ihnen ausgeschlossen bleibt. Dadurch entstand die bis heute verbreitete Ansicht, die Berufe selbst seien völlig geschlechtsneutral und damit für Männer und Frauen gleichermaßen zugänglich.“<sup>19</sup>

Die Beteiligung der Frauen im Feld der beruflichen Bildung kann wie die Frage nach dem halbvollen oder halbblernen Glas gekennzeichnet werden.

Hohe Erwartungen hegten alle für den Einstieg junger Frauen in die 1997 erlassenen neuen Berufe im Informations- und Kommunikationstechnologiebereich wie auch im

Mediensektor. Die neuen Ausbildungsberufe und die wachsenden Beschäftigungsfelder im Dienstleistungsbereich sowie im Bereich neuer Technologien und Medien sollten gerade auch jungen Frauen neue attraktive Ausbildungschancen mit Perspektiven für auch künftige gute Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen. Die Frauenanteile der in den letzten Jahren neu geschaffenen Ausbildungsberufen weisen einen Frauenanteil von über 50% im Medienbereich und in den Informations- und Telekommunikationstechniken einen Anteil von oder knapp unter 25% aus. Dies verdeutlicht, daß die hier liegenden Chancen bisher von den jungen Frauen noch sehr unterschiedlich genutzt werden. Geknüpft war die Hoffnung auf eine größere Beteiligung von Frauen an diesen Berufen an die Überlegung, daß keiner der Berufe bereits eine eindeutige Zuordnung etwa zu einer „Männerdomäne“ oder als „Frauenberuf“ verfügten.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Edelgard Bulmahn, fordert die jungen Frauen immer wieder auf, diese Chancen „beim Schopf zu packen“; viele Wege stehen ihnen offen – sie müssen sie auch nutzen!

Es müssen allerdings auch Ausbildungsangebote berücksichtigt werden, die außerhalb des dualen Systems für einen ersten Berufseinstieg qualifizieren. Dazu zählen für junge Frauen gerade die Berufsfachschulen, die einen Berufsausbildungsabschluß außerhalb des Berufsbildungsgesetzes bzw. der Handwerksordnung vermitteln (Frauenanteil 79%) sowie die Berufe im Gesundheitswesen (Frauenanteil 77%). Bei der vollzeitschulischen Ausbildung muß allerdings bedacht werden, daß die jungen Frauen in diesen Berufen anders als im dualen System keine Ausbildungsvergütung erhalten.

Mit Blick auf den Zusammenhang zwischen Berufswahl und Beschäftigungschancen ist deshalb für die Ausbildung junger Frauen in neuen zukunftssicheren und attraktiven Berufen bedeutsam, daß sich die Sozialpartner in der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit darauf verständigt haben, bis Oktober 1999 in den von ihnen als Felder vordringlichen Handlungsbedarfs benannten Bereichen Gesundheit, Kultur – Freizeit – Tourismus, Transport – Verkehr und Logistik sowie Umwelt Vorschläge für neue Ausbildungsberufe vorzulegen. Dabei handelt es sich überwiegend um Dienstleistungsbereiche mit auch bislang guten Beschäftigungschancen für Frauen und damit um Berufsfelder, in denen neue Ausbildungsberufe bei jungen Frauen auf verstärktes Interesse stoßen werden.

Das BMBF hofft, daß dieser Erfolg in der Einigung der Bündnispartner von den jungen Frauen aufgegriffen wird, da sich dies positiv auf ihre Beschäftigungschancen und Lebensperspektiven insgesamt auswirken wird.

## Getroffene Vereinbarungen:

- Die Wirtschaftsverbände haben im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zugesagt, daß das betriebliche Ausbildungsplatzangebot 1999 erneut über den demographisch bedingten Zusatzbedarf hinaus erhöht wird. Die Realisierung dieser Zusage ist auch für die Verbesserung der Ausbildungschancen junger Frauen in für sie untypischen Berufsbereichen unabdingbar.
- Das BMBF beabsichtigt, im Zuge der im Bündnis vereinbarten gemeinsamen Informationskampagne über neue Berufe, die sich an Ausbildungsplatzsuchende und Betriebe richtet, Aktivitäten zu verstärken, die geeignet sind, den Anteil junger Frauen in diesen Ausbildungsberufen zu erhöhen.



- Die von den Sozialpartnern für Oktober 1999 angekündigten Vorschläge für neue Berufe in Dienstleistungsbereichen mit guten Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für junge Frauen, werden, wenn Bundesregierung und Sozialpartner in den Grundsätzen einig sind, innerhalb von 24 Monaten umgesetzt.
- Die Bündnispartner haben in diesem Zusammenhang darüber hinaus vereinbart, daß insbesondere bei der Entwicklung von neuen oder modernisierten Qualifizierungsangeboten in zukunfts- und technikorientierten Bereichen mit unterproportionalem Frauenanteil auch gezielt Beratungsangebote für junge Frauen erarbeitet und bei den Betrieben für die Ausbildung und Beschäftigung von Frauen in diesen Berufen geworben werden soll.
- Die Bündnispartner haben ferner in der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ Leitlinien zur Weiterentwicklung der Berufsvorbereitung sowie Konzepte zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen beschlossen, die frauenspezifische Aspekte berücksichtigen und zügig umgesetzt werden sollen. So sollen u.a.:
  - in der Berufsvorbereitung insbesondere auch die Belange junger Frauen ohne Ausbildungsplatz berücksichtigt und ihre Orientierung auf zukunfts- und technikorientierte Bereiche mit unterproportionalem Frauenanteil unterstützt werden;
  - in der Benachteiligtenförderung die Verengung der außerbetrieblichen Berufsausbildungsangebote für junge Frauen auf traditionelle „Frauenberufe“ mit zum Teil hohen Beschäftigungsrisiken zugunsten eines erweiterten Berufsspektrums sowie einer Orientierung auf zukunftsfeste Berufe rasch abgebaut werden;
  - bei allen Fördermaßnahmen für benachteiligte junge Erwachsene den besonderen Belangen von Alleinerziehenden und jungen Frauen mit Kindern, u. a. durch Kinderbetreuung und zeitlich flexible Weiterbildungskonzepten

**Abitur-Leistungsfächer 1996**

Leistungsfach	Frauen		Männer	
	alte Länder	neue Länder	alte Länder	neue Länder
Englisch	35 %	50 %	27 %	33 %
Deutsch	37 %	41 %	17 %	23 %
Biologie	30 %	40 %	17 %	23 %
Mathematik	22 %	32 %	45 %	60 %
Französisch	16 %	3 %	5 %	3 %
Musik/Kunst	12 %	2 %	6 %	0 %
Chemie	5 %	3 %	10 %	5 %
Physik	3 %	4 %	22 %	29 %

Die am häufigsten gewählten Leistungsfächer im Abitur – Abiturientinnen und Abiturienten 1996 aus allgemeinbildenden Schulen nach Geschlecht in %, Quelle: Ebd., S. 22

te, besser Rechnung getragen werden. Die Bundesregierung ermuntert die jungen Frauen, auch einmal neue Wege zu gehen, die ihnen interessante Aufgabenfelder eröffnen.

- 1 Der Notendurchschnitt der weiblichen Studienberechtigten aus allgemeinbildenden Schulen lag 1996 bei 2,35, bei den männlichen Absolventen bei 2,37, vergl. Schütt, Inge und Karl Lewin, Bildungswege von Frauen. Vom Abitur bis zum Beruf 1998, herausgegeben von der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover 1998, S. 20.
- 2 Ebd., S. 78
- 3 Ebd., S. 80
- 4 Ebd., S. 80
- 5 Ebd., S. 72
- 6 Die am häufigsten gewählten Leistungsfächer im Abitur – Abiturientinnen und Abiturienten 1996 aus allgemeinbildenden Schulen nach Geschlecht in %, Quelle: Ebd., S. 22
- 7 alle Zahlen aus dem Berufsbildungsbericht 1999, BMBF
- 8 Foster, Helga, Frauen in der beruflichen Bildung, Ergebnisse, Veröff. + Mat. aus dem BIBB, Juli 1999, S. 5
- 9 Ebd., S. 6

spw

**isw** institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**isw-report**

- erscheint vierteljährlich
- 5,- DM zzgl. Versand (Jahresabo incl. wirtschaftsinfo: 30,- DM)
- Süd-Globalisierung** (Nr. 36, August 1998)
- Weltwirtschaftskrise ?!** (Nr. 37/38, Nov. 1998), 8,- DM
- Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende**
- Beiträge des 7. isw-forums (Nr. 39, Febr. 1999), 5,- DM
- Welt-Sheriff NATO** (Nr. 40, Juni 1999), 5,- DM

**isw-spezial**

- Energiesteuer – und dann?** (Nr. 10, April 97), 80 S., 8,- DM + Vers.
- Die Krise in Rußland** (Erweit. Kapitel zu Rußland aus report 37/38) (Nr. 11, November 1998), 4,- DM + Versand

**isw-wirtschaftsinfo**

- Fakten & Argumente**
- zu Produktion, Produktivität, Gewinne, Löhne, Investitionen, Pleiten, Fusionen ... (Nr. 28, Febr. 99), DM 5,- + Vers.

**isw-grafikdienst**

- Der Steuerskandal** (Nr. 3, Juni 96) 10,- DM + Versand
- Armut und Sozialabbau** (Nr. 4, Jan. 97) 10,- DM + Versand
- Arbeits-Los** (Nr. 5, April 98) 10,- DM + Versand

**analysen fakten & argumente**

**Neu bei isw!**

**Welt-Sheriff NATO**

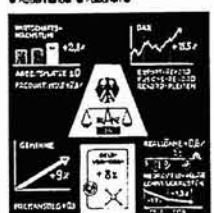


isw REPORT NR. 40 institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**isw + wirtschaftsinfo Nr. 28**

von Inge Probst

**Fakten & Argumente**



**Prospekte anfordern Bestellungen abonnieren, fördern bei isw**

institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. Johann-von-Werth-Str. 3 80639 München fax 089-168 94 15

# Aufwertung von Frauenarbeit

oder: Wer bestimmt, was Arbeit ist?

von Barbara Stiegler\*

Die Bewegung von Frauen in den Gewerkschaften gegen die Lohndiskriminierung und für eine Neubewertung von Arbeit ist nicht neu. In den letzten Jahren hat sie sich jedoch, besonders in den Dienstleistungsgewerkschaften, verstärkt. Zu Beginn der 90er Jahre haben Frauen ihre Arbeit in den klassischen Frauenberufen des öffentlichen Dienstes mit eigenen Worten und aus ihrer Sichtweise beschrieben. Auf dieser Basis und mit dem Mut, den ihnen diese Projekte vermittelten, kritisierten sie nicht nur die geltenden Tarifbestimmungen, sie begannen vielmehr eine neue Perspektive auf die männlich geprägte Berufsarbeit zu entwickeln: Die Wertschätzung ihrer eigenen Berufsarbeit und die Erfahrungen aus ihrer Art, Leben und Arbeiten zu verbinden, bildeten die Grundlage dieser Ansätze zur Aufwertung und Neubewertung von Arbeit (ÖTV Hessen 1993-1996: „Frauen wollen mehr“).

Es wurden erfolgreiche Kampagnen, Streiks und Tarifkämpfe u.a. von Erzieherinnen, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen und Krankenpflegerinnen durchgeführt. Beschlüsse auf höchster gewerkschaftlicher Ebene gegen Lohndiskriminierung von Frauen gab es (wieder) zu Beginn der 90er

Jahre (DGB Bundesfrauenkonferenz). Später wurden Gutachten aus juristischer und geschlechterpolitischer Perspektive über die Diskriminierung der Frauenarbeit in Tarifverträgen (Winter/Krell 1997, Stiegler 1996) und Handlungsanleitungen

für die betriebliche Praxis (Degen 1998, DAG 1998) erstellt. In der ÖTV gelang es den Frauen, die Aufwertungsbestrebungen auf der Ebene des Hauptvorstandes zu institutionalisieren, eine Kommission zur Aufwertung der Frauenarbeit arbeitet seit 1998.

Auf dem ersten gemeinsamen Treffen der ver.di Frauen im Juni 1999 haben die Gewerkschafterinnen sehr schnell ihre gemeinsamen tarifpolitischen Zielvorstellungen gebündelt: die Neubewertung der gesellschaftlichen Arbeit, Aufwertung der Frauenarbeit, existenzsichernde Arbeit für alle, Arbeitszeitverkürzungen mit Optionen der Arbeitszeit-souveränität, eine Geschlechterquotierung der Tarif- und Verhandlungskommissionen, Mandate für „Frauen“-Frauen, tarifpolitische Foren für Frauen, und das Vetorecht der Frauen gegenüber Tarifkommissionen. Zudem wird die



Einbeziehung der Geschlechterperspektive bei der Überprüfung bestehender und der Gestaltung neuer Tarifverträge gefordert.

Im folgenden wird ein Konzept der Aufwertung von Frauenarbeit vorgestellt, das von einer feministischen Perspektive auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit ausgeht und die Konsequenzen einer solchen Perspektive mit der gewerkschaftlichen Frauenbewegung verbindet.

## Frauen brauchen Definitionsmacht über den Arbeitsbegriff

In der öffentlich geführten Diskussion über Arbeitslosigkeit, die Zukunft der Arbeit oder die Arbeitsgesellschaft spielt die private Arbeit keine Rolle. Analysen, die die Globalisierung, die Europäisierung der Märkte, den wirtschaftlichen Strukturwandel und die schnelle Entwertung des Wissens zu den wesentlichen Faktoren zählen, die die Welt verändern, basieren auf einem Arbeitsbegriff, den die feministische Wissenschaft seit langem kritisiert. Aus diesen Analysen fällt das Geschlechterverhältnis, seine Differenz und Hierarchie, genauso heraus wie die 95,5 Milliarden Stunden unbezahlter Arbeit, die jährlich in den Haushalten geleistet werden und die im Umfang die Arbeitsstunden in der Erwerbswirtschaft (60 Milliarden) bei weitem übertreffen.

Nimmt man die Arbeits- und Lebenssituationen von Frauen ernst, so sind wir nicht auf dem Wege zu einer Dienstleistungsgesellschaft, wie immer wieder gesagt wird, vielmehr ist diese Gesellschaft schon seit langem eine Dienstleistungsgesellschaft. Die Dienstleistungsarbeiten, die die Frauen leisten, sind allerdings unbezahlt und fallen damit nicht nur aus dem männlichen Blick, sondern auch aus dem Bruttosozialprodukt heraus. Im Privaten wird all das getan, was nicht öffentlich geleistet wird. Die Grenzen zwischen privater und beruflicher Arbeit sind in den europäischen Staaten durchaus unterschiedlich gezogen. Die Bundesrepublik bildet z.B. bezüglich der außerhäuslichen Kinderbetreuung eines der Schlußlichter in Europa.

\* Barbara Stiegler, Dipl.-Pädagogin u. Dipl.-Psychologin, forscht am sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitut d. Friedrich-Ebert-Stiftung, sie lebt in Bonn. Der Aufsatz ist eine Kurzfassung einer im Herbst erscheinenden Expertise zur Frauenforschung aus der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Das bestehende Steuer- und Sozialsystem fördert indirekt die Ernährerrehe und damit die Zuständigkeit des Ehemannes für die finanzielle Versorgung, die der Ehefrau für die reale Betreuung, Erziehung und Pflege von Kindern, alten und kranken Menschen. Weil über das Geschlecht die Zuweisung der privaten Arbeit erfolgt und diese Arbeit keine reale Wertschätzung besitzt, gelten Frauen auch qua Geschlecht auf dem Erwerbsarbeitsmarkt als „unsichere“ und für bestimmte Arbeiten besonders geeignete Arbeitskräfte. Die herrschende Geschlechterordnung schafft demnach die Besonderheit der Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt. Entsprechend hat sich eine geschlechtsspezifische Struktur des Erwerbsbereiches gebildet, und die Entgelte für frauentypischen Arbeiten liegen weit unter denen für die männertypischen.

Aber nicht nur Berufe und Arbeitssektoren sind geschlechtsspezifisch differenziert und von der relativen Unterbewertung der Arbeit von Frauen gekennzeichnet, auch die Arbeitsverhältnisse sind nicht geschlechtsneutral zugeordnet. Als „Vereinbarkeitslösung“ bieten sich Frauen Teilzeitarbeit, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Diskontinuität der Erwerbsarbeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse oder Honorar- und Zeitverträge. Alle diese besonderen Arbeitsverhältnisse bieten jedoch in der Regel weniger Entgelt und soziale Sicherung, weniger jedenfalls als das männliche Normalarbeitsverhältnis. So wird die Spaltung der Arbeit zementiert: je weniger finanzielle Sicherheit eine Person besitzt, desto stärker ist sie auf eine andere Person oder die staatliche Unterstützung angewiesen. Niedrige Einkommen binden Frauen an den verdienenden Ehemann, dem sie wiederum die private Arbeit leisten. Die normative Verpflichtung zu unbezahlter Arbeit und die symbolische Geschlechterordnung schaffen die Voraussetzungen, daß Frauen nicht in denselben Arbeitsbereichen, denselben Arbeitsverhältnissen und in der gleichen Kontinuität wie die Männer beschäftigt sind.

### **Aufwertung der Frauenarbeit bedeutet Neubewertung gesellschaftlicher Arbeit**

Erst der Blick auf die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit, ihre Organisationsform und geschlechtshierarchische Zuweisung und Bewertung zeigt, daß die Geschlechterverhältnisse die grundlegenden Strukturen der Arbeit prägen. Entsprechend tiefgreifend sind auch die Veränderungen, die mit dem Slogan von der Aufwertung der Frauenarbeit in Angriff genommen werden.

Ziel einer Aufwertung der Frauenarbeit ist es demnach, die Differenz und die Hierarchie zwischen den Geschlechtern und den ihnen zugeteilten Arbeiten abzubauen und die Spaltung zwischen der bezahlten und unbezahlten Arbeit zu überwinden. Die Aufwertung der Frauenarbeit bringt die bislang unbezahlte Arbeit und die mit ihr verknüpften Erfahrungen und Sichtweisen ins Licht der Öffentlichkeit und gibt ihnen eine gesellschaftliche Bedeutung. Langfristig zielt sie auf eine Veränderung der Struktur der bislang unbezahlten privaten Arbeit, eine geschlechtergerechte Bezahlung und Positionierung im Erwerbsbereich sowie eine Neugestaltung der Erwerbsarbeit. Fragen nach dem Sinn von Arbeit, nach Arbeitszeiten und Arbeitsformen werden dabei auf dem Hintergrund der weiblichen Lebenszusammenhänge zur Diskussion gestellt.

Ansätze für eine solche durchgreifende Politik zur Aufwertung der Frauenarbeit liegen nicht nur in der tarifpolitischen, sondern auch in der geschlechterpolitischen und arbeitspolitischen Wende: der eingeschränkte männliche Blick muß überwunden werden.

## **Hebel zur Aufwertung der Frauenarbeit**

### **Geschlechterpolitische Ansätze**

Die unbezahlte Sorgearbeit, deren Umfang im groben durch die Zeitbudgeterhebungen des statistischen Bundesamtes bekannt ist, gilt es genauer zu analysieren. Im Rahmen der „zukünftigen“ Dienstleistungsgesellschaft ist eine Ausweitung der Professionalisierung weiter Teile der privaten Sorgearbeit vorzunehmen. Ein „Benchmarking“-Prozeß auf europäischer Ebene, bei dem die Staaten miteinander konkurrieren, wer das optimale Konzept der Erziehung und Bildung der jungen Generation vorzuweisen hat, könnte dazu beitragen, daß diese Fragen wieder mehr in das öffentliche Interesse kommen und die bisherige Fixierung auf die ökonomischen Fragen entschärfen. Die Professionalisierung der Sorgearbeit ist dabei die beste Form der Aufwertung dieser bisher privat geleisteten Arbeit, weil dadurch die Qualität der Erziehung und Bildung in den Vordergrund rücken. Konzepte zur Ausbildung der in diesem Bereich Arbeitenden, Männer wie Frauen, werden dann zu gesellschaftspolitischen Größen und die Frage, wieviel Ressourcen eine Gesellschaft für diese Aufgaben bereitstellt, wird politisch diskutierbar.

Die Beschäftigung mit der Sorgearbeit wird ergeben, daß sich nicht jede Art der Sorgearbeit dazu eignet, in professioneller Weise erfüllt zu werden. Selbst bei einem optimalen Angebot an öffentlicher Erziehung und Bildung vom ersten Lebensjahr an wird es Lebenssituationen und Umstände geben, in denen die betroffenen Eltern, Verwandten oder Bezugspersonen Teile der Erziehung, Bildung oder Pflege in die eigenen Hände nehmen wollen. In diesen Fällen bedeutet Aufwertung der Frauenarbeit, daß diese Arbeit in Form bezahlter Freistellung von der Erwerbsarbeit geleistet werden kann. Eine ausreichende finanzielle Absicherung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß diese Arbeit auch für Männer überhaupt in Betracht kommt (Erziehungszeiten mit Lohnersatz).

Eine solche Umorganisation der Sorgearbeit, eine entsprechende Qualifizierung der Arbeitenden und eine Umver-

Ziel einer Aufwertung der Frauenarbeit ist es, die Hierarchie zwischen den Geschlechtern abzubauen und die Spaltung zwischen der bezahlten und unbezahlten Arbeit zu überwinden.





teilung der neu strukturierten Arbeit zwischen Männern und Frauen muß durch eine neue Geschlechterkultur unterstützt und getragen werden. Dazu ist die Verbreitung und Unterstützung von kulturellen Aktionen, die die herrschenden Geschlechterrollen infrage stellen und Geschlechter nicht über den binären und hierarchischen Code definieren, notwendig. Umgekehrt sind alle Versuche, die Andersartigkeit von Frauen zum Ausgangspunkt oder Begründung einer Geschlechterpolitik zu machen, abzulehnen.

#### Arbeitspolitische Ansätze

Die Neudefinition des Normalarbeitsverhältnis mit der lebenslangen, vollzeitigen Bindung an die Erwerbsarbeit – unter Ausblendung der privaten Arbeit – steht an. Zukunftskonzepte wie 25 Stunden Erwerbsarbeit, und 25 Stunden Sorgearbeit für jede Bürgerin und jeden Bürger, oder das Modell des „Doppelversorger Haushalt“ auf der Basis subnormaler Arbeitszeiten (75% der heutigen Normalarbeitszeit für jede/n) müssen breit diskutiert werden, damit das Modell der Versorgerehe oder der modernisierten Versorgerehe (Er: Vollzeit, Sie: Teilzeit) abgelöst wird. In diesem Zusammenhang erfolgt die Aufwertung der Frauenarbeit dadurch, daß die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit wirklich zwischen den Geschlechtern geteilt wird, und daß Arbeit, ob in bezahlter oder unbezahlter Form, nicht mehr nach Geschlecht zugewiesen wird.

#### Arbeitsmarktbezogene Ansätze

Es gibt Frauenbranchen und Arbeitssektoren, in denen überwiegend Frauen arbeiten, und es gibt Männerbran-

chen und Arbeitssektoren, in denen überwiegend Männer arbeiten. Es gibt „Frauenberufe“ und „Männerberufe“, die mit der Eignung des weiblichen oder männlichen Wesens für diese Arbeit legitimiert werden. In Berufen und Arbeitssektoren, die von beiden Geschlechtern besetzt sind, gibt es eine geschlechtsspezifische Positionierung, die den Männern die je höher bewerteten Positionen zuweist, seien es attraktivere Arbeiten oder Vorgesetzten- oder Karrierepositionen.

Diese horizontale und vertikale Segmentierung der Erwerbsarbeit spiegelt sich auch in den für Frauen relativ geringeren Entgelten für ihre Arbeit im Vergleich zu Männern wieder. Die den Frauen zugeschriebene Arbeit für und an Menschen wird geringer bezahlt als die den Männern zugeschriebene Arbeit an und mit technischen Apparaten.

Im Bereich der Frauenberufe, also der bereits professionalisierten sozialen Arbeit, in der Assistenzarbeit, und in den haushaltsnahen Dienstleistungen kann die Aufwertung durch ein Sichtbarmachen der Anforderungen und durch eine Höherbewertung der geforderten Qualifikationen erfolgen. Die Bewertungsmaßstäbe sind zu verändern, die Entgelte für diese Arbeit müssen steigen.

Die Aufwertung der Frauenarbeit in gemischt geschlechtlich besetzten Berufen geschieht zum einen durch ein geschlechtergerechtes Bewertungsverfahren zur Entgeltfindung, das insbesondere die kommunikativen und psychosozialen Anforderungen und Belastungen berücksichtigt (soziale Kompetenz). Zum anderen sind durch Regeln zur quotierten Besetzung aller Positionen die Chancen von Frauen auf besser bezahlte Positionen zu verbessern. Auch neue Arbeitszuschnitte und die Abkehr von taylorisierter Arbeitsteilung verbessert die Wertigkeit der Frauenarbeit (z. B. qualifizierte Mischarbeit statt reiner Schreiarbeit).

Frauenarbeit in überwiegend männlich besetzten Berufen kann dadurch aufgewertet werden, daß den Frauen wirklich alle Arbeitsplätze offen stehen und sie durch Quotenregelungen sowohl ihre Ausbildungschancen als auch Beschäftigungschancen verbessern können.

Wenn die Arbeit der Frauen besser bezahlt werden soll, wenn Frauen mehr Geld bekommen sollen, stellt sich die Frage, wo die notwendigen Mittel herkommen sollen. Konkret: wem soll was genommen werden, damit es welche Frauen bekommen? Die soziale Ungleichheit, die über das Geschlecht geschaffen wird, ist eine andere als die soziale Ungleichheit, die über ökonomische, qualifikatorische und machbezogene Faktoren hergestellt wird. So werden Männer wie Frauen gemeinsam darum kämpfen müssen, einen größeren Anteil an den erwirtschafteten Gewinnen für ihre Arbeit zu bekommen. Die Verteilung dieser erkämpften Summe zwischen den Geschlechtern ist jedoch zugunsten der Frauen zu verändern. Diese Umverteilung setzt voraus,

- daß Männer kein Interesse am Ernährerlohn mehr haben, weil sie, genauso wie die Frauen, nur noch für sich und ihre Kinder sorgen müssen,
- daß Frauen kein Interesse am Ernährerlohn mehr haben müssen, weil sie genügend materielle Ressourcen aus ihrer eigenen Arbeit besitzen
- daß die Besserverdienenden ein solidarisches Bewußtsein haben und die Privilegierung ihrer Arbeit nicht nur im monetären Abstand zu weniger interessanten Arbeitspositionen sehen.

Die schwedischen Gewerkschaften haben fast ein Jahrzehnt lang eine Tarifpolitik mit dem erklärten Ziel der Aufwertung der Frauenberufe gemacht und erreicht, daß die

Entgeltunterschieden zwischen Männern und Frauen fast aufgehoben waren. Dabei haben sie eine „2-Töpfe Politik“ praktiziert, mit der die jährlich ausgehandelten Lohnzuwächse in zwei Teile geteilt wurden. Der eine Teil der Gesamtsumme wurde zur direkten Verbesserung der Tarife in den Frauenberufen gebraucht, der andere Teil kam allen, Männern wie Frauen zugute.

### **Weitere Abwertung der Frauenarbeit ist zu bekämpfen**

Aufwertungsanstrengungen stehen nicht im luftleeren Raum, sie müssen sich auch mit den herrschenden Tendenzen auseinandersetzen und aktuelle Konzepte und Tendenzen kritisch sichten, damit nicht unter der Hand weitere Abwertungen im Sinne der Verschärfung der hierarchischen Geschlechterdifferenz erfolgen.

### **Absenkung des Lohnniveaus**

Durch Outsourcing von Frauenarbeitsbereichen und deren neue tarifliche oder außertarifliche Bewertung wird oft die vorher tariflich gesicherte Entgelthöhe nicht mehr erreicht. Abwertung geschieht auch durch Veränderung von Tätigkeitszuschnitten. Mit der Vereinfachung und Entkernung von Arbeit wird eine niedrige Eingruppierung und Bezahlung erreicht.

### **Entbindung aus der Tarifierung**

Im Bereich der 630 DM Jobs erfolgt eine tarifliche Erfassung der Arbeiten in der Regel nicht. Um die begünstigte Verdienstgrenze (630 DM) zu erhalten, werden tarifliche Erhöhungen des Entgelts durch Arbeitszeitverkürzungen oder Höherbewertung nicht umgesetzt, es muß weiterhin für dasselbe Geld genauso lange gearbeitet werden. Auch mit der Schaffung von selbständiger Arbeit kann die Tarifbindung der Arbeit umgangen werden. Zunehmend werden Arbeiten, die vorher im Rahmen tariflicher Arbeit und unter Zugehörigkeit zu einem Betrieb geleistet wurden, in Form von Werkverträgen oder Honorarverträgen vergeben. Gerade Frauen haben oft nicht die Stärke, bei der neuen Konkurrenz der Anbieter, den tariflichen Lohn bzw. adäquate Kosten für die soziale Sicherung auszuhandeln. Ihre Arbeit wird weitaus niedriger bezahlt als vorher – auch wenn sie den Status der Selbständigen als Verbesserung empfinden.

### **Weitere Lohndifferenzierung im unteren Lohnbereich (Kombilöhne, Schaffung eines Niedriglohnssektors)**

Die Einführung einer Niedriglohnökonomie wird als Weg zur Verringerung der Arbeitslosigkeit empfohlen. Dahinter steht die These, daß Arbeitsplätze deshalb in so großem Ausmaß fehlen, weil die Löhne zu hoch seien. Gerade in Frauenbranchen gibt es aber bereits einen breiten Niedriglohnsektor, in dem die Vollerwerbstätigkeit kaum das Existenzminimum sichert. Und gerade hier erfolgte ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen. Wenn der Staat die neu zugelassenen Niedriglöhne (bis zu 30% des Tariflohnes soll abgesenkt werden können) flächendeckend mit Steuermitteln subventionieren würde, wird materielle Abwertung zu einer Gefahr für alle tarifierten Arbeiten. Die Verstärkung der Lohnspreizung hat bisher schon immer besonders die Frauen getroffen.

### **Bürgerarbeit und Ehrenamt**

Pflegen, Erziehen, Betreuen, Beraten, die gesamte Fürsorgearbeit, die in der BRD in traditionellen Frauenberufen

professionalisiert ist – und im Vergleich zu den europäischen Nachbarn auf sehr niedrigem Niveau (kaum Hochschulabschlüsse) – wird in den Zukunftskonzepten nicht nur der Konservativen in den Bereich der Freiwilligenarbeit, des Ehrenamtes oder der Bürgerarbeit verlegt. Damit wird ihr der professionelle Charakter immer mehr genommen, Allerweltsqualifikationen scheinen auszureichen, um Kinder, Alte und Kranke zu versorgen. Die Mutter als Zweitkraft im Kindergarten, die ehrenamtliche Kraft in der Altenbetreuung, der Zivildienstleistende auf der Station im Krankenhaus, solche Substitution ist in bestimmten Relationen sinnvoll. In Zeiten der Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand allerdings werden diese Relationen zulasten der professionalisierten Kräfte verschoben und es entsteht der Eindruck, daß zu dieser

Arbeit im Grunde weder Ausbildung noch Weiterbildung notwendig ist. Die Beruflichkeit der traditionellen Frauenberufe wird unterspült, die Qualifikationen werden nicht tariflich, aber durch die Praxis des vermehrten Einsatzes von Laien abgewertet.

In der Debatte um die Erschließung von Arbeitsplätzen im privaten Haushalt (Dienstmädchenprivileg, Dienstleistungszentren) werden alle Arbeiten, die heute privat und unbezahlt geleistet werden, undifferenziert als unqualifizierte Arbeiten, geeignet für den Niedriglohnsektor, angesehen. Der Unterschied zwischen Putzdiensten, Hol- und Bringdiensten, Kinderbetreuung oder Altenpflege wird nivelliert.

Das strukturkonservative Konzept des Erziehungsgehalts zementiert die Abwertung der privaten Arbeit noch eindeutiger, da es ein „Gehalt“ vorsieht, das noch nicht einmal der untersten möglichen Lohngruppe entspricht.

Die hier skizzierten aktuellen Tendenzen und modernen Konzepte zur Krisenbewältigung stehen den in den Gewerkschaften artikulierten Interessen der Frauen an Aufwertung und Neubewertung der Arbeit vollkommen entgegen. So erscheint der Zeitpunkt für eine Aufwertung der Frauenarbeit nicht gerade günstig. Frauen geht es jedoch „ums Ganze“ (Slogan der IG Metall Frauenkonferenz 1999) – und dafür ist es nie zu spät. spw

### **Literatur**

- DAG Bundesvorstand, Abteilung Frauen (1998): Goldstücke statt Kupfermünzen. Hamburg
- Degen, Barbara in Zusammenarbeit mit der ÖTV Bundesfrauensekretariat 1998: Ein- und Höhergruppierungsrecht für Frauen am Beispiel des BAT/BAT-O. Stuttgart
- Gewerkschaft ÖTV Hessen (Hrsg.) (1993 – 1996): Frauen wollen mehr. Hauswirtschafterinnen, Krankenschwestern, Erzieherinnen, Reinigungsfrauen, Schreibkräfte, Sekretärinnen aus psychosozialen Einrichtungen, Bibliothekarinnen melden sich zu Wort. Frankfurt/Stuttgart
- Stiegler, Barbara (1996): Tarifpolitik gegen Lohndiskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Frauen. Düsseldorf
- Stiegler, Barbara (1999): Mutter, Kind und Vater Staat. Geschlechterpolitische Aspekte des Erziehungsgehalts. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn
- Winter, Regine, Krell, Gertraude (1997): Aufwertung von Frauentätigkeiten. Ein Gutachten im Auftrag der ÖTV. Bundesfrauensekretariat. Stuttgart
- Winter, Regine (1994): Frauen verdienen mehr. Zur Neubewertung von Frauenarbeit im Tarifsistem. Berlin

Die schwedischen Gewerkschaften haben eine Tarifpolitik zur Aufwertung der Frauenberufe gemacht und erreicht, daß die Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen fast aufgehoben waren.



## „Politischer Kampf ist Lebenslust!“

Junge Frauen zu Emanzipation, Frauenbewegung und Regierungspolitik

**J**unge Frauen wollen alles: Beruf, Familie und Privates. Sie sind selbstbewußter als die Generation ihrer Mütter, wollen Partnerschaften gleichberechtigt führen und Erfolg im Job haben. spw diskutierte mit vier jungen Frauen über ihre Lebensansprüche, Träume und Visionen, und über die Schwierigkeiten, als Frau Gegenmodelle zu leben:

*Cordula Drautz, 18 Jahre, Schülerin, lebt in Bonn und engagiert sich in der SchülerInnen-Arbeit; Maren Kluger, 23 Jahre, Studentin, lebt in Magdeburg und ist Mitglied im Juso-Landesvorstand Sachsen-Anhalt; Melanie Bach, 27 Jahre, PR-Fachfrau, lebt in Bonn und engagiert sich bei den Jusos und in Frauennetzwerken; Hafize Adab-Parvar, 28 Jahre, Studentin,*

*lebt in Königswinter und ist ehrenamtliche Mitarbeiterin in einem interkulturellen Mädchenladen.*

*Das Gespräch moderierten Christina Stiegen und Barbara König. Christina Stiegen ist 27, Politologin, promoviert zur Zeit und lebt in Bonn, wo sie Vorsit-*

*zende der Bonner Jusos ist. Barbara König ist 29, Politologin und Jugendbildungsreferentin der Jusos NRW, sie ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.*

„Ich bezeichne mich als Lust-Kämpferin! Ich kämpfe unheimlich gern und bin stolz darauf, wenn ich etwas erreiche. Kampf verkörpert einfach Lebenslust.“ (Melanie)

spw: Beginnen wir mit der persönlichen Lebensplanung. Wir alle verstehen uns sicher als emanzipierte Frauen. Was macht aber unsere Emanzipation aus? Zum Beispiel im Vergleich zum Leben unserer Mütter? Gibt es Gemeinsamkeiten, Unterschiede?

Melanie: Meine Mutter würde ich als emanzipierte Frau beschreiben: Sie hat drei Kinder und ist die ganze Zeit

berufstätig gewesen, manchmal auch zwangsweise – des Geldes wegen. Nach ihrer Ausbildung als Schneiderin hat sie als Verkäuferin gearbeitet. Ich weiß, daß ihr diese Berufstätigkeit sehr viel bedeutet. Meine Mutter hat aber auch sehr starke Tendenzen zu einem traditionellen Rollenverständnis. Neben dem Beruf hat sie den Haushalt gemacht und dafür gesorgt, daß in der Familie alles läuft. Zum Beispiel wollte sie, daß ich Lehrerin werde, weil man dann mehr Zeit für die Familie hat. Auch jetzt sagt sie manchmal zu mir, Du kannst doch jetzt mal ein Kind kriegen – das ist doch auch schön, wenn man nicht arbeiten muß und der Mann das Geld verdient. Dagegen habe ich mich immer gesträubt, weil das nicht meine Vorstellung vom Leben ist. Ich denke, daß meine Mutter schon *ihren* Weg gegangen ist und ich das auch tue, nur wesentlich konsequenter. Sie war sehr von äußeren Umständen bestimmt. Was sagt der Mann, was sagen die Nachbarn? Rebellion gegen das herrschende Rollenverständnis war nicht ihre Sache. Da bin ich ganz anders. Ich habe mich mit der Meinung anderer Leute auseinandergesetzt oder sie einfach ignoriert.

Maren: Meine Mutter hatte in meinem Alter schon ihr erstes Kind. Sie ist dann 10 Jahre lang in eine „Babypause“ gegangen. Dann wollte sie wieder etwas dazu verdienen und hat bei der Post als Arbeiterin angefangen. Mein Vater wurde arbeitslos und so haben sich die Rollen vertauscht: Meine Mutter hat das Familieneinkommen verdient und mein Vater hat den Haushalt geschmissen. Das hat mich ziemlich geprägt. Zum Beispiel drängte mein Vater darauf, daß ich in der Schule Technik wähle. Er wollte, daß seine Tochter alles ganz anders macht. Meine Mutter dagegen wollte nicht, daß ich studiere, sondern ich sollte einen so-

zialen Beruf ergreifen, z.B. Krankenschwester. Ich habe dann aber studiert. Ich will mich nicht später auf einen Mann verlassen.

**Cordula:** Ich glaube, als meine Mutter in meinem Alter war, war sie mir noch relativ ähnlich. Sie hat Abitur gemacht und dann auf Lehramt studiert. Als sie Referendarin war, hat sie aber meinem Vater zuliebe ihre Berufstätigkeit abgebrochen. Mein Vater ist beruflich ins Ausland versetzt worden, sie ist ihm gefolgt und hat ihre Karriere beendet. Ein Leben mit typischer Rollenverteilung: Meine Mutter die ganze Zeit zu Hause, mein Vater die ganze Zeit beruflich unterwegs. Das hat mich sehr geprägt. Die Abhängigkeit meiner Mutter hat mich genervt, so daß es bei mir zu Gegenreaktionen geführt hat. Ich finde, sie hätte viel emanzipierter sein können und müssen – darüber streiten wir uns oft. Insofern hat meine Mutter schon dazu beigetragen, daß ich mein Leben anders angehen will. Und da wiederum unterstützt mich heute meine Mutter, wo sie kann.

**spw:** Hafize, Deine Mutter ist eine türkische Migrantin der ersten Generation. Du bist in Deutschland geboren. Sind die Unterschiede zwischen Deiner Mutter und Dir dadurch größer?

**Hafize:** Die Frage nach der Emanzipation meiner Mutter kann man nur aus ihrer damaligen Lebenssituation heraus beantworten. Da finde ich, daß sie emanzipiert war und ist. Meine Mutter hat in der Türkei nur die Grundschule besucht, hat meinen Vater geheiratet und ist ihm später nach Deutschland gefolgt. Als sie in meinem Alter war, hat sie sich in erster Linie um die Familie gekümmert und vor allem die Einnahmen und Ausgaben der Familie verwaltet. Deshalb ist sie in meinen Augen auf jeden Fall eine emanzipierte Frau. Es kommt darauf an, ob eine Frau die Chance für eine alternative Lebensgestaltung hat. Meine Mutter hatte sie nicht. Da ich aber heute andere Möglichkeiten habe, hat sie mir immer geraten, zu studieren und unabhängig zu sein. Auch das zeigt, daß sie emanzipiert ist. Meiner Meinung nach ist es auf jeden Fall falsch zu meinen, eine Hausfrau könne niemals emanzipiert sein und eine berufstätige sei es immer.

### Lebensentwürfe junger Menschen – heute doppelt?

**spw:** Maren, Du hast gesagt, Du willst Dich nicht auf einen Mann verlassen. Wie stellst Du Dir das für Dein Leben so vor? Willst Du Kinder haben? Und wie soll das dann laufen?

**Maren:** Mein Traum wäre natürlich, einen Mann zu haben, der sich auch um das Kind kümmert und zumindest die Hälfte des Erziehungsurlaubes nimmt! Bislang habe ich den noch nicht gefunden... Mein Ziel ist in erster Linie, einen Beruf zu haben, wo ich genug verdiene, um auch eine Familie ernähren zu können. Dabei will ich die bisherige Rollenaufteilung nicht umkehren, sondern mein Mann und ich sollen uns alle Aufgaben gleichberechtigt teilen.

**Melanie:** Ich will noch mal etwas zu der Rolle der Väter sagen. Es sind häufig die Väter, die die Töchter fördern, während die Mütter vielleicht ein bißchen neidisch auf die größeren Chancen ihrer Töchter sind. Das sehe ich übrigens auch heute in meinem beruflichen Umfeld: Die Förderung kommt oft von Männern, nicht von Frauen. Was meine Lebensplanung betrifft: Ich glaube schon, daß ich mein Leben lang vollzeitberufstätig sein möchte. Ich mache meinen Job nicht nur, weil ich meine Miete bezahlen muß, sondern ich kann dort meine Visionen ausleben. Außerdem habe ich noch viele andere Interessen. Ich engagiere mich politisch, interessiere mich für Literaturgeschichte,

mache Frauenarbeit. Ich stelle es mir schwierig vor, das alles mit einem Kind zu vereinbaren. Ich lebe schon seit 12 Jahren in einer festen Beziehung und mein Freund hält mir den Rücken frei. Ich könnte mir aber nicht vorstellen, daß er wegen eines Kindes ganz oder teilweise zu Hause bleibt. Ein Kind wollte ich erst später, in einer finanziellen Situation, wo wir uns ein Kindermädchen oder eine Haushaltshilfe leisten könnten. Teilzeitarbeit kann ich mir wiederum gar nicht vorstellen! Ich sehe also schon das Dilemma, daß ich mich einerseits um mein Kind kümmern möchte, andererseits große berufliche Ziele habe. Ich beobachte das ja jetzt bei meinen Kolleginnen, die Kinder haben: Die jonglieren mit ihrem Leben ganz schön.

**spw:** Hafize, du bist verheiratet und hast damit schon einmal eine gewisse Vorentscheidung für Dein Leben getroffen. Welche konkreten Pläne hast Du für Dein weiteres Leben?

**Hafize:** Zunächst möchte ich das Studium beenden und dann den Berufseinstieg schaffen. Aber später möchte ich schon Kinder haben. Und da habe ich das Glück, daß meine Mutter in der Nähe lebt und mich unterstützen wird. Ich habe auch mehrere Geschwister, die mir helfen werden. Auch mein Ehemann wird mich unterstützen.

**spw:** Cordula, Du bist mit 18 Jahren die jüngste in der Runde. Hast Du auch schon konkrete Pläne für Dein Leben? Willst Du Karriere machen? Kinder haben? Oder beides?

**Cordula:** Maren sagte, daß sie arbeiten will, um sich nicht auf einen Mann zu verlassen. Ich bin da wesentlich egoistischer: Für mich geht es bei meiner Arbeit allein um meine Selbstverwirklichung! Und ich glaube, daß es sich nicht mehr so entwickeln wird, daß man einen lebenslangen Beruf hat und eine traditionelle Karriere macht. Es wird wichtig sein, qualifiziert und flexibel zu sein. Wir können uns nicht leisten, 10 Jahre aus dem Beruf auszusteigen. Meine eigene Lebensplanung ist noch nicht so weit gediehen, ich werde erst mal gucken, daß ich unabhängig bleibe.



Melanie Bach

**Wo ist der „neue“ Mann?!**

**spw:** Wenn wir über den sogenannten doppelten Lebensentwurf junger Frauen reden, kommen wir nicht an der Rolle der Männer vorbei. In den 80er Jahren gab es den Hit von Ina Deter „Neue Männer braucht das Land!“ Sind die denn jetzt endlich da?

**Melanie:** Mein Freund hält mir den Rücken frei und macht mir keinen Streß, wenn ich an fünf Abenden in der Woche wegen irgendwelcher politischen Termine nicht zu Hause bin. Er kauft auch ein und kocht, weil er in seinem Job flexibler ist. Wenn wir später mal ein Kind hätten, wären wir sicher ein gutes Team. Aber das Mißtrauen überwiegt bei mir doch, weil ich auch in anderen Beziehungen

gesehen habe, daß es dann doch an der Frau hängengeblieben ist. Und wenn ein Kind einmal da ist, kann man es ja auch nicht wieder zurückschicken.

**Hafize:** Zur Rolle der Männer: Eben habe ich gesagt, daß ich die Unterstützung meiner Familie erwarte, wenn ich mal ein Kind haben sollte. Ich habe

da meine Mutter und meine Schwestern im Kopf gehabt. Ich muß ehrlich zugeben, daß ich überhaupt nicht an meinen Vater und meine Brüder gedacht habe! Und eben hat Melanie von einem Kindermädchen gesprochen und dachte da sicher nicht an einen Mann! Das zeigt, daß wir oft die Verantwortung, die wir von den Männern erwarten, selbst gar nicht einfordern. Wir müssen da auch an uns arbeiten!

**Cordula:** Tja, was macht einen „neuen Mann“ aus? Gibt es denn die „neue Frau“? Wenn wir hier feststellen, daß die Verantwortung für Haus- und Familienarbeit vorrangig immer noch bei uns liegt, ist das eigentlich ein Indiz dafür, daß es hier um viel grundlegendere Unterschiede geht. Ich behaupte, daß Männer viel egoistischer in ihrer

„Wenn es um die partnerschaftliche Verteilung der Haus- und Familienarbeit geht, fordern wir nicht genügend Verantwortung von den Männern ein. Wir müssen da auch an uns arbeiten.“  
(Hafize)



Hafize Adab-Parvar

Lebensplanung sind als Frauen! Man müßte deshalb in ganz vielen Bereichen ansetzen, um den „neuen Mann“ zu kreieren.

**spw:** Sind denn die jungen Frauen heute in ihrer Lebensplanung genauso egoistisch und denken nur an die eigene Karriere? Oder haben sich junge Männer vielleicht an die Frauen angenähert und denken jetzt auch schon mal über Familie nach?

**Cordula:** Weder noch. In meiner Generation schweben alle im luftleeren Raum – Männer und Frauen wissen beide noch gar nicht, was sie mit ihrem Leben anfangen wollen. Gleichberechtigte Beziehung usw...? „Das wird sich schon irgendwie regeln...“. Aber ich glaube, daß das in diesem Alter fast jede Generation gedacht hat! Ich befürchte, daß sich da in der Rollenverteilung nichts großartig verändern wird.

Wir sind die Hälfte der Bevölkerung! Aber wenn es nicht nur um Quantität, sondern um Qualität geht – wenn es darum geht, warum Frauen eigentlich beteiligt sein wollen – dann muß man als Frau doch darüber reflektieren: Was macht eine Frau eigentlich aus? Ich glaube, da fehlt vielen Frauen dann immer noch das Selbstbewußtsein.

**Melanie:** Ja! Wenn ich so die Frauen meiner Generation beobachte, dann sind die eben nicht so kämpferisch. Ich kenne nicht wenige Frauen, die direkt nach ihrem Studium geheiratet haben und sich plötzlich in traditionellen Rollen wiederfinden. Warum ist das so? Weil viele Frauen irgendwann keine Lust mehr haben, ständig zu kämpfen! Es ist nämlich ein ständiger Kampf! In der persönlichen Beziehung oder auf dem Arbeitsmarkt. Und irgendwann arrangiert man sich halt. Frauen haben glaube ich auch eine größere Lebensangst als Männer. Und damit spielt die Gesellschaft. Dir wird als Frau überall suggeriert: Wenn es im Job nicht läuft, kannst Du immer noch heiraten und Kinder kriegen. Für Männer gibt es diesen „sicheren Hort“ nicht. Selbst als emanzipierte Frauen haben wir das doch irgendwie alle noch im Hinterkopf, oder nicht?!

**Frauenbewegung heute – Kampfpapieren für unverbesserliche?**

**spw:** Beim gesellschaftlichen Leitbild von Frau und Mann scheint sich nach Eurer Meinung in den letzten 30 Jahren nicht so furchtbar viel verändert zu haben. War also die ganze Frauenbewegung umsonst? EMMA und Alice Schwarzer – heute nur noch Kampfpapieren für die Unverbesserlichen?

**Cordula:** die Zeitschrift EMMA z.B. ist älter als Du selbst. Wie wirkt das heute auf Dich?

**Cordula:** Schon sehr radikal. Aber radikal müssen wir auch weiterhin sein! Wir müssen immer mehr fordern, als wir kriegen können, sonst kommt hinten gar nichts mehr raus! Für die persönliche Sensibilisierung von Frauen ist die EMMA immer noch gut geeignet, aber ob sie für den eigentlichen Kampf, den wir führen müssen, wirklich so viel bringt, bezweifle ich. Solche Zeitschriften werden ja sowieso nur von Frauen gelesen, die ohnehin schon emanzipiert sind. Statt dessen müssen wir aber in Männerdomänen vordringen.

**Maren:** Auf mich wirkt Alice Schwarzer schon ein bißchen verstaubt. Sie ist einfach in den 70er Jahren stecken geblieben. Zum Beispiel bei dieser „PorNo-Kampagne“ sehe ich das nicht so radikal. Klar, es gibt frauenfeindliche Hardcore-Pornos und die sollen auch verboten werden. Aber insgesamt finde ich nicht, daß Pornos per se Frauen diskriminieren. Es gibt da heute doch deutliche Unterschiede, und da differenziert EMMA nicht. Außerdem wird dort



propagiert, daß Frauen den Männern immer ähnlicher werden sollen. Das ist die bloße Angleichung an männliche Lebensentwürfe und nicht die Entwicklung eigener Ideen!

**Melanie:** Nun ja, Pornographie ist nicht nur dann diskriminierend, wenn Frauen geschlagen und mißhandelt werden, sondern es geht ja um das Bild von der Frau als ständig geilem Sexhäschen... Ich finde die Radikalität von EMMA angemessen! Meines Erachtens würde man auch mit anderen Konzepten nicht mehr LeserInnen erreichen. Natürlich müssen wir unsere Message in vielen verschiedenen Publikationen rüberbringen. Ich bin da nach wie vor offensiv. Es kommt aber auch auf das eigene Agieren im privaten und beruflichen Umfeld an. Wenn es zu Diskussionen mit meinen KollegInnen kommt, dann beziehe ich Position und argumentiere auch manches Mal subtiler.

**Hafize:** Ich kann mit der deutschen Frauenbewegung gar nichts anfangen. Ich fühle mich nicht in erster Linie als Frau diskriminiert, sondern als Migrantin. Ich kann nicht nur über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern reden, wenn in Deutschland noch nicht einmal Deutsche und MigrantInnen gleichberechtigt sind! Zum Beispiel sagt das deutsche Grundgesetz in Artikel 3, daß Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Trotzdem gibt es in demselben Grundgesetz Grundrechte, die für alle deutschen Frauen und Männer gelten, aber nicht für MigrantInnen. Eine deutsche Frau darf zum Beispiel nicht ausgewiesen werden, eine marokkanische oder türkische Frau kann sich aber diesem Problem gegenüber sehen.

**spw:** Das hat man der westdeutschen Frauenbewegung oft vorgeworfen: Die doppelten Diskriminierungserfahrungen z.B. von Migrantinnen nicht im Blick zu haben. Auch die ostdeutschen Frauen hatten kurz nach der Wende große Schwierigkeiten mit dem westdeutschen Feminismus.

**Maren,** Du lebst und studierst jetzt in Magdeburg. Kannst Du heute bei jungen Frauen Deiner Generation noch Unterschiede feststellen?

**Maren:** Auch nach der Wende und bis heute gründen Frauen in Ostdeutschland im Altersdurchschnitt früher als in Westdeutschland eine Familie. Das ist von früher „noch so drin“, damals hatte das allerdings handfeste wirtschaftliche Gründe, weil junge Paare nur eine Wohnung bekommen konnten, wenn sie verheiratet waren. Natürlich hat die DDR früher auch sehr stark die Institution der Familie gefördert. Mittlerweile glaube ich, daß sich bei den jungen Frauen in den Großstädten die Lebenssituation sehr angeglichen hat. In dem Bereich, der die Arbeit betrifft, sind die Frauen in Ostdeutschland bestimmt emanzipierter. Sie arbeiten trotz Kind weiter, machen aber zusätzlich dann noch den Haushalt. Das ist dann wieder wie im Westen: Die Frau hat nach wie vor die Verantwortung für Haushalt und Familie.

**Wen eint die westdeutsche Frauenbewegung?**

**spw:** Hafize, Du arbeitest ja in einem interkulturellen Mädchenzentrum. Welche Veränderungen hast Du bei jungen Migrantinnen bemerkt?

**Hafize:** Die Mädchen, die zu *Azade* kommen, sind in der Schule und der Ausbildung alle hochmotiviert. Oft wird in den Medien behauptet, die türkischen Mädchen scheiterten an ihren Familien. Das tun sie nicht! Sie scheitern allein an den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt. Die Betriebe bremsen sie einfach ab! Junge Migrantinnen haben sehr gute Schulabschlüsse, aber sie erhalten keine entsprechenden Ausbildungsplätze. Und wenn, sind es immer noch die typischen Frauenberufe: Arzthelferin, Friseurin,

Maren Kluger



Rechtsanwaltsgehilfin. Gerade muslimische Mädchen scheitern immer noch an den Vorurteilen der Arbeitgeber. Wahrscheinlich befürchten sie, daß sie – noch eher als deutsche Mädchen – irgendwann heiraten, Kinder kriegen und aus dem Job aussteigen. Migrantinnen sind also doppelt diskriminiert: von 100 türkischen Mädchen eines Jahrgangs absolvieren nur ein Drittel eine Ausbildung, während es immerhin zwei Drittel der deutschen Mädchen tun.

**Melanie:** Wenn wir über die Lebensansprüche junger Frauen reden, müssen wir uns auch fragen, wie wir eigentlich Emanzipation definieren? Für mich ist ein Mensch dann emanzipiert, wenn er herausgefunden hat, was er möchte und dafür kämpft, das auch umzusetzen. In den 80er Jahren galt vielleicht eine Frau dann als emanzipiert, wenn sie eine große Karriere gemacht hat. Darüber sind wir doch längst hinweg! Es geht im Kern um die Durchsetzung eines individuellen Lebensentwurfes – ganz egal, wie der aussieht. Und darum müssen wir auch in der heutigen Gesellschaft kämpfen!

**spw:** Ist denn ein Emanzipationsbegriff, der vom Kampf lebt, heute noch attraktiv? Wollen junge Frauen noch kämpfen? Die letzte große öffentliche Bekundung von „Frauenkampf“ gab es 1994, als tausende Frauen auf die Straße gingen und streikten.

**Cordula:** Streik ist o.k., aber ich denke, wir müssen heute viel subtiler vorgehen, als auf die Straße zu gehen. Wir müssen Frauen klarmachen, daß vieles, was sie heute für selbstverständlich halten, früher hart erkämpft werden mußte. Wenn Mädchen heute bessere Schulabschlüsse machen als Jungen, dann ist das natürlich ein Ergebnis der Frauenbewegung. Und wenn eine junge Frau ganz selbstverständlich Beruf und Privates unter einen Hut kriegen will, dann denkt sie natürlich feministisch.

**Melanie:** Ich denke, beides ist notwendig: öffentlich Krawall machen und zugleich subtil vorgehen. Wenn wir Krawall machen, muß das allerdings sehr gut inszeniert sein. Aus meiner Sicht als PR-Frau müssen medienwirksame Aktionen radikal sein, sonst bekommt man keine Pres-

“Auf mich wirkt Alice Schwarzer ein bißchen verstaubt. Sie ist einfach in den 70er Jahren steckengeblieben und propagiert, daß Frauen den Männern immer ähnlicher werden sollen!”

(Maren)

Cordula Drautz



se. Das ist aber nur die eine Strategie. Auf der anderen Seite muß man sich Gremien suchen, wo man sich engagiert. Das müssen nicht immer bundesweite Organisationen oder Parteien sein. Ich zum Beispiel arbeite in Köln im Expertinnen-Beratungsnetz mit. Daneben ist wichtig, wie wir in unserem persönlichen Umfeld wirken, also im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, in der Familie. Das heißt für mich

persönlich auch, Vorbild zu sein. Wenn meine Freundinnen sehen, daß ich mir meine Freiheit nehme und damit glücklich bin, dann bewirkt das ja etwas. Ich will da auch noch mal auf den „Kampf“ zurückkommen. Kampf ist für mich durchaus attraktiv, ich bezeichne mich als „Lust-Kämpferin“! Ich kämpfe unheimlich gern und

bin stolz darauf, wenn ich etwas erreiche. Wir müssen als Frauen überbringen, daß es Spaß macht zu kämpfen und daß es sich lohnt! Der Kampf macht uns selber stärker und selbstbewußter, und er verkörpert einfach Lebenslust.

#### **Die Frauenbewegung muß kampagnenfähig werden!**

Ich will noch etwas zur Frauenbewegung sagen. Es gibt zwei Dinge, mit denen ich als junge Frau echte Probleme habe. Erstens habe ich das Gefühl, daß Frauen zu sehr nach Harmonie streben und sich damit verkämpfen, gemeinsame Nenner zu finden. Mir z.B. warfen einige Frauen mal vor, ich sei eine harte, radikale Männerhasserin, andere unterstellten mir wiederum Anbiederung ans Patriarchat, weil ich mir herausnahm, Lippenstift zu tragen und mit Männern zu flirten! Es wird innerhalb der Frauenbewegung eine Illusion von der einzig richtigen Emanzipation verbreitet: Wenn Du der nicht entsprichst, ist das schlimmer, als gar nicht emanzipiert zu sein. Das ist doch absurd!

„Traditionelle Karrieren in einem lebenslangen Beruf wird es nicht mehr geben. Wenn wir gut qualifiziert und flexibel sein wollen, können wir es uns nicht leisten, 10 Jahre aus dem Beruf auszusteigen.“ (Cordula)

Zweitens ist die Generationsfrage ein ganz großes Problem. In der Tat beklagen viele ältere Frauen, daß sich die jungen Frauen heute nicht mehr diskriminiert fühlen. Dieses Phänomen kenne ich auch bei der AsF: Anstatt sich den jungen Frauen zu nähern, verharren sie in ihrem „closed shop“ und warten ab, bis die jungen Frauen irgendwann vom Patriarchat gebeutelzt zu ihnen kommen. So geht das einfach nicht!

spw: Alte Frauen – junge Frauen, deutsche Frauen – nicht-deutsche Frauen, Lesben – Heteras, Frauen zwischen Lebenslust und Lebensangst... Kann es tatsächlich ein politisches Projekt geben, das all diese verschiedenen Frauen einigt? Christine Bergmann ist seit dem Oktober 1998 Frauenministerin. Kann sie es *allen* Frauen recht machen?

Cordula: Ja, was eint Frauen? Es gibt auch keine Sache, die alle Männer eint. Das Problem bei Frauen ist nur, daß wir es uns noch nicht leisten können, zu viele Gruppierungen zu bilden, weil wir einfach noch nicht so weit sind. Man muß viele Kompromisse eingehen, wenn man Massenbewegung initiieren will, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

Ich erhoffe mir, daß wir bei grundsätzlichen Dingen anfangen. Die Reformen müssen viel früher anfangen, als damit, daß wir Frauen in die Erwerbsarbeit bekommen. Es müssen erst mal die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Da ist natürlich die Kinderbetreuung immer noch entscheidend – davon sind in erster Linie immer noch die Frauen betroffen.

Konkret wünsche ich mir von den Frauen, die jetzt Entscheidungskompetenzen tragen, eine ständige Sensibilisierung ihres Umfeldes. Die einzelnen konkreten Schritte wie zum Beispiel das Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ sind gut, aber nicht ausreichend. Hier ist zum Beispiel der Titel des Programms schon absurd: ein Programm „Mann und Beruf“ würde es nie geben. Umgekehrt gibt es natürlich auch kein Aktionsprogramm „Mann und Familie“. Die Bundesregierung redet über konkrete Fördermaßnahmen und damit um den Kern des eigentlichen Problems herum.

Hafize: Ja! Jetzt geht es in der rot-grünen Regierung auch wieder darum, wie wir es schaffen, daß Frauen sich durch Förderprogramme am besten den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen, wie Frauen also zum Beispiel auch Karriere machen können und zugleich Familie und Haushalt unter einen Hut kriegen. Statt dessen müßten wir Gesetze fordern, die auf der Lebenssituation von Frauen aufbauen.

spw: Ihr fordert politische Aktivitäten, die die klassische Rollenverteilung in unserer Gesellschaft in Frage stellen. Wenn es um die Vereinbarung von Familie und Beruf geht, setzt die Bundesregierung auf eine Teilzeit-Offensive. Findet Ihr das einen Schritt in die richtige Richtung?

Cordula: Ich denke sehr wohl, daß wir gesellschaftliche Realität durch Gesetze verändern können. Es muß von außen einen Anreiz oder auch einen Zwang geben, sein Verhalten zu verändern – nur dann wird sich wirklich etwas in den Köpfen verändern! Ob da die Teilzeit-Offensive ein richtiger Schritt ist, bezweifle ich allerdings. Es wird eher die traditionelle Rollenverteilung zementieren – denn Männer werden beispielsweise nicht in Teilzeit gehen, weil dann das Geld nicht stimmt. Wenn ich sage, es muß um grundsätzlichere Konzepte gehen, meine ich zum Beispiel, daß es eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung geben müßte, die Männer *und* Frauen mehr Zeit für Familie *und* Privates ließe.

Melanie: Ich halte Christine Bergmann für eine erstklassige Besetzung für die Frauenministerin! Erstens weil

sie aus dem Bereich „Wirtschaft“ kommt, sie war ja früher Senatorin für Arbeit und Soziales in Berlin, und zweitens befürworte ich ihren Ansatz, politisch auf die Frauenförderung in der Privatwirtschaft einzuwirken. Da wird sie natürlich von Gerhard Schröder extrem ausgebremst. Ich glaube nicht, daß unter dem Politmacho Schröder der Frauenpolitik wieder mehr Respekt verschafft werden kann. Ich weiß nicht, wie es Euch geht, aber was mich am meisten stört, ist dieses Grinsen auf den Gesichtern der Männer, wenn es um „Frauen-Themen“ geht. Das macht mich dermaßen aggressiv! Ich habe mir von Bergmann da mehr Offensive und Gegenwehr erhofft.

**Sozialdemokratische Frauenpolitik – ein Aufbruch?**

**spw:** Nun wird in der Tat diese rot-grüne Regierung eher mit Männern – Schröder, Fischer, Trittin – identifiziert, als mit Frauen. Von diesen Herren ist nun wahrlich kein frauenpolitischer Aufbruch zu erwarten! Gegenwärtig versucht Christine Bergmann, das Frauenthema zu entstauben und als moderne Wirtschaftswunderwaffe zu verkaufen: Frauenpolitik sei Wirtschaftsförderung. Ist das ein geschickter Schachzug oder Anbiederung an den neuen sozialdemokratischen Mainstream?

**Melanie:** Wenn es wirklich nur Taktik ist, dann ist das sehr kluge Taktik! Aber es darf nicht bei taktischen Spielen bleiben. Bislang wird keine konkrete Politik daraus. Sicher ist Frauenförderung nicht per se wirtschaftsfeindlich. Natürlich begrenzen frauenfördernde Maßnahmen auch die völlige Freiheit des Marktes. Das ist gar nicht „wirtschaftsfeindlich“, aber die Unternehmerverbände werden es öffentlich so verkaufen. Was geschieht denn, wenn sich die Lobby der Arbeitgeber dagegen wehrt, öffentliche Aufträge nur an frauenfreundliche Unternehmen zu vergeben? Dann ist Schröder auf der Seite der Unternehmer, Bergmann fügt sich und die Frauen haben mal wieder das Nachsehen! Deshalb brauchen wir – nicht nur im Frauenbereich – eine Person, die wieder gesellschaftliche Debatten anstößt. Wir brauchen eine Kampagne zum Beispiel zum Thema „Anders arbeiten – Anders leben“! In Berlin werben die Stadtwerke mit einer Kampagne darum, daß die Stadt sauberer wird. Da wird Leuten, die überall ihren Müll hinschmeißen an jeder Straßenecke ein schlechtes Gewissen gemacht. Eines hat die Kampagne schon jetzt geschafft: Es wird Stimmung gemacht, es wird überall darüber diskutiert, Leute müssen sich positionieren. So was könnte ich mir auch im Frauenbereich vorstellen!

**spw:** Die Frauenpolitik soll also kampagnenfähig werden, offensive Medienarbeit machen. Gut und schön, aber auch die schöne, neue Medienwelt ist eine Männerwelt. Nicht zuletzt deshalb, weil viele dieser „kreativen“ Medienberufe sehr dereguliert und damit familienunfreundlich sind.

**Melanie:** Aber es gibt doch auch im Medien- und PR-Bereich immer mehr Frauennetzwerke! Die müssen wir nutzen. Auch die klassische Produktwerbung ist in den letzten Jahren frauenfreundlicher geworden. Da gibt es zum Beispiel einen Werbespot für ein Auto, wo es heißt „Der heutige Manager arbeitet viel, wird respektiert, hält sich fit, hat im Durchschnitt zwei Kinder ... und einen Mann!“ Solche witzig-ironischen Spots könnte man hervorragend in eine Kampagne des Frauenministeriums einbauen. Begleitet von regionalen Veranstaltungen, unterstützt von Bündnispartnern, exklusiv von einem großen Medienkonzern gesponsert... Das wäre doch alles denkbar! Nur: die Glaubwürdigkeits-Lücke bleibt, wenn unser Bundeskanzler selbst nicht danach lebt.

**spw:** Gesellschaftliche Debatten können nicht nur durch die Regierung angestoßen werden. Auch von anderen Frauenorganisationen hören wir herzlich wenig. Wo bleibt der Druck der Frauenbewegung auf die Bundesregierung?

**Melanie:** Die Frauenbewegung als Massenbewegung und die ganz großen Bündnisse sehe ich nicht. Realistischer sind kleine Netzwerke, die in die Gesellschaft hineinstrahlen. Männer praktizieren das ja schon seit Jahrhunderten: „Old-Boys-Networks“, wo es um materielle Interessen und Macht geht. Bei den Frauennetzwerken, in denen ich mitarbeite, ist das alles weniger zielstrebig. Die gegenseitige emotionale Unterstützung wird zwar groß geschrieben. Aber mir fehlt die Aggressivität und gemeinsame Definition von Zielen! In beruflichen Netzwerken beklagen sich Frauen eher darüber, daß sie sich im Betrieb sexuell belästigt fühlen, anstatt sich über handfeste Jobwechsel zu verständigen.

**spw:** Es gibt also noch viel zu tun! Wir wünschen Euch, daß Ihr in Eurem politischen und privatem Umfeld Eure Kampfeslust nicht verliert, und danken Euch für dieses Gespräch.

spw

“Die Frauenbewegung als Massenbewegung und die ganz großen Bündnisse sehe ich nicht. Realistischer sind machtorientierte Netzwerke, die in die Gesellschaft hineinstrahlen!”

(Melanie)

## Bundesweiter Studentischer Adressreader



**Anschriften  
Telefon  
Fax Mail  
Internet  
Öffnungszeiten  
Kontaktpersonen**

**Schreibtischversion (DIN A4)  
DM 15 zzgl. Porto & Versand**

**Pocketversion (DIN A6)  
DM 11 zzgl. Porto & Versand**

**Diskette  
DM 55 für Studi-Vertretungen  
(für andere DM 75),  
zzgl. Porto & Versand**

**Sabine Kiel  
☎ & 📠 05102 / 5108**

**Wolfgang Schlieker  
☎ & 📠 0511 / 17300**

ASten ■ USten ■ StuRas  
■ BuFaTas ■ LAKs ■  
Hochschulgruppen ■  
Studentische Initiativen ■  
Studentische Zeitungen  
■ SchülerInnenver-  
tretungen ■ Hochschulen  
■ Studentenwerke ■  
Bildungsministerien ■  
Wissenschaftsorganisat-  
ionen ■ Stiftungen ■ Ge-  
werkschaften ■ Parteien  
■ Landtage & Fraktionen  
■ Bundesregierung ■  
Bundestag ■ Parteien ■  
Politische Gruppen ■  
Presseagenturen ■  
Medien ■ Europäische  
Verbände ■ Europäi-  
sches Parlament ■  
Europäische Union

Bezug über:

AG Adressreader  
ASTa Universität Hannover  
Welfengarten 1  
30167 Hannover  
☎ 0511 / 762 5061  
📠 0511 / 717441

# Frauen Netzwerke – Facettenreiche Geflechte

von Petra Frerichs und Heike Franzke\*

## Was sind und was leisten (Frauen-)Netzwerke?

Netzwerke sind in aller Munde, und die Rede von ihnen hat auch eine modische Konnotation. Gleichwohl – und das soll am Beispiel von Frauen Netzwerken verdeutlicht werden – ist „etwas dran“ an diesen Gebilden, sie sind soziologisch interessant und politisch relevant. Um nun nicht jedes soziale Handeln und jede Kooperation und Kommunikation als Netzwerk zu bezeichnen, wird hier in Anlehnung an Arthur Benz unter Netzwerken verstanden: „relativ dauerhafte, nicht formal organisierte, durch wechselseitige Abhängigkeiten, gemeinsame Verhaltenserwartungen und Orientierungen sowie Vertrauensbeziehungen stabilisierte Kommunikationsstrukturen zwischen Individuen oder Organisationen, die dem Informationsaustausch, der kooperativen Produktion eines Kollektivguts oder der gemeinsamen Interessenformulierung dienen“ (Benz 1995: 194).

Das empirische Vorkommen und die vielfältige Verbreitung von Netzwerken – ob organisationale oder soziale, berufsbezogene oder politische, Männer- oder Frauen Netzwerke – steht im Zusammenhang mit strukturellen Wandlungsprozessen, die heute mit dem Begriff der „Globalisierung“ gefaßt werden und denen nachgesagt wird, daß sie zur Entgrenzung der Räume und zur Veränderung der Raum-Zeit-Verhältnisse beitragen. Hier scheinen Netzwerke die Funktion von Überbrückung und z.T. neuartiger Verknüpfung zu haben, die es den Akteuren erlaubt, auch

über (nicht nur geographische) Grenzen hinweg zu kooperieren und zu kommunizieren. Netzwerken wird zudem eine sozialintegrative Funktion zugesprochen, die sie in die Nähe, aber auch in Konkurrenz zu anderen Formen der Vergemeinschaftung (in Vereinen und Verbänden, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften)

rückt. Als Kehrseite dieser Integrationsfunktion stellen sich allerdings aufgrund spezifischer Zugangsvoraussetzungen potentiell Schließungseffekte ein, die Netzwerke bisweilen implizit oder explizit zu einer geschlossenen Veranstaltung machen: Nur wer bereits über Ressourcen verfügt und etwas einbringen kann, ist integriert und kann Nutzen daraus ziehen.

Frauen Netzwerke haben nun die Spezifik, daß sie über die genannten Merkmale hinaus das Kriterium „Ge-

schlecht“ (hier also das weibliche) als erste Zugangsvoraussetzung definieren; damit sind Angehörige eines anderen als des weiblichen Geschlechts eo ipso ausgeschlossen. Eine zweite Spezifik ist, daß Frauen Netzwerke strukturell an Benachteiligungen ansetzen – hier vergleichbar mit ethniespezifischen Netzwerken. Beide Spezifika sind miteinander verknüpft und münden in ein drittes Charakteristikum: Frauen Netzwerke transportieren ein frauenpolitisches Anliegen; wie weit oder eng, traditionell oder modern, institutionell oder autonom dies auch immer zu verstehen ist: Sie stellen eine Organisationsform von Fraueninteressen jenseits formaler Organisationen dar; sie konstituieren sich quer zu Organisationen und Institutionen; ihre Wirkung reicht allerdings in diese hinein. Außerdem agieren Frauen Netzwerke (wie andere Netzwerke auch) häufig lokal und auf der Handlungsebene, während sich ihre Wirkung überregional bis international und auf der strukturellen Ebene festmachen läßt.

Diese Vernetzung hat im Sinne einer „zeitgemäße(n) Variante politischer Einmischungsstrategie“ (Omran 1995: 133) einen hohen Stellenwert für die Frauenpolitik. Nach Eva Kreisky und Birgit Sauer (1999: 17) erfüllt sie dabei folgende Funktionen:

1. Frauenpolitische Forderungen in zahlreichen Organisationen abzusichern, 2. ein Korrektiv gegen Vereinnahmungsstrategien zu sein, 3. Grenzüberschreitungen von festgefügtten Politikvorstellungen zu ermöglichen, 4. Foren des Interessenausgleichs zwischen unterschiedlichen Frauengruppen bereitzustellen und 5. eine entlastende Funktion für die institutionalisierte Frauenpolitik zu haben.

Frauen Netzwerke werden damit keinesfalls als Ersatz für die institutionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik angesehen, sondern als ein Weg, das innovative Potential dieser Institutionen auszuschöpfen und die Durchsetzungschancen von frauenspezifischen Interessen im politischen Felde zu erhöhen.

## Empirische Verbreitung von Frauen Netzwerken – bundesweit und in der Kölner Region

Im folgenden wird auf die empirische Verbreitung und die Differenzierung von Frauen Netzwerken als Gegenstand eines Forschungsprojekts eingegangen.<sup>1</sup> Geht man differenzlos dem Phänomen nach und sammelt alle möglichen Zusammenschlüsse von Frauen, einschließlich institutioneller Verbindungen, wie auf der CD-Rom „Frauen netze 98/99“ (Dickel/Brauckmann 1998) geschehen<sup>2</sup>, so ist von der erstaunlich hohen Zahl von 5.000 Frauen Netzwerken auszugehen. Den Gegenstandsbereich eingrenzend, bspw. auf die erwerbsnahen, berufsbezogenen (einschließlich der berufsübergreifenden und politischen), sind über 300 Frauen Netzwerke zu zählen. Auch hinter dieser Zahl verbirgt sich Mannigfaltiges und Disparates wie bspw. die „Journalistinnen-Initiative Ost“ oder der Verein „Huren wehren sich gemeinsam“.

Bereits im bundesweiten Überblick hatte sich gezeigt, daß Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit allen übrigen Bundesländern der absolute Spitzenreiter für die Verbreitung von Frauen Netzwerken ist. Das scheint seinen Grund vor allem in der institutionalisierten Frauenpolitik (Gleichstellungsgesetz, Gleichstellungs- und Regionalstellen etc.) zu haben, die in NRW seit ca. 17 Jahren verankert ist, und die in den einzelnen Regionen, insbesondere in den größeren Städten, zahlreiche frauenpolitische Initiativen angestoßen und gefördert hat.

Am Beispiel der Kölner Region soll nun die Frauen Netzwerk-Szene näher betrachtet werden. Hier sind wir

Frauen Netzwerke werden keinesfalls als Ersatz für die institutionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik angesehen, sondern als ein Weg, das innovative Potential dieser Institutionen auszuschöpfen.

\* Dr. Petra Frerichs und Dipl.-Soz. Heike Franzke arbeiten am ISO (Institut zur Erforschung sozialer Chancen) in Köln; Arbeitsschwerpunkte sind Arbeits- und Organisationssoziologie, Frauen- und soziale Ungleichheitsforschung.

bisher auf ca. 60 berufsbezogenen und politische Frauennetzwerke gestoßen.

Diese Zusammenschlüsse differenzieren sich zu etwa gleichen Anteilen in Selbständigen- und Akademikerinnen-Netzwerke (inklusive der Beratungsnetzwerke), politische Frauennetzwerke und Frauenverbände. Demgegenüber sind die zur autonomen Szene gehörigen Selbsthilfe- und Migrantinnen-Netzwerke zahlenmäßig schwächer vertreten. Die Berufs- und Traditionsverbände mit zur Szene zu rechnen, ist zwar nicht selbstverständlich (schließlich weisen Verbände formale Strukturen auf, haben ein anderes Selbstverständnis und verfolgen zum Teil andere Ziele als „moderne“ Netzwerke). Da sich viele Frauenverbände allerdings infolge der Frauenbewegung thematisch geöffnet haben und inzwischen auch netzwerkförmig arbeiten, ist es sinnvoll, sie hier mitzuzählen. In Köln gibt es zudem – vergleichbar dem Deutschen Frauenrat auf Bundesebene – den „Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen“, eine regionalspezifische Dachorganisation mit zur Zeit 38 Mitgliedsverbänden, die auf eine Tradition bis in die Anfänge der ersten Frauenbewegung verweisen kann und heute eine nicht unwichtige frauenpolitische Rolle in der Region spielt.

Aber auch die „eigentlichen“ Netzwerke weisen allermeist ein Minimum an Formalstruktur in Gestalt der Rechtsform des eingetragenen Verein auf; diese bietet ihnen die Möglichkeit, bei entsprechenden Ressourcen eine Geschäftsstelle einzurichten und damit über einen Ort und festgelegte Zeiten für Kommunikation und Information der Mitfrauen und Interessierten zu verfügen. Die personelle Besetzung solcher Geschäftsstellen wird meist mit ABM- oder BSHG-Stellen abgedeckt. Existiert keine Geschäftsstelle, so liegt die Organisationsarbeit bei den Vorstandsfrauen auf Basis ehrenamtlicher Tätigkeit, häufig unter Nutzung von Ressourcen, die informell von der eigenen beruflichen Position abgezweigt werden. Der Wirkungsgrad von Frauennetzwerken hängt oft vom Engagement einzelner Personen ab, vor allem von Frauen, die bei gegebener Vereinsstruktur im Vorstand sind oder den Vorsitz innehaben.

### Gemeinsamkeiten und Spezifika

Eine erste auffällige Charakteristik liegt in der Reziprozitätsnorm von Handeln, d.h. ein wechselseitiges Geben und Nehmen. Die meisten Interviewten sprechen diesbezüglich von einem „Muß“, d.h. nur wer bereit ist zu geben, kann auch nehmen; Personen, die entweder nur nehmen oder nur geben, scheitern. Die so verstandene Handlungsnorm der Reziprozität verträgt sich mit dem Eigeninteresse insofern, als das Kosten-Nutzen-Kalkül nicht nur individuell, sondern auch kollektiv austariert wird; wer nur auf das Eigeninteresse bedacht ist, fällt über kurz oder lang heraus, wer sich jedoch an der Herstellung des Kollektivguts (in Form von Kontakten, Beziehungen, Informationen, Ansehen u.a.m.) beteiligt, darf daraus ganz unverblümt auch ihren individuellen Nutzen ziehen.

Die beiden Extrempole der Handlungsorientierung lassen sich mit „strategischem networking“ als bewußtem, kühlem Nutzen-Kalkül auf der einen und mütterlicher Fürsorge auf der anderen Seite umschreiben; dazwischen liegen verschiedene Formen der Solidarität bzw. des Gebens und Nehmens.

Das Durchschnittsalter der Frauen in den verschiedenen Netzwerken liegt mit ca. 35 Jahren im mittleren Bereich; es gibt eher ältere Frauen als ganz junge unter den Mitfrauen. Allem Anschein nach hat das etwas mit Verfügung über Ressourcen zu tun, wozu es i.d.R. mindestens eines beruflichen Abschlusses und auch einer gewissen Lebenserfah-



ung bedarf. Damit ist aber noch nichts über die mögliche Attraktivität von Netzwerken für jüngere Frauen gesagt. Es liegt die Vermutung nahe, daß diese aufgrund größerer Offenheit und Flexibilität jüngere Frauen eher ansprechen als traditionelle Organisationen, und es gibt Hinweise darauf, daß z.B. Frauenverbände ihre Nachwuchsprobleme mittels projekt- oder netzwerkförmiger Arbeitsweisen zu bewältigen versuchen.

Wenn die Verbindungen mit dem Netz einmal stehen, können die Kontakte auch seltener werden; sie brechen deshalb nicht ab, können vielmehr auch nach Jahren aktiviert werden.

Nicht alle sind gleich im Netzwerk; es gibt Knotenpunkte, die sich von anderen dadurch unterscheiden, daß sie über mehr Ressourcen insbesondere in Form von „sozialem Kapital“ verfügen: Viele zu kennen und von vielen gekannt zu werden, sich in unterschiedlichen Kreisen zu bewegen, selber Netze aufzubauen, sich öffentlich zu präsentieren, mobil, kontaktfreudig und flexibel zu sein – das zählt zu den persönlichen Voraussetzungen von networking als Staterwerb bzw. als Knotenpunkt. Vernetzung schafft Status und einen persönlichen Zugewinn an Macht und Respektabilität.

Ein Knotenpunkt zu sein, setzt nicht zwangsläufig Hierarchie voraus, wohl aber Differenz und Ungleichheit. Informationen werden ausgetauscht, aber nicht allen wird alles gesagt. Informationen sind eine politische Ressource, um die auch gekämpft und konkurriert wird.

### Vernetzung mit anderen heißt nicht Vernetzung mit allen

Die Frauennetzwerke weisen je nach Zielsetzung, feldspezifischer Ausbreitung und Ressourcenausstattung nun zum Teil erhebliche Differenzen auf, die sich auch an den jeweils favorisierten Mitfrauen, der eigenen Vernetzung in der Region und der Beschaffenheit der Beziehungen zu anderen Netzwerken und Organisationen abzeichnen. Wer mit

Wer im Netzwerk nur auf das Eigeninteresse bedacht ist, fällt über kurz oder lang heraus, wer sich jedoch an der Herstellung des Kollektivguts beteiligt, darf daraus ganz unverblümt auch ihren individuellen Nutzen ziehen.



wem in der Region Beziehungen unterhält und welcher Art diese Kontakte sind, soll nun näher betrachtet werden.

Auf der Seite der Traditions- und Berufsverbände zeigt sich, daß beispielsweise der „Verband deutscher Unternehmerinnen e.V.“ (VdU) ein relativ unverbundenes Segment im Kontext der regionalen Frauennetzwerke bildet. Das hat seinen Grund darin, daß sich der Verband primär als Wirtschafts- und nicht als Frauenverband versteht; von daher bestehen intensive Beziehungen zu den mächtigen Wirtschaftsverbänden (wie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Bundesverband der Deutschen Industrie oder der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer), die bekanntlich fest in männlicher Hand sind. Demgegenüber sind die Kontakte etwa zur Kommunalstelle „Frau und Wirtschaft“ marginal (der Verband ist hier lediglich im Verteiler). Andererseits ist der VdU

Mitglied des „Femmes Chefs d'Entreprises Mondiales“ für Deutschland, einem internationalen Netzwerk von Unternehmerinnen, für das Status und Geschlecht gleichermaßen konstitutive Zugangsvoraussetzungen bilden.

Ist der Kreis beim VdU aufgrund des Primats von Wirtschaftsbeziehungen hier relativ geschlossen, so zeigt sich am Beispiel des „Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen“ ein ganz anderes Bild. Dieser hält sowohl die Traditionsverbände wie bspw. den „Deutschen Hausfrauenbund“, diverse Berufsverbände als auch Frauengruppen in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen zusammen und pflegt obendrein Beziehungen zur kommunalen Frauenpolitik. Neuerdings wird auch versucht, sich in Richtung der autonomen Frauen-Gruppierungen zu öffnen und diese als Mitglieder zu gewinnen.

Bei den berufsbezogenen und -übergreifenden Frauennetzwerken im engeren Sinn, also den Netzwerken der Selbständigen, Freiberuflerinnen, Frauen in naturwissenschaftlich-technischen oder künstlerischen oder Medienberufen, zeigen sich wiederum Tendenzen, unter sich zu bleiben. Nehmen wir als Beispiel die „Amigas e.V.“, die sich als politische Interessenvertretung von lesbischen Freiberuflerinnen und Unternehmerinnen und ineins als berufs-

übergreifendes Netzwerk verstehen. Sie pflegen drei Arten von Beziehungen – zum einen genuine Beziehungen zur schwul-lesbischen Szene (zum Kölner Lesben- und Schwulentag ebenso wie zu den Gay Managern), zum anderen zu den „Schönen Aussichten“ (als feministische Interessengemeinschaft für Frauenbetriebe und -projekte) und schließlich zur kommunalen Frauenpolitik (wegen der frauenpolitischen Connections, aber auch wegen der öffentlichen Anerkennung). Keine Kontakte gibt es beispielsweise zum VdU, weil bei den Amigas die sexuelle Orientierung gleichgewichtig mit dem beruflichen Status gesehen wird und nur beides zusammen den Zugang zu diesem Netzwerk gewährt.

Im Feld der autonomen Frauenprojekte und Migrantinnen-Netze wiederholt sich das Bild relativer Abgeschlossenheit. Hier gibt es im wesentlichen Beziehungen untereinander – so bildet der Verein „Frauen gegen Erwerbslosigkeit“ ein fünfblättriges Kleeblatt mit weiteren autonomen Frauenprojekten in Sachen der Finanzierung; oder das „Bunte Frauennetzwerk“, das selbst eine Dachorganisation von MigrantInnenvereinigungen bildet; beide unterhalten strategische Beziehungen zum Frauenamt (wegen der Finanzierung) und zur Kommunalstelle; die Beziehungen zum Frauenbeauftragten des Kölner Arbeitsamtes werden demgegenüber aus Gründen der Information und im Interesse der Vermittlung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen unterhalten.

Im Zentrum von allen steht die kommunale Frauenpolitik in Gestalt des Kölner Frauenamtes und der Kommunalstelle „Frau und Wirtschaft“; beide sind Trägerinnen von Kontakten in (fast) alle Richtungen. Das Frauenamt, angesiedelt beim Oberstadtdirektor, seit 1982 existent, mit der dienstältesten kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Bundesrepublik, sieht seine Aufgabe darin, den „Feminismus in die Behörden zu tragen“ und die Hierarchie für die eigene Sache zu nutzen („Klüngeln“ gehört zum Geschäft). Neben den Vereinen „Frauen helfen Frauen“, dem „Mädchenhaus“ und den „Beginen“ hat das Frauenamt 1994 das „Expertinnen Beratungsnetz“ ins Leben gerufen; dieses als „Renommierprojekt der Stadt Köln“ angesehene Netz richtet sich an gut ausgebildete Frauen, die von Expertinnen in Fragen der Karriereplanung, bei Existenzgründung und ähnlichem beraten werden. Solche Expertinnen sind erfolgreiche Frauen, die es „geschafft haben“; sie werden insbesondere in den Verbänden rekrutiert, so daß hier rege Kontakte und Austauschbeziehungen zur Traditionsseite hin bestehen. Über diese tendenziell elitären Beziehungen hinaus bestehen aber auch Kontakte etwa zum „Verein berufstätiger Mütter e.V.“, zu diversen Frauenbeauftragten (die auch Expertinnen stellen), zum „Kölner Forum Beratung für Existenzgründerinnen“ oder auch zu den „Amigas“.

### Frauennetzwerke: Ergebnis und Ziel der größeren Teilhabe von Frauen

Das eindrucksvolle Geflecht an Beziehungen und Vernetzungen unter den Frauennetzwerken in Köln differenziert sich also deutlich aus. Die Unterschiede basieren auf Differenzen bei der Verfügung über Ressourcen ebenso wie auf Interessendivergenzen, verschiedenen Orientierungen und Zielsetzungen. Damit einher gehen soziale Schließungsmechanismen, die darauf verweisen, daß zwar erste Zugangsvoraussetzung zu Frauennetzwerken das weibliche Geschlecht ist, allerdings Frau nicht gleich Frau ist, weil die jeweilige Verfügung über soziales und kulturelles Kapital (Bourdieu 1992) in Form von bereits bestehenden Kontak-

Es liegt die Vermutung nahe, daß Frauennetzwerke aufgrund größerer Offenheit und Flexibilität jüngere Frauen eher ansprechen als traditionelle Organisationen.

ten und Beziehungen sowie von Bildungs- und Berufsabschlüssen oder Positionstiteln nicht weit hinter der Zugangsbedingung Geschlecht rangiert.

Auch die Beziehungsarten sind different: Ein und dasselbe Netzwerk kann genuin-gewachsene ebenso wie neue Kontakte, strategische ebenso wie solidarisch-vertrauensbasierte Beziehungen unterhalten; die Art der Beziehungen sind interessegeleitet und entscheiden sich adressaten-spezifisch.

Daß die kommunale Frauenpolitik im Zentrum der Vernetzung steht, ist kaum verwunderlich, denn qua Institutionalisierung verfügt sie zugleich über relativ gesicherte Ressourcen (in Form von 15 Planstellen, Räumlichkeiten, eines Etats, gewissen Kompetenzen und gewachsenen Kontakten etc.).

Was schließlich bemerkenswert ist: Trotz der aufgezeigten Differenzen gibt es doch so manche Berührungspunkte und Brückenschläge z.B. zwischen traditionellen Verbänden und modernen Netzwerken oder autonomen Gruppierungen; hier spielt die institutionalisierte Frauenpolitik häufig eine Mittlerrolle, indem sie die verschiedensten Netzwerke etwa bei größeren Aktionen einbezieht. Es scheint so etwas wie einen frauenpolitischen Minimalkon-sens zu geben, der zwar immer erst wieder hergestellt werden muß, auf den aber in bestimmten Situationen zurückgegriffen werden kann – auch wenn im Alltag die Gräben zwischen arm und reich, jung und alt, etabliert und alternativ, konservativ und autonom tief sind. Frauennetzwerke scheinen im übrigen auch die Polarisierung von Autonomie und Institution zu unterlaufen, wodurch sie sich flexibel Vorteile verschaffen können. Last not least hat sich gezeigt, daß Frauen nicht mehr nur auf einem Feld verortet werden

können, sondern in allen Feldern des sozialen Raums präsent und vernetzt sind; die Voraussetzungen dafür scheinen sie gerade aufgrund von Vernetzung mehr denn je zu erfüllen.

spw

**Literatur**

Benz, Arthur (1995): Politiknetzwerke in der horizontalen Politikverflechtung, in: Dorothea Jansen, Klaus Schubert (Hg.): Netzwerke und Politikproduktion, Marburg, S. 185-204  
 Bourdieu, Pierre (1992): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In Ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hrsg. Margareta Steinrück, Hamburg, S. 49-79  
 Dickel, Helga/ Carolina Brauckmann (1998): Frauen Netze 98/99. Die media, Köln  
 Franzke, Heike/Petra Frerichs (1998): Die Netze der Frauen – eine Quantité négligeable? In: Zeitschrift für Frauenforschung, 16 (1998), H. 4, S. 90-104  
 Kreisky, Eva/ Birgit Sauer (1999): Feminismus oder Staat: Frauenpolitik zwischen Skylla und Charybdis? In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 28 (1999), H. 1, S. 7-20  
 Omran, Susanne (1995): Bewegung im historischen Wandel. Aktuelle Politik- und Mobilisierungsstrategien von Frauen, Pfaffenweiler

Frauennetzwerke unterlaufen die Polarisierung von Autonomie und Institution, weil Frauen nicht mehr nur auf einem Feld verortet werden können, sondern in allen Feldern des sozialen Raums präsent und vernetzt sind.

**1. Neuer Aufbruch für eine andere Politik und die neue Mitte**

Vor der Bundestagswahl erblickte eine neue kleine politische Initiative das Licht der Öffentlichkeit: „Frauen wollen eine andere Politik“ hieß es, und die Unterzeichnerinnen wie einige, noch nicht besonders zahlreiche Unterzeichner sprachen sich „für einen neuen Gesellschaftsvertrag“ aus. Nach der Wahl war von der Initiative nichts mehr zu hören, obwohl so manche Beteiligte sich dagegen verwahrt hatte, allein Wahlwerbung für Rot-Grün zu machen. Gleichwohl – das einstweilige Versanden der Initiative war aus politischen und finanziellen Gründen so absehbar, wie es bedauerlich ist. Die Wege trennen sich zwischen einem neuen Aufbruch *unter* Gerhard Schröder und einem Aufbruch *über ihn hinaus*. Die Sache selbst hat sich nicht erübrigt, im Gegenteil, und die Partner und Partnerinnen müssen sich neu finden.

Mit der „neuen Mitte“, die sich ja nun nach und nach entpuppt, ist „Frauenpolitik“ nicht zu einer neuen Gesellschaftspolitik erweitert, sondern auf neue Wirtschaftspolitik, die die beschleunigte alte ist, verengt worden. Sie steigert die Instrumentalisierung, Vereinnahmung und Ökonomisierung (nicht nur) der „Frauenfrage“. Ihre Politik mag innovativ sein, jedoch nicht unter demokratischen, sondern unter autoritären Vorzeichen. Damit macht die „neue Mitte“ Frauenpolitik zu einer Nebensache von Nebensachen vor der Hauptsache Ökonomie und kehrt sich diese am Ende doch gegen „mehr Gleichberechtigung“. Sie bie-

# Zeit für den neuen Gesellschaftsvertrag!

von Mechtild Jansen\*

tet keine Lösung für die zentralen gesellschaftlichen Probleme, in deren Zentrum noch immer das ungleiche Verhältnis zwischen den Geschlechtern steht.<sup>1</sup>

Damit wird das Projekt eines neuen Gesellschaftsvertrages nur umso einsichtiger. Es geht darum, über den letzten Stand der Dinge wieder hinauszukommen: Nachdem Frauen sich mehr Macht und Rechte erkämpft hatten, setzte eine neue Leistungssteigerung, Regression und Repression im Rahmen bisheriger sozialer, politischer und gesellschaftlicher Muster, Strukturen und Hierarchien ein, während nichts Neues geschaffen wurde. Diese Entwicklung

\* Mechtild Jansen, Köln, Sozialwissenschaftlerin und freie Publizistin



wirkte sich für Frauen wie Männer bitter und vor allem spaltend aus. Sie geschah unter weitgehender Zustimmung von Frauen, die meinten, so weiterzukommen, und von Männern, die meinten, so die Ansprüche der Frauen abwehren zu können. Die neue Mitte verspricht unausgesprochen, das Ganze einmal mehr zu „vervollkommen“ und verrät damit unwissentlich nur das Ende dieses politischen Lateins. So wird nun doch eine grundlegende gesellschaftliche Neuordnung unvermeidlich und bei ihr wird es wieder um „rechts“ oder „links“, neuautoritär oder neudemokratisch, gehen.

Die Frauenbewegung war Teil des Problems geworden. Wenn sie bis auf weiteres nicht restlos vergehen will, muß sie sich besinnen und die verharrenden Männer erneut herausfordern, indem sie *vormacht*, wie es *anders* gehen kann, und damit andere interessierte Frauen wie Männer einlädt teilzunehmen. Das politische Kleinklein wäre abzuwerfen und kollektiv neue große Politik zu machen.<sup>2</sup>

## 2. Das Ende der Frauenpolitik (als Sonderpolitik) – der Anfang von neuer Gesellschaftspolitik

Die Frauenbewegung, sofern sie auf ihren emanzipatorischen Traditionen aufbauen will, befindet sich in einem riesigen historischen Verzug und Rückstand. Die politische Initiative liegt heute beim „neuen Mann“.

Mit der „neuen Mitte“ ist „Frauenpolitik“ nicht zu einer neuen Gesellschaftspolitik erweitert, sondern auf neue Wirtschaftspolitik, die die beschleunigte alte ist, verengt worden.

Dieser arbeitet umgekehrt gepolt zu den Intentionen der Frauenbewegung und er hat die neue Frau für sich eingekauft. Gelingt es nicht, sich wieder an die Spitze der

Bewegung zu stellen, so wird das nächste Jahrhundert eher schön-düster als besonders „weiblich“, wie so oft ideologisch besungen, beginnen. Was muß anders werden?

Entweder machen heute (oft nur noch einstmals oder verzweifelt) bewegte Frauen fast das gleiche wie die führenden Männer (und bleiben doch zweite Klasse) oder sie

machen weiter brave „Frauenpolitik“ in den von Männern nach langen Kämpfen freundlicherweise eingerichteten Sonderzonen (siehe dieses spw-Extraheft). Die einen verzichten abseits der weiblichen Akteurinnen gänzlich auf Frauenpolitik. Die anderen betreiben Frauenpolitik als eine Sonderpolitik, die ihrerseits definitiv ausgedient hat. Ihre Möglichkeiten sind ausgereizt, ihre Rahmenbedingungen sind unterhöhlt oder schon gar nicht mehr vorhanden. Es hätte vielmehr eine neue Gesellschaftspolitik zu beginnen.

Die Frauenbewegung hat es in den letzten eininhalb Jahrzehnten nicht geschafft, für das „Ganze“ neue Lösungen zu finden und politisch zu befördern. Das herkömmliche „Ganze“ ist nicht dafür gebaut, daß es in ihm Gleichberechtigung gibt. Seine Stabilität beruhte auf Überordnung und Unterordnung. Die Frauenbewegung ist zuletzt – mehr als daß sie aktiv zurückgedrängt worden wäre – in einer Anpassungspolitik steckengeblieben, indem sie versucht hat, Frauen(anliegen) für das Vorgefundene, die traditionellen Domänen des Mannes, an denen sie völlig zurecht teilhaben wollen, paßgerecht zu machen. Genau das ist Ausdruck des fortgesetzten Sonderstatus von Frauenpolitik und einer besonderen Frauenpolitik, mit der Frauen wieder in der Falle dessen enden, was als solches gerade auf die inferiore Position der Frau in der Gesellschaft verweist. Erst wenn die Frauenbewegung aus dieser Frauenpolitik nur als Frauenpolitik wieder einen Schritt heraustritt und den Blick öffnet für alles, was diese Frauenpolitik bestimmt und dies beeinflusst, erst dann ist Anpassungspolitik wieder zu überwinden und eine neue Offensive möglich.

Unter dem Druck dieser Anpassungspolitik reagieren „die“ Männer oft (selbst-)destruktiv und „die“ Frauen wissen oft mit ihrer gewonnenen Freiheit nichts Neues anzufangen. Die Anliegen der Frauenbewegung sind jedoch nicht erledigt, im Gegenteil, sie sind allgemeiner denn je geworden. Erledigt wären sie nur, wenn soziale Spaltung nach Geschlecht aufgehoben und so die Keimzelle sozialer Herrschaft zu einer Keimzelle von Gleichberechtigung geworden wäre, wenn bürgerliche Gleichstellung ausgeweitet und sozialer Ausgleich erweitert worden wäre und nicht umgekehrt das Gegenteil all dessen geschähe. Die Frauenfrage ist heute auf erweiterte und neue Weise eine soziale Frage, eine Gesellschaftsfrage und eine Männerfrage. Die Frauenbewegung muß eine Antwort auf das Problem geben, daß die vorhandene Gesellschaft Emanzipation der Frau nur nach dem (gesteigerten) Maß und der Art der Männer erlaubt und dabei suggeriert, Emanzipation sei, wenn Frauen die Rolle der traditionellen Frau und des traditionellen Mannes gleichzeitig spielen dürfen, während für Männer grundsätzlich alles beim Alten bleibt. Sie muß ein *neues inhaltliches Maß* für „gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ durchsetzen. Es wäre demokratisch zu definieren, wie die Verhältnisse unter der Maßgabe derer, die die *Gleichheit und Freiheit für die Geschlechter* verwirklichen wollen, künftig aussehen sollen. Im einzelnen wäre neu zu definieren, was privat, was öffentlich ist, wie Arbeit und Leben, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik künftig verstanden und organisiert werden. Die politische Aufgabe liegt in einer *Demokratisierung aller gesellschaftlichen Beziehungen von der Basis an und für Beziehungen auf Wechselseitigkeit*, zu der der soziale Wandel die Chance bietet. Diese Demokratisierung ist eine Schlüsselfrage für den Feminismus und eine aufgeklärte, emanzipatorische Gesellschaft. Und für ihre Verwirklichung spielen Frauen eine Schlüsselrolle.

Die Frauenbewegung hätte deshalb nun gesellschaftliche Strukturen zu schaffen, die in Arbeit und Leben tat-



sächlich gleiche Grundlagen für Frauen und Männer schaffen und allgemein mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Produktivität bringen, also ein System, das halbe-halbe wirklich möglich macht und somit die Demokratie qualitativ erweitert, den Markt ökologisiert und sozialisiert sowie Menschenrechte theoretisch und praktisch fortschreibt. Emanzipatorische und egalitäre Politik wäre so neu zu beginnen, damit die Anliegen der Frauenbewegung nach Selbstbestimmung und Freiheit, Demokratie, Wohlergehen und Gerechtigkeit sich erfüllen und prinzipiell universal transformieren können.

### 3. Ein neuer Gesellschaftsvertrag, dessen Basis ein neuer Geschlechtervertrag ist, und weitere Elemente einer Neugründung der Demokratie

Einen Gesellschaftsvertrag wird man sich zunächst als republikanische Selbstverständigung vorstellen müssen. Er mag später auch Eingang in (Verfassungs-)Recht und Gesetz finden. Anders als der historische „contract social“, mit dem sich (nach Rousseau) die Menschen Rechtsgüter des individuellen Lebens und Eigentum durch einen Gesamtwillen garantieren ließen und den Staat als Rechtsstaat begründeten, muß er freiwillig durch Verständigung und Vertrag statt durch (direkte oder indirekte) Gewalt zustandekommen.

Seine wichtigsten Elemente liegen in folgendem:

1. Ein neuer Gesellschaftsvertrag wäre zuallererst, das ist seine Basis, ein neuer und zwar demokratischer Geschlechtervertrag, d.h. grundsätzlich nach dem Prinzip von „eins zu eins“ oder „halbe-halbe“ für alle Bereiche und wirklicher *Wahlfreiheit* für jede und jeden. Daraus ergeben sich entsprechende geschlechterspezifische und allgemeine Konsequenzen für alles andere. Diesem Geschlechtervertrag läge folglich die endliche offizielle Anerkennung des Geschlechterkonflikts und die Bereitschaft zu seiner demokratischen Lösung zugrunde.

2. Im Zentrum eines solchen neuen Gesellschaftsvertrages stünde die grundlegende Neugestaltung existenzsichernder Arbeit, deren Kern ein *neuer Arbeitsbegriff* ist, der alle Bestandteile gesellschaftlich notwendiger Arbeit erfaßt und zur Basis von Existenzsicherung macht. Dieser Arbeitsbegriff würde genau das umfassen, was die Frauenbewegung 20 Jahre zum Thema gemacht hat und nun allgemeingängig werden müßte. Auf diesem Weg würde nicht mehr nur die bisherige „produktive“ erwerbsförmige, sondern auch die „andere“, bisher unbezahlte, Frauen zugewiesene „reproduktive“ Arbeit zur Existenzsicherung beitragen und somit auch materiell neu bewertet. Der Begriff von „Leistung“ würde gemäß heutiger Anforderungen und unter Behebung indirekter Diskriminierung von Frauenarbeit definiert. Jedes Arbeitsmodell wäre individuell angelegt und würde eigenständig abgesichert. Im Durchschnitt könnte 25:25 Stunden pro Woche jeweils von der einen und der anderen Arbeit die neue bevorteilte Norm werden, in der sich das „halbe-halbe“ oder „eins zu eins“ Prinzip durchbuchstabiert. Der neue Arbeitsbegriff führt zu einer zwingenderweise kombinierten Neugestaltung von *Arbeit, Zeit und Geld, den Parametern*, in denen sich das Maß von Chancen, Macht und Freiheit im Leben messen.

Dieses Vorgehen wäre auch Teil einer allgemeinen demokratisch-sozialen Antwort auf Arbeitslosigkeit und neue Sklavenverhältnisse. Durch Arbeitszeitverkürzung und für traditionelle Haus-, ökologische und soziale Arbeit wären neue Arbeitsplätze zu schaffen, neben die für jede/n ein Teil unbezahlte reproduktive Arbeit und andere Eigenarbeit träte.

3. In der Folge dessen, wie auch aus allgemeinen Erwägungen heraus wäre der Sozialstaat neu zu konstruieren. Der uns bekannte Sozialstaat ist paternalistisch, nicht nur gegenüber Frauen, sondern gegenüber seinen Fürsorgeempfängern generell. Er müßte künftig auf mündigen BürgerInnen fußen, die mit den dafür notwendigen Minimum an unabhängigen Existenzrechten und Möglichkeiten zur Mündigkeit ausgestattet werden, auf dieser Basis jedoch auch selbstverantwortlich für deren sinnvolle Nutzung sind. Grundsicherung, Hilfen zur Selbsthilfe, für jede Person eigenständige Sozial- und Krankensicherung und Versorgung für den Notfall wären Bestandteile dessen, die ein Minimum an Eigentum verbürgern, das Voraussetzung ist, sich auf dem Markt bewegen zu können. Zugleich wären mit ihnen von unten her Dämme gegen Verarmung und Schranken gegen Armut gebaut.

4. Die Neugestaltung der Arbeit und die Neukonstruktion des Sozialstaates wären schon Bestandteil ergänzender Eigentumsbeteiligungen aller Wirtschaftenden und einer sozial, ökologisch und demokratisch nachhaltigen Wirtschaft. Sie wären jedoch auch auf neue Formen der Kapital- und Gewinnbeteiligung auszubauen. Alle Elemente gemeinsam würden die Art und Weise zu wirtschaften verändern und sie gingen mit einem neuen Konsum-, Lebens- und Tätigkeitsstil einher. (Weniger Geld gerechter verteilt würde wieder zu mehr. Mehr Zeit zu haben, würde das Leben in mancher Hinsicht billiger machen. Teilen machte so reich(er). Weniger Konsum wäre mehr Genuß und Qualität. Ökologischer, sozialer, demokratischer zu leben, wäre ungeteilter und anständiger und schöner.)

5. Zu einem neuen Gesellschaftsvertrag gehörten notwendigerweise auch neue Lebensformen. Der Staat honorierte nicht länger die Ehe oder eine andere bestimmte Lebensform, sie wären gleichgültig, sondern er honorierte Fürsorge-Arbeit an anderen und soziale Beziehungsstiftung. Neue „ganze“ Lebenshäuser – bezogen auf das gesamte Leben eines Individuums und auf sein jeweiliges gesamtes, in sich wechselhaftes Beziehungsgefüge – wären (statt der herkömmlichen patriarchalen Kleinfamilie) zu ermöglichen. Notwendigerweise würde damit neben dem völlig privaten Leben mit Kindern ein öffentliches Leben mit Kindern einhergehen und dies – wie ein öffentliches Schulwesen – ein öffentliches Kinderwesen voraussetzen.

6. Ferner wären ein neues (auf lebenslangem Lernen basierendes) Bildungssystem, ein neues Staatsbürgerschaftrecht und ein Einwanderungsgesetz ebenso Bestandteil eines neuen Gesellschaftsvertrags wie eine Grundrenovierung der Politik und ihrer Institutionen zugunsten etwa von mehr direktdemokratischer und partizipatorischer Beteiligung der Bürger.

Durch diese genannten Elemente zieht sich der rote Faden eines demokratischen Geschlechterverhältnisses. An ihm wird die Grundidee erkennbar, was es heißt, gleichberechtigte und auf Wechselseitigkeit beruhende Beziehungen zu etablieren; daß sie eine allgemeine Demokratisierung in einer global abhängigen, vernetzten Welt fördern; daß sie von unten her aufzubauen sind und dort ihr Fundament finden, zwischen Frau und Mann; und daß sie über den Begriff und die Gestaltung der Arbeit als Existenzsicherung und über die frei gewählten Formen von Abhängigkeit, die der Mensch in Gestalt seiner kollektiven Lebensfor-

Die Frauenbewegung hat es in den letzten eineinhalb Jahrzehnten nicht geschafft, für das „Ganze“ neue Lösungen zu finden und politisch zu befördern.



men bis hin zu den Beziehungen zwischen Privathaushalt, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft bzw. Politik eingeht, vermittelt sind. Wenn es keine Hierarchie zwischen den Geschlechtern gibt, läßt sich auch die Hierarchie zwischen Privathaushalten, Wirtschaft und Staat nicht wie bisher halten. Dann wird gleichzeitig auch eine andere, nämlich demokratisierte Ökonomie gestiftet, bei der die allgemeinen ökologischen und sozialen Kosten für das Funktionieren des Ganzen einberechnet und auch die Anteile an der Wohlstandsentwicklung gerechter geteilt sind. Dann wird der Sozialstaat von herrschaftlicher Fürsorge entschlackt, die Gesellschaft selbst wird strukturell sozialer, mit dem Paternalismus wird Vormundschaftlichkeit gegenüber dem Bürger und der Bürgerin, mit der Sonderpolitik die aufsichtsführende Schutzpolitik über Frauen u.a. minimiert. Dann wird in der Gesellschaft insgesamt eine Bewegung für mehr Gleichberechtigung und auf Wechselseitigkeit

Diese Demokratisierung ist eine Schlüsselfrage für den Feminismus und eine aufgeklärte, emanzipatorische Gesellschaft. Und für ihre Verwirklichung spielen Frauen eine Schlüsselrolle.

beruhende Beziehungen und für umfassende Demokratie freigelegt. Ausgestattet mit mehr Grundrechten würde (selbst-)verantwortliches Leben selbstbestimmter und freier. Emanzipation wäre produktiver, Selbstbestimmung brächte neue Freiheit. Mit diesen Projekten ließe sich auch die Politik wieder ins Recht setzen. Ein

solcher Gesellschaftsvertrag ist so das Projekt einer *Neugründung umfassender Demokratie*, die das gleiche Recht auch für die „Anderen“ sichert und ein neues Maß der Gleichheit und Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger findet.

#### 4. Paradigmenwechsel: Frauen machen Gesellschaftspolitik und suchen sich für diese ihre Bündnispartner

Ein solcher Weg implizierte, daß Frauenbewegungen und emanzipatorische Frauenpolitik sich für einen mehrfachen politischen Paradigmenwechsel entscheidet: Von der Frauenpolitik wäre zur demokratischen Geschlechterpolitik und mit ihr zu einer neuen Männerpolitik und einer anderen Gesellschaftspolitik überzugehen. Von der Vielfalt der Themen und Anliegen wäre zu einer Schwerpunktsetzung zu wechseln, die die Umgestaltung der Arbeit zu einem zentralen Focus macht. Jenseits politischen Protestes, jenseits von Forderungen an andere ginge es prioritär um eine eigene andere Praxis, darum, eine gesellschaftliche und po-

litische Pionierinnen-Arbeit zu beginnen. Es wäre schließlich ein wirkliches konkretes politisches Umsteuern zu bewerkstelligen. Das zusammengenommen bedeutete einen erneuten Anfang.

Auf diesem Weg würde „Frauenpolitik“ nicht aufgegeben, sie schritte aus sich heraus über sich hinaus. Wer Geschlechterspaltung ablehnt, ginge dann über zu einer Politik, die das „halbe-halbe“ oder „eins zu eins“ als allgemein demokratisches Prinzip realisieren will. Frauen machten also Gesellschaftspolitik. Sie schrieben Gleichstellungspolitik programmatisch und institutionell als demokratische Geschlechterpolitik, d.h. als Veränderung für Frauen und Männer sowie neue Generalperspektive über alle Politikfelder fort. Sie entwürfen aus ihrer Perspektive eine neue Männerpolitik, die den Mann aus seiner ausschließlichen Berufs-, Fürsorger- und Ernährerrolle entfesselt, um ihn wie sie Mensch sein zu lassen. Sie setzten die politische Veränderung „des Mannes“ auf die Tagesordnung, um das Dasein zwischen beiden zu teilen. Sie nähmen auf dieser Basis (gleichgesinnte) Männer mit ins Boot, um für eine neue Gesellschaftspolitik nach wirklich allgemeinen, für alle BürgerInnen gültigen Grundregeln zu suchen.

Die Frauenbewegung war zuletzt (endlich) auch beim Geld angekommen. Im gleichen Moment hat sie leider die Politik vergessen. Insofern war sie Spiegel der Gesellschaft, in der Ökonomie als einzige die Regelungshoheit übernommen hat. Vom Geld her wäre wieder in die andere Richtung zu gehen, in die Politik, und der Bogen zum Ausgangspunkt zu spannen. Die Frauenbewegung war mit der Parole „Das Private ist politisch“ angetreten. Diese Parole ist heute in einem viel weiteren Sinne noch als damals gültig. Sie wurde in ihren vermarktungsfähigen Aspekten aufgenommen und für den Rest mit einer Gegenbewegung beantwortet: Mit den verbliebenen sogenannten Frauenproblemen sind all jene Probleme ins Private abgeschoben worden, die nicht in die Gesellschaft hineinpassen. Gegenüber dieser Entwicklung wäre das wirklich Private endlich wieder zu schützen, das vermeintlich Private und in ungerechtfertigter Weise Privatisierte aber wieder zu repolitisieren und ihm gegenüber Demokratie und Öffentlichkeit zu wahren. Die „Frauenfrage“ wäre aus der Familienpolitik heraus und in die Arbeitspolitik hineinzunehmen und als allgemeine soziale Frage zu behandeln. Wenn in einer aufbauenden Entwicklung das 19. Jahrhundert für die Frauenbewegung das Jahrhundert der Bildung, das 20. Jahrhundert das der Arbeit war, so könnte das 21. Jahrhundert das des Geldes wie seines Gegenübers, der Liebe bzw. der sozialen Beziehungen, werden. Der Kreis, den die Politik und die Macht umfaßt, könnte sich fürs erste schließen.

Es ist Zeit für eine Auseinandersetzung zwischen Frau und Mann, die auf einer Höhe stattfindet. Und also wären Tagungen zur Debatte eines solchen Projektes für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ durchzuführen; Kampagnen zu organisieren; eine bundesweite Institution, ein paritätischer Geschlechterrat für das Projekt, zu schaffen; gesellschaftliche Initiativen für seine Realisierung und eine neue Politik über die Mitte hinaus ins Leben zu rufen. spw

<sup>1</sup> Vgl. Mechthild Jansen, *Diana oder der dritte Weg*, erscheint Oktober/November, München 1999

<sup>2</sup> Zur Standortbestimmung der Frauen- und Gesellschaftspolitik vgl. ausführlich: Mechthild Jansen, *Das Claudia-Nolte-Phänomen*; Bonn 1997, sowie u.a. Mechthild Jansen, *Wo stehen wir in der Frauenpolitik? Wie müßte ein neuer Gesellschaftsvertrag an der Schwelle zum 21. Jahrhundert aussehen? Diskurse zur Gleichstellungspolitik*, FES, Bonn 1998

In Heft 106 der spw wurden Auszüge aus einem Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken veröffentlicht. Im Juso-Bezirk Mittelrhein wurden sowohl dieses Papier als auch ein im Sept. 1998 veröffentlichtes „Eckpunktpapier der Juso-Linken“<sup>1</sup> nicht ohne Widerspruch aufgenommen. Schon seit längerem setzt sich eine Mehrheit der Juso-Linken Mittelrhein kritisch mit der Mehrheitslinie der Juso-Linken auf Bundesebene auseinander. Unser Beitrag fußt zwar auf diesen Diskussionen im Bezirk Mittelrhein, gibt im Einzelnen jedoch nur unsere persönlichen Einschätzungen und Kritikpunkte wieder. Da wir nur wenig Platz zur Verfügung haben, haben wir uns für eine Erwiderung in Form knapper Thesen entschieden.<sup>2</sup>

Wir beziehen uns ganz bewusst auch auf Positionen, die von marxistischen SozialdemokratInnen in den letzten Jahrzehnten formuliert worden sind und die auch in dieser Zeitschrift ihren Niederschlag gefunden haben.<sup>3</sup>

In der spw sind nur Auszüge aus dem ersten Teil des Diskussions- und Strategiepapiers der Juso-Linken veröffentlicht worden; der zweite Teil zur Zukunft der Jusos als sozialistischen Richtungsverbandes ist den meisten LeserInnen daher nicht bekannt. Dies ist bedauerlich, werden hier doch die analytischen Aussagen in konkrete Politikvorschläge umgesetzt. Da u.E. diese beiden Teile zusammengehören, werden wir auch auf diesen zweiten Teil eingehen und die entsprechenden Aussagen, auf die wir uns beziehen, kurz referieren.

Um allen Fehlinterpretationen entgegenzutreten, stellen wir vorneweg klar, dass wir uns trotz aller Kritik im Einzelnen nach wie vor innerhalb der Juso-Linken verorten. Unser Beitrag dient einer notwendigen Verständigung über die politische Strategie und Programmatik dieser Strömung bei den Jusos. Wir wollen ihn ausdrücklich als konstruktiven Beitrag verstanden wissen und freuen uns auf die weitere Diskussion in der spw.

### Linke Perspektivdiskussion oder reale Abwehrkämpfe?

1. These: Die Juso-Linke konzentriert sich zu sehr auf eine akademische „linke Perspektivdiskussion“. Sie verkennt den Stellenwert, den reale Abwehrkämpfe gegen rot-grüne ‚Reformpolitik‘ haben werden.

Die Juso-Linke sieht als Folge des Regierungswechsels „neue Spielräume für die gesamte Linke“, da nicht mehr alle Kräfte auf den Abwehrkampf gegen konservativ-liberale Politik konzentriert werden müssten. (48)<sup>4</sup> Auch wir sehen nach der Abwahl der CDU/CSU/FDP-Regierung neue Spielräume. Doch anders als die Juso-Linke sind wir der Ansicht, dass die Abwehrkämpfe gegen die neoliberale Politik der alten Bundesregierung sehr schnell durch neue Abwehrkämpfe gegen rot-grüne ‚Reformpolitik‘ abgelöst werden.

Wir sind uns mit der Juso-Linken in der Kritik am Konzept des „Dritten Wegs“ einig.<sup>5</sup> Wenn es richtig ist, dass die Politik der neuen Regierung sich zwar nicht als bloße Fortführung der Politik der alten Regierung erweist, jedoch letztlich eine Spielart neoliberaler Politik ist und keine Wende hin zu einer ‚linken‘ Politik darstellt – wie sowohl die Juso-Linke als auch wir dies einschätzen –, erstaunt diese Unterschätzung der Bedeutung von Abwehrkämpfen um so mehr.

Wir meinen, (jungen) SozialistInnen würde es gut zu Gesicht stehen, das Schwergewicht ihrer Arbeit weniger auf Kongresse und Diskussionen über ein Alternativprojekt zu den Vorstellungen vom Dritten Weg zu legen und sich ansonsten auf das Knüpfen von Netzen zu beschränken, sondern sich mehr um reale gesellschaftliche Kämpfe verdient zu machen. Und nach Lage der Dinge werden diese Kämpfe in vielen Fällen nun einmal Abwehrkämpfe sein.

Dem steht jedoch eine durch nichts begründete Arroganz entgegen, mit der führende Persönlichkeiten der Juso-Linken auf „trotzige Traditionalisten“<sup>6</sup> schauen, über deren „Verteidigungsansatz“ (51) sie die Nase rümpfen. Was ist eigentlich falsch daran, „für eine Beibehaltung der sozialen Sicherungssysteme und die erkämpften Errungenschaften des fordistischen Wohlfahrtsstaates“ (ebd.) zu kämpfen? Sollen SozialistInnen etwa tatenlos zuschauen, wenn die rot-grüne Bundesregierung, angeführt durch Gerhard Schröder und Hans Eichel, Kürzungen im Sozialetat plant? Und wem soll es eigentlich nützen, über die „aufrechten sozialistischen Linken“<sup>7</sup> herzuziehen und ihnen – den Blair-Mitarbeiter (!) Geoff Mulgan zitierend – hinterherzurufen, sie hätten nicht viel mehr zu bieten als „ein bißchen mehr Keynesianismus, ein bißchen mehr Umverteilung und ein bißchen weniger Kapitalismus“<sup>8</sup>?

# Erneuerung braucht Druck von links!

Zum Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken

von Hans Günter Bell und Alexander Recht\*

Niemand stellt ernsthaft strukturelle Mängel der sozialen Sicherungssysteme und ihren Reformbedarf in Frage.<sup>9</sup> In der aktuellen Situation wären wir jedoch froh, wenn wenigstens die Forderungen nach Keynesianismus und Umverteilung durchsetzbar wären. Der ehemalige deutsche Finanzminister und SPD-Parteivorsitzende jedenfalls musste lernen, dass dieses „bißchen“ gegen das Monopolkapital und seinen Kanzler nicht durchsetzbar gewesen ist.

Auch wir sehen nach dem Regierungswechsel Chancen für die Linke, und zwar dort, wo es gelingt, die Regierung durch öffentlichen und innerparteilichen Druck in die Zange zu nehmen. Wir unterstellen allerdings, dass sich dieser Druck vor allem an den Fragen entwickeln wird, wo es um die von der Juso-Linken verschmähten Abwehrkämpfe gehen wird, und dass dieser Druck von denjenigen wesentlich mitentfaltet werden wird, die sie bereits abgeschrieben hat – nämlich von Traditionalisten, vor allem in den Gewerkschaften.

Um es zuzuspitzen: Manchmal sind uns diese Traditionalisten und aufrechten Sozialisten lieber als solche sozialdemokratischen Linken, die zwanghaft versuchen, sich immer „an die Spitze der Erneuerung zu stellen“.<sup>10</sup>

*Manchmal sind uns Traditionalisten lieber als solche sozialdemokratischen Linken, die zwanghaft versuchen, sich immer „an die Spitze der Erneuerung zu stellen“.*

\* Hans Günter Bell, Köln, geb. 1965, Stadtplaner, studiert in Duisburg Sozialwissenschaften, von 1988 bis 1995 Vorsitzender der Kölner Jusos, von 1995 bis 1999 stellv. Vorsitzender der Jusos Mittelrhein; Alexander Recht, Köln, geb. 1970, Dipl.-Kaufmann und Dipl.-Handelslehrer, Lehramtsanwärter an einem Berufskolleg in Düsseldorf, seit 1996 Vorsitzender der Kölner Jusos.

## Arbeit ohne Zukunft?

Eindrücke am Ende des Jahrhunderts

Juso-Landesverband Berlin,  
Tobias Pforte, Nicole Rosin (Hrsg.)

Ergebnisse eines Wettbewerbs  
der Berliner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten  
zum Thema Zukunft der Arbeit

spw-Verlag

Welche Wünsche haben Jugendliche heutzutage für ihre Zukunft? Wie erleben sie und wie reagieren sie auf gesellschaftliche Blockaden, die der Verwirklichung der eigenen Ansprüche in der Realität entgegenstehen? Die in diesem Band dokumentierten und kommentierten Beiträge des Wettbewerbs der Berliner Jusos zur „Zukunft der Arbeit“ gehen diesen Fragen nach – indem sie nicht die Diskussion über Jugendliche in den Mittelpunkt stellen, sondern diese *selbst* zu Wort kommen lassen. Zu diesen Beiträgen nehmen dann WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Jugendexperten Stellung.

Paperback, 122 Seiten,  
davon 8 S. farbige Abbildungen

Preis 14,80 DM,  
keine Versandkosten

Bestellungen an:  
spw-Verlag,  
Fresienstr. 26,  
44289 Dortmund  
Tel. 02 31 – 402 410  
Fax 02 31 – 402 416

E-Mail: [Verlag@spw.de](mailto:Verlag@spw.de)  
<http://www.spw.de>

### Unzureichende Etappenbestimmung

2. These: Die Juso-Linke nimmt keine Bestimmung der verschiedenen Etappen ihres politisch-strategischen Konzepts vor, sie beschränkt sich auf mittelfristige Maßnahmen und schweigt zum Ziel Sozialismus.

Die Umbrüche in der kapitalistischen Gesellschaft nachzuvollziehen und ein Alternativprojekt zu den Vorstellungen des Dritten Weges zu entwickeln, ist unbestreitbar notwendig. Wir sind jedoch der Ansicht, dass dies nur *ein* Bestandteil einer sozialistischen Strategie sein kann. Dem strategischen Ansatz der Juso-Linken wohnt aber eine Tendenz zur Verengung auf mittelfristige Forderungen inne. So banal die Einsicht ist, bei der Formulierung von Strategien zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zu unterscheiden – die Juso-Linke ignoriert diese sinnvolle Schrittfolge.

Der *erste Schritt* eines strategischen Konzepts sozialistischer Politik muss aus systemimmanenten, krisenentschärfenden Maßnahmen bestehen. Anfang der 80er Jahre wurde dies von VorläuferInnen der heutigen Juso-Linken noch so formuliert: „In der Wirtschaftskrise muß es Ziel (...) sein, dem Abbau von Sozialleistungen entgegenzutreten, Maßnahmen zur Steigerung der Konsumkraft der Bezieher besonders niedriger Einkommen durchzusetzen und auf staatliche Umverteilungsmaßnahmen im Interesse der arbeitenden Menschen Einfluß zu nehmen.“<sup>11</sup> Das ist damals richtig gewesen und ist es auch noch heute – zumal, wenn man die abhängig Beschäftigten, für die die Frage der Einkommensverhältnisse nach wie vor zentral ist, für die sozialistische Linke gewinnen möchte.

Der *zweite Schritt* besteht in der Entwicklung politischer Maßnahmen, die – systemimmanent – auf die Herstellung eines weniger krisenhaften Reproduktionsprozesses abzielen. In dieser Phase geht es jedoch auch bereits darum, einzelne systemfremde Elemente durchzusetzen bzw. bereits vorhandene auszuweiten. Die Überlegungen der Juso-Linken setzen vor allem auf dieser Ebene an (etwa der Vorschlag, eine Arbeitsversicherung einzuführen, die diskontinuierliche Erwerbsbiographien absichern soll<sup>12</sup>).

Allerdings dürfen SozialistInnen hier nicht stehen bleiben. Denn – um nochmals die „Herforder Thesen“ zu zitieren – „in der Forderung und Durchsetzung bestehender Reform-

projekte muß ..., um Illusionen zu vermeiden, auf deren Begrenztheit angesichts des Vorherrschens der kapitalistischen Profitlogik stets hingewiesen werden.“<sup>13</sup> Als *dritter Schritt* eines strategischen Konzepts ist es daher notwendig, den Übergang zu einer krisenfreien, klassenlosen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus anzustreben. Stichworte hierzu sind: gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, demokratische volkswirtschaftliche Planung etc. Wer will, kann Überlegungen hierzu in zahlreichen Veröffentlichungen, auch in der spw, nachlesen – leider jedoch nicht im Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken.

So verdienstvoll es also ist, solche Alternativen zum Kurs der Regierung aufzuzeigen, die in ein oder zwei Legislaturperioden umsetzbar wären – wie die Juso-Linke dies getan hat –, so wichtig ist jedoch ihre Ergänzung um tagespolitische Kämpfe einerseits und um die Vorstellung für einen weiterführenden Weg zum Sozialismus andererseits. Das Strategie- und Diskussionspapier der Juso-Linken müsste um diese beiden Schritte ergänzt werden.

### Unzureichende Analyse des Staatsmonopolistischen Kapitalismus

3. These: Die Kapitalismus-Analyse der Juso-Linken vernachlässigt die Eigentums- und Machtverhältnisse im Staatsmonopolistischen Kapitalismus und vermeidet es, ihn als solchen zu analysieren.

Bei der Analyse der „gegenwärtigen Realitäten des Kapitalismus“ (48 ff.) bedient sich die Juso-Linke des *Begriffsapparates der Regulations- bzw. der Fordismustheorie*<sup>14</sup>. Sie stellt fest, dass sich seit Mitte der 70er Jahre ein Umbruch des Akkumulationsregimes vollziehe, infolge dessen auch der nationale Wohlfahrtsstaat, die fordistische geprägten industriellen Beziehungen sowie die bisherigen Formen der repräsentativen Interessenvertretung infrage gestellt würden; eine neue Regulationsweise, die „die volkswirtschaftlichen Proportionen kohärent ... stabilisiere“ (49), sei noch nicht gefunden.

Dieser Analyse wollen wir nicht widersprechen, sie gibt bestimmte Tatbestände zutreffend wieder. Was wir jedoch bemängeln, ist zum einen, dass die Regulationstheorie – und damit auch die Juso-Linke – die Veränderungen der *Eigentumsverhältnisse* ausklammert und damit einen wesentlichen Bestimmungsfaktor für die ökonomische, politische und ideolo-

gische Verfasstheit der kapitalistischen Gesellschaft unberücksichtigt lässt.<sup>15</sup>

Zum anderen kritisieren wir die Verdrängung des Theorieansatzes, der der heutigen Juso-Linken einst ihren Zweitnamen gegeben hat: der *Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus* (Stamokap oder SMK).

Es sind nicht nur die aktuellen Entwicklungen, die unzählige Beispiele für das Zusammenwirken von Monopolen und Staat bieten, sondern auch die grundlegenden Erkenntnisse, die die SMK-Theorie über die Funktionsweise der Kapitalismus vermitteln kann, um derentwegen eine Auseinandersetzung mit dieser Theorie lohnt – auch wenn sie weniger ‚in‘ ist als die Regulationstheorie.<sup>16</sup>

Die Konsequenz dieser fehlenden Auseinandersetzung mit der Einbeziehung staatlicher Macht in die Konkurrenzbeziehungen der kapitalistischen Unternehmen ist die unzureichende Erfassung der realen Macht- und Herrschaftsstrukturen und damit auch der Widerstände gegen fortschrittliche Politik.

Innerhalb des SMK bestehen Optionen für unterschiedliche Entwicklungsrichtungen, und der staatliche Machtapparat wird durch die jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse beeinflusst – wobei es nicht nur um die Beeinflussung einzelner Entscheidungen, sondern auch um die politische Auseinandersetzung über unterschiedliche Varianten staatsmonopolistischer Entwicklung geht. Klassisch sozialdemokratische Programme bewegen sich immer innerhalb dieses systemkonformen Rahmens; auch Oskar Lafontaine hat sich innerhalb dieses Rahmens bewegt, indem er für staatliche Nachfragepolitik eingetreten ist. Trotzdem ist er gescheitert, denn die Linke ist z.Zt. zu schwach, um selbst die bescheidenen Zugeständnisse zu erkämpfen, die Lafontaine dem Kapital abringen wollte.

Solange die Juso-Linke jedoch noch davon ausgeht, die Linke verfüge „angesichts der Institutionalisierung sozialer Bewegungen und der Verankerung von Personen im wissenschaftlich-administrativen bzw. im kulturell-medialen Raum über erhebliche öffentliche Eingriffsmöglichkeiten“ (52), wird sie weiterhin abstrakte Konzepte entwickeln, die dann jedoch an den realen Machtverhältnissen grandios scheitern. Eine Rückbesinnung auf die SMK-Theorie kann helfen, diese Machtverhältnisse realistisch einzuschätzen.

### Wunschdenken und Selbstüberschätzung

4. *These*: Die Einschätzung der Aufgaben und Möglichkeiten der Jusos durch die Juso-Linke ist von Wunschdenken und Selbstüberschätzung geprägt.

Einerseits weist die Juso-Linke darauf hin, dass die Juso-Organisation „zunehmend unter Druck der Parteirechten gerät, die lieber eine regierungstreue SPD-Messdienertuppe haben möchte“ und dass „die Positionierung als ‚sozialistischer Richtungsverband‘ mehr als Phrase, denn als klar definierte Grundlage des eigenen Selbstverständnisses verwendet (wird)“. Zudem reproduzierten sich die Jusos „auf niedrigem Niveau“, es gebe kaum eine „organische‘ Verbindung zwischen Jugendkultur bzw. -protest und Juso-Verband“.

Andererseits werden die Jusos als „wesentliches Zentrum der sozialdemokratischen Linken“ beschrieben und wird ihnen die Aufgabe zugewiesen, „organisierender Kern zur Zusammenführung von außerparlamentarischen Kräften und Kompetenzen im Rahmen einer ‚Neuen Linken‘“ zu sein.

Passen Beschreibung und Aufgabenzuweisung zueinander? Wir meinen: Nein. Wenn die Beschreibung der Jusos richtig ist – und wir meinen, sie ist richtig –, dann kann man dieser Organisation nicht unvermittelt solche Aufgaben zuweisen, wie die Juso-Linke dies in ihrem Diskussion- und Strategiepapier tut.

Wir geben zu, dass auch wir angesichts der desolaten politische Lage ratlos sind und keine geschlossene Strategie anzubieten haben. Der erste Schritt aus dieser Ratlosigkeit ist es jedoch, sich voluntaristischen Scheinlösungen zu verweigern und eine realistische und selbstkritische Diskussion zu führen.

Beispielhaft greifen wir zwei Problemstellungen heraus:

Nach langen Jahren, in denen kaum ein junger Mensch zu den Jusos gefunden hat, strömen uns seit dem Sommer des letzten Jahres die Neumitglieder in großer Zahl zu. Der Pferdefuß dieser an und für sich erfreulichen Tatsache: Es sind vor allem junge Schröder-Fans, die mit dem Selbstverständnis der Jusos herzlich wenig anfangen können. Wir sehen nicht, dass eine solch große Zahl neuer Mitglieder von einer in der Fläche nur noch lückenhaft vorhandenen Juso-Organisation integriert wird. Zumal die Parteirechte mittlerweile vielfältige Ange-

bote organisiert hat, um diese jungen Menschen an sich zu binden („Youth for Schröder“, „SPD-Team“ etc.). Hier droht ein Wegrutschen der Jusos in die politische Beliebigkeit und die Reihen der Rechtssozialdemokratie.

Wir stimmen mit der Juso-Linken darin überein, „dass die Jusos ... ihren Charakter als ‚Massenverband‘ klassischer Prägung verloren haben“. Die Strukturen der Jusos entsprechen jedoch im wesentlichen noch Mitgliederstärke und Engagement der 70er Jahre. Und auch wenn es angesichts der aktuellen politischen Herausforderungen gegenwärtig nicht darum gehen kann „eine binnenorientierte ‚Verbandsreform‘ im Sinne eines Gremienumbaus“ zu betreiben, so werden die Jusos sich zumindest mittelfristig der überholten Strukturen entledigen müssen. Zu viele Kräfte werden in einer unnötigen Vielzahl von Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen und Konferenzen gebunden, das Wohnortprinzip entspricht schon lange nicht mehr der Lebenswirklichkeit junger Erwachsener, und die Einbeziehung der Jusos in die Meinungsbildung der Gesamtpartei ist nach wie vor unzureichend, da z.B. Delegiertenmandate weiterhin nur über die Ortsvereine vergeben werden.<sup>17</sup>

### Die Sozialdemokratie-Frage

5. *These*: Die Juso-Linke hakt die Frage nach der Zukunft von SozialistInnen in der SPD und nach organisatorischen Alternativen vorschnell ab. Ihre Hoffnung auf die Möglichkeit, als SozialistInnen auch mittelfristig innerhalb der SPD arbeiten zu können, könnte trügerisch sein.

Aus dem oben Gesagten wird deutlich, dass wir die Rolle der Jusos bei der „Re-Formierung“ der sozialdemokratischen Linken als nicht so dominant ansehen, wie es die Juso-Linke in ihrem Diskussions- und Strategiepapier einschätzt.

Wir plädieren außerdem dafür, sich angesichts der Zäsur, die der Angriff auf Jugoslawien in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bedeutet, Klarheit darüber zu verschaffen, welche Haltung man grundsätzlich der SPD gegenüber einnimmt. Kann eine Parteiführung, die ganz selbstverständlich einen zentralen Bestandteil des politischen Selbstverständnisses der Sozialdemokratie („Nie wieder Krieg!“) über Bord wirft, noch mit unserer Solidarität rechnen? Kann man für KandidatInnen, die einen völkerrechtswidrigen Krieg befür-

*Der erste Schritt aus der Ratlosigkeit ist es, sich voluntaristischen Scheinlösungen zu verweigern und eine realistische und selbstkritische Diskussion zu führen.*

**spw**



**HERFORDER  
THESEN**

Zur Arbeit von Marxisten  
in der SPD.

Wesentlich überarbeitete,  
erweiterte Ausgabe  
herausgegeben vom Bezirksvorstand  
der Jungsozialisten  
in der SPD Ostwestfalen-Lippe.

**SONDERHEFT 2**

*In einer aktiven  
Teilnahme an den  
gesellschaftlichen  
Protestbewegungen  
liegt der Schlüssel  
zum Wiedererstar-  
ken der Jusos und  
zur Bewahrung und  
Erneuerung ihres  
sozialistischen  
Selbstverständnisses.*

worten, Wahlkampf machen? Wir plädieren für eine konsequente Oppositionshaltung, dafür, den Kopf frei zu bekommen von all den selbst auferlegten Zwängen und Rücksichtnahmen.

Ob die parteipolitische ‚Heimat‘ deutscher SozialistInnen auf mittlere Sicht weiter in der SPD liegen wird, ist für uns eine offene Frage. Die Entwicklungen im europäischen Ausland bieten reichhaltigen Anschauungsunterricht für mögliche Veränderungen in der Parteienlandschaft. Zwar sehen auch wir aktuell kein alternatives Parteiprojekt und werden in der SPD bleiben, eine pauschale Festlegung, zur Überwindung der thematischen und organisatorischen Parzellierung der Linken seien „neue bzw. andere Organisationen“ (52) als die derzeit bestehenden nicht notwendig – wie die Juso-Linke dies formuliert –, ist jedoch eine unbegründete Einschränkung der Diskussionen.

**Intellektuelle Distanz zu den  
Klassenkämpfen**

6. These: Das A und O linker Politik ist die aktive Teilnahme an den Klassenkämpfen. Die Juso-Linke hält zu die-

sen Kämpfen jedoch intellektuelle Distanz.

So wichtig interne Strategiediskussionen sind, zentral für die Überwindung der Krise linkssozialdemokratischer Politikansätze sind sie u.E. nicht. Angesichts des desaströsen Zustandes der SPD muss das Augenmerk aktuell vor allem auf den gesellschaftlichen Kräften außerhalb der SPD liegen. Die von der Juso-Linken ausgegebene Parole, Netzwerke zu gründen und „soziale Bewegungen hegemonial vorzubereiten und politische Alternativen in den Köpfen zu verankern“ (52), weist zwar in die grundsätzlich richtige Richtung, ist uns jedoch zu sehr durch eine intellektuelle Distanz zu den realen Kämpfen geprägt.

Ein Blick in die Ideengeschichte marxistischer Jusos zeigt, dass Anfang der 80 Jahre noch erkannt wurde, dass Klassenbewusstsein weder individuell in den Köpfen einzelner, noch spontan aus den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Kämpfen entsteht, sondern vielmehr selbst Moment und Ergebnis des bewusst und organisiert geführten Klassenkampfes ist.<sup>18</sup> Und als Träger dieses Klassenkampfes wurden – nicht nur, aber vor allem – die Gewerkschaften ausgemacht.

Für manche mögen solche Sätze Schnee von gestern sein, eben ‚altes Denken‘. Entgegen den modischen Abgesängen auf die Gewerkschaften stellen wir jedoch fest, dass die erfolgreichsten Kämpfe gegen Pläne der alten Bundesregierung von eben diesen Totgesagten getragen worden sind.

Es geht uns nicht um eine romantische Verklärung der Gewerkschaften, nicht darum, von ihnen aktuell Dinge zu erwarten, zu denen sie erkennbar nicht in der Lage sind.<sup>19</sup> Es geht uns jedoch darum, gerade in der aktuellen politischen Situation von der Juso-Linken eine intensive Auseinandersetzung mit der Rolle der Gewerkschaften einzufordern.

Obwohl wir Jusos die „Doppelstrategie“ verbal hochhalten, sind wir in gesellschaftlichen Bewegungen nur selten eine relevante Gruppe. Hier müssen wir zunächst zu einer realistischen Einschätzung gelangen und die Gründe für den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit analysieren.

Der Juso-Linken würde ein wenig mehr Bescheidenheit gut zu Gesicht stehen. So sind die Jusos z.B. bei der Kampagne für eine Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze in der öf-

fentlichen Wahrnehmung hinter der DGB- bzw. IG-Metall-Jugend verschwunden, die mit ihrer Organisations- und vor allem Finanzkraft diese Kampagne dominierten. Ein Großereignis wie das Jugendfestival im Frankfurter Waldstadion im September letzten Jahres ist für die Jusos auch in Zukunft jenseits allem Vorstellbaren. Und die Distanz der Jusos sowohl zum Streik der Studierenden im WS 1997/98 als auch zu den Protesten gegen den NATO-Angriff auf Jugoslawien legt die große Diskrepanz zwischen den wolkigen Reden über die „Doppelstrategie“ und dem Alltag der Juso-Arbeit offen.

Dabei liegt in einer aktiven Teilnahme der Jusos an den gesellschaftlichen Protestbewegungen der Schlüssel zum Wiedererstarren der Jusos und zur Bewahrung und Erneuerung ihres Selbstverständnisses, sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation zu sein. Hier kann sich die von der Juso-Linken propagierte „erweiterte Kampagnenorientierung“, also die Verzahnung und Abstimmung von Juso-Kampagnen mit anderen Teilen der innerparteilichen und außerparteilichen Linken, bewei-

spw

- <sup>1</sup> Jobelius, Sebastian / Kohlrausch, Bettina / Mikfeld, Benny / Nolting, Miriam: Für eine Erneuerung des Juso-Verbandes. Eckpunktepapier der Juso-Linken; in: JL Info, Sept. 1998.
- <sup>2</sup> Ausführlicher haben wir einige unserer Positionen in zwei Papieren dargelegt: Im Mahlwerk der alltäglichen Sozialdemokratie, Köln 1997; Wie weiter mit den Jusos?, Beschluss der Bezirkskonferenz der Jusos Mittelrhein vom 7.11.1998.
- <sup>3</sup> Vgl. Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe (Hrsg.): Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin 1981 (2. Aufl.); Susi Möbbeck / Fiete Saß / Birgit Zörner (Hrsg.): Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen, Berlin / Dortmund 1989.
- <sup>4</sup> Die Seitenangaben beziehen sich jeweils auf: Umbrüche des Kapitalismus und Herausforderungen für eine Neue Linke; in: spw 2/99.
- <sup>5</sup> Vgl. hierzu auch: Bischoff, Joachim / Detje, Richard / Sander, Bernhard: Schröderisierung. Oder: Die Zukunft der Sozialdemokratie, in: Sozialismus 4-99, S. 5 ff.; Mikfeld, Benjamin / Westphal, Thomas: Die neue Mitte im Hochgeschwindigkeitsleerlauf, in: spw 2/99, S. 22 ff.; Dörre, Klaus: Der dritte Weg und die deutsche Sozialdemokratie, in: ebd., S. 32 ff.
- <sup>6</sup> Mikfeld, Benjamin: Führt der Dritte Weg in ein neues Zeitalter der Sozialdemokratie?; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/99, S. 444.
- <sup>7</sup> ebd., S. 443.
- <sup>8</sup> ebd., S. 444.
- <sup>9</sup> Vgl. u.a.: Butterwegge, Christoph: Was soll aus dem Wohlfahrtsstaat werden?, in: spw 3/99, S. 49 ff.

- <sup>10</sup> Mikfeld, Benjamin: a.a.O., S. 444.
- <sup>11</sup> Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe (Hrsg.): a.a.O., S. 57.
- <sup>12</sup> Dieser Vorschlag findet sich in dem nicht-dokumentierten Teil des Strategiepapier; aber auch in: Mikfeld, Benjamin / Wischmeier, Jessika: Innovation, Arbeitspolitik und neues Sozialstaatsverständnis, in: spw 4/98, S. 36 ff.
- <sup>13</sup> Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe (Hrsg.): a.a.O., S. 57.
- <sup>14</sup> Vgl.: Esser, Josef u.a. (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat – Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg 1994; Hirsch, Joachim / Roth, Roland: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg 1986.
- <sup>15</sup> Vgl. zur Kritik am Fordismus-Konzept: Heininger, Horst: Fordismus und SMK-

- Theorie, in: Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Heft 33, 1998, S. 136 ff.
- <sup>16</sup> An dieser Stelle fehlt uns der Platz, die SMK-Theorie zu näher zu erörtern. Daher müssen wir uns mit dem Verweis auf zwei neuere Aufsätze begnügen. Als Einstieg in die SMK-Theorie empfehlen wir Huffschmid, Jörg.: Weder toter Hund noch schlafender Löwe – Die Theorie des SMK, in: spw 2/95, S. 34 ff., sowie Heininger, Horst: Zur Aktualität der Theorie des SMK, in: Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Heft 31, 1997, S. 45 ff.
- <sup>17</sup> Vgl. zu dieser Diskussion Krämer, Ralf u.a.: Perestroika in der SPD. Vorschläge für die Parteireform, in: spw 2/90, sowie die Beiträge in den beiden Broschüren des Juso Landesverbandes NRW (Hrsg.): Perestroika in der SPD. Für einen neuen Typ

- von Partei und Politik, Düsseldorf o.J.; sowie Für die Öffnung, Verjüngung und Demokratisierung der SPD. Parteireform in der Diskussion, Düsseldorf 1991.
- <sup>18</sup> Vgl. Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe (Hrsg.): a.a.O., S. 44; die „53 Thesen“ sahen in einer gewerkschaftlich orientierten Politik „das soziale, klassenpolitische Fundament einer weitgefächerten demokratischen Bündnisstruktur“
- <sup>19</sup> Die Haltung des DGB-Bundesvorstandes zum NATO-Angriff auf Jugoslawien spricht hier Bände und bewahrt wieder einmal vor allen Illusionen in die deutschen Gewerkschaften. Die breite Unterstützung für den Anti-Kriegs-Appell des Forum Gewerkschaften der Zeitschrift Sozialismus verweist jedoch auch auf die Stärke der Gegenkräfte in den Gewerkschaften.

Frieden zu schließen ist ein Begriff, der im Laufe dieses Jahrhunderts seinen Charakter verändert hat.

Normalerweise wurde ein Krieg mit einem Friedensvertrag beendet. Sieger und Verlierer standen fest. Die Machtprobe war entschieden. Gewinn und Verlust wurden durch Territorien und Reparationen festgelegt. Und dann begann das Spiel von neuem. Im europäischen Maßstab hatten wir in Versailles und mit den Vorort-Verträgen einen solchen Friedensschluß letztmalig.

Diese Verträge trugen den Keim ihres Scheiterns schon in sich, entweder weil sie den Verlierern auferlegt waren – und die blieben nicht immer so schwach, oder weil ihre Fehler Langzeitwirkungen hatten und neue Konflikte hervorriefen. Vom Nahen Osten bis nach Jugoslawien ist das zu studieren.

Ich erinnere mich an den Geschichtsunterricht im Gymnasium während der Nazizeit. Wir nahmen J. Bainville durch: Les consequences politiques de la paix. Dieser französische Nationalist hat bekanntlich Anfang der zwanziger Jahre Versailles kritisiert: Der Vertrag sei zu hart, um nicht das Gefühl der Demütigung und des Willens zur Revanche bei den Deutschen zu wecken, und er sei nicht hart genug, um deutschen Revisionismus zu unterdrücken. In wenigen Jahren, so prophezeite Bainville, wird es in Deutschland einen Führer geben, der sich dies zu nutze machen wird. Und unser Lehrer verwies auf die geschichtlich legitimierte Politik, die der Führer gerade betrieb.

### Die Macht der Ordnung durch Abschreckung...

Diese Fehler der Sieger wurden nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr gemacht. Dafür konnten sie andere nicht vermeiden. Dennoch begann das Spiel nicht von neuem. Dieser bemerkenswerte Unterschied wird auch nicht grundsätzlich dadurch relativiert, daß es ein paar Friedensverträge für Staaten gab, deren territorialer Besitzstand nicht oder kaum umstritten war. Die Ursache für diesen qualitativen Unterschied sehe ich in dem Zusammentreffen von zwei Faktoren:

1. Aus den Siegern über den Faschismus entwickelten sich Gegner.
2. Die amerikanische Atom-bombe ließ Stalin zurückhaltend sein, und die sowjetische Atombombe – etwas später – ließ Washington vorsichtig werden.

Als Ende der fünfziger Jahre Amerika zum ersten Mal in seiner Geschichte durch Interkontinental-Raketen getroffen und verwundet werden konnte, gegen die es keine Abwehr gab, reagierte es empfindlich. Es änderte seine Strategie der massiven Vergeltung, die es zum Schutze seiner Verbündeten verkündet hatte, und ging zu einer abgestuften Abschreckung über. Weder Berlin noch Moskau waren es wert New York zu riskieren. Beide Seiten zeigten beachtliche Verantwortung und schreckten vor der Unberechenbarkeit der Folgen zurück, wenn die atomare Schwelle erst einmal überschritten wäre. Wir haben das zu unserem Glück in Berlin und 1962 in Kuba erlebt.

Was also unter anderen Umständen – also in Zeiten ohne die gegen-

## Neue Probleme des Friedensschlusses am Ende dieses Jahrhunderts

von Egon Bahr\*

seitig gesicherte Zerstörung – zu einem Konflikt geführt hätte, schwere Zwischenfälle, die früher Kriege ausgelöst hätten, wurde zu einem Kalten Krieg heruntergekühlt. Was dabei herauskam, war die Bewahrung des Status Quo. Die Sieger behielten ihre unkündbaren originären Rechte, integrierten ihre Gebiete in ihr jeweiliges System und widerstanden jeder Versuchung eines separaten Friedensvertrages, weil keine Seite ihre Ansprüche aufgeben wollte, eines Tages über das Ganze zu entscheiden.

Man könnte diesen Zustand, der nach dem Ende des zweiten Welt-

\* Es handelt sich um den geringfügig redigierten Text des Eröffnungsvortrages zum Internationalen Historiker-Kongreß „Versailles – nach 80 Jahren“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf am 28. Juni 1999.



kriegs für Zentraleuropa etabliert wurde, einen friedlichen Nicht-Frieden nennen. Wissenschaftlich gesehen war diese völkerrechtliche Hängepartie eigentlich unordentlich. Praktisch aber haben die beiden Blöcke eine erstaunliche Stabilität für Europa bewirkt. Annähernd 40 Jahre lang gab es keinen Kriegstoten in Europa. Die Disziplin der Blöcke strahlte sogar auf die neutralen und Nicht-Gebundenen Staaten Europas aus. Sie profitierten von dieser Stabilität und lebten im Windschatten dieser Ordnung insgesamt sicher, ob es sich nun um Finnland oder Österreich, Schweden oder Jugoslawien handelte.

#### ... und ihr Preis

Die Macht dieser Ordnung durch Abschreckung hatte einen hohen Preis. Die nicht ausgetragenen alten Animositäten zwischen den Völkern, nationale Wünsche nach Selbstbestimmung, diesem konfliktträchtigen Geschenk Wilsons am Ende des ersten Weltkriegs, die ethnischen Spannungen, die nicht beglichene alten Rechnungen – alles das wurde auch eingefroren und wurde virulent in dem Augenblick, in dem der Kalte Krieg zu Ende war und die Korsettstangen seiner Disziplin verschwanden.

Allerdings zeigte sich ein enormer Unterschied zwischen Ost und West. Im Westen nämlich hatte die EWG, am Anfang nur der wirtschaftliche Flankenschutz für die militärische Verteidigungsorganisation der NATO, ein Eigenleben entwickelt, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder verflochten und einen Zustand geschaffen, von dem man nur träumen

konnte. Die Integration hat Kriege zwischen ihren Mitgliedern faktisch unmöglich gemacht, nationale Grenzen zu administrativen Linien degradiert und Erbfeindschaften sanft entschlafen lassen. Niemand trauert dem Entschlafenen nach. Für unser Thema des Friedensschlusses heißt das: Westeuropa hat einen Frieden erreicht, der nicht durch den einmaligen Akt eines formellen Vertrages zustande kam, sondern Ergebnis eines vierzigjährigen Prozesses gewesen ist. Das ist nun viel stabiler als jeder Friedensvertrag, wohl praktisch unkündbar und im fortdauernden Interesse aller.

Diese Lektion aus der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts darf nicht aus den Augen verloren werden, wenn es um neue Probleme des Friedensschlusses geht, die es de facto nur für jene Länder gibt, die außerhalb der EU existieren. Sie leiden unter den ungebändigten Freiheiten, die ihnen den Luxus kleiner begrenzter Kriege gestattet. In den meisten Fällen reicht die Souveränität, sie zu beginnen, aber nicht, sie allein zu beenden.

Abstrakt stellt sich also die Aufgabe, jenen stabilen Frieden, den der Westen genießt, auf den Osten zu übertragen. Mit anderen Worten, in Europa eine Ordnung zu schaffen, in der es – statt der Hunderttausend Kriegstoten der letzten acht Jahre – abermals keine Kriegstoten mehr gibt. Diesmal ohne Zwang und Unterdrückung. Noch etwas anders gesagt: Nach dem mißglückten ersten Anlauf von Versailles, der gefährlichen aber glücklicherweise stabilen Hängepartie nach dem zweiten Weltkrieg nun

zum dritten Mal endlich unzerbrechbaren Frieden auf unseren Kontinent zu bringen.

#### Exkurs: Friedensbegriff

Bevor ich Schlüsse aus diesen Überlegungen ziehe, soll eine Parenthese über den Begriff des Friedens eingefügt werden. Insbesondere in den letzten zwanzig Jahren ist mehrfach mit wechselnden Fronten darüber gestritten worden, daß von Frieden eigentlich nur in einem umfassenden Sinn gesprochen werden könne. So lange die gesellschaftlichen, die umweltpolitischen, die wirtschaftlichen und andere Aspekte nicht berücksichtigt werden, könne man von Befriedung, im Sinne von einem allgemein akzeptierten als gerecht empfundenen Zustand nicht sprechen. Frieden verlange mehr, als durch Einsatz von Waffen zu erreichen sei. Wie richtig das ist, erleben wir im Kosovo. Das Militär garantiert den Waffenstillstand als Voraussetzung für den Frieden, der noch lange nicht in Sicht ist. Dennoch vertrete ich weiter die Auffassung, daß Frieden zunächst und prioritär als Abwesenheit von Krieg definiert werden muß. Willy Brandt hat dafür die etwas holprige Formel geprägt: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Das ist Realpolitik im Gewand höherer Werte. Sie meint: Nur wer am Leben bleibt, kann der Demokratie zustreben, die Umwelt bewahren und Hunger bekämpfen. Wenn es bei uns Krieg gegeben hätte, hätten die meisten Deutschen nicht einmal die Freiheit retten können. Die Bändigung des Krieges, seine Verhinderung oder Beendigung ist die Priorität, hinter der erst die Politik zu einem umfassenden Frieden beginnt.

#### 1975 und die Idee des Gewaltverzichts

Die Deutschen, geteilt, schwach und ohne Friedensvertrag hatten deshalb den begrifflichen Wunsch nach Entspannung, Abbau der Konfrontation, nach Regeln, damit die Koexistenz friedlich bleiben und kooperativ würde. Die ungewöhnlich fruchtbare deutsche Idee, um das zu erreichen, hieß Gewaltverzicht. Daraus wurde in Helsinki 1975, in der KSZE, in der Charta von Paris ein europäisches Konzept, das die Grundregeln des europäischen Zusammenlebens formuliert.

Keine Grenze, wann und wie immer sie zustande gekommen ist, soll

*Westeuropa hat einen Frieden erreicht, der nicht durch den einmaligen Akt eines formellen Vertrages zustande kam, sondern Ergebnis eines vierzigjährigen Prozesses gewesen ist.*



mehr durch Gewalt verändert werden. Jede Seite kann bei ihren Zielen bleiben, unter der überragenden Voraussetzung, daß sie zu ihrer Durchsetzung keine Gewalt anwendet. Jeder Staat, wie immer er sich organisiert, ob mehr oder weniger demokratisch, ob christlich, islamisch oder nicht religiösen Wertvorstellungen verbunden, muß in den Gewaltverzicht einbezogen werden. Er ist das Fundament von Ordnung und Stabilität, die Quelle friedlicher Transformation von Konflikten, weil er die Voraussetzung schafft und die Bereitschaft fördert, Haß zwischen den Kontrahenten abzubauen und durch Vernunft zu ersetzen.

Für Jugoslawien muß Gewaltverzicht jedenfalls zum Grundgesetz werden, ohne das alle Überlegungen zum Wiederaufbau unter europäischen Perspektiven auf Sand gebaut wären. Es wäre verrückt und aussichtslos, sich neue Grenzen ausdenken zu wollen, die alle Beteiligten als ethnisch gerecht empfinden.

Die Philosophie des Gewaltverzichts will das Recht, das sich der Stärkere nimmt, durch die Stärke des Rechts ersetzen. Sie ist das Mittel der Emanzipation der Schwächeren gegenüber den Stärkeren. Gewaltverzicht ist das Konzept Europas für Sicherheit und Stabilität.

Vertraglich auf Gewalt zu verzichten, muß der Globalmacht abstrus erscheinen. Sie kann sich globale Power-Projection leisten. Das ist das Gegenteil von Gewaltverzicht. Ich will hier nicht auf die Unterschiede der Interessen und Möglichkeiten eingehen zwischen dem militärisch uneinholbaren Amerika und einem Europa, dessen Stärke in seinen wirtschaftlichen und politischen Fähigkeiten liegt. Wir haben gerade erlebt, daß Europa, mit Mut und Augenmaß, sogar unter stiller deutscher Führung imstande ist, Amerika zu einem diplomatischen Ende des Krieges zu bewegen, statt bis zur bedingungslosen Kapitulationserklärung Belgrads weiter zu bombardieren.

Gewaltverzicht ist das Mittel Europas, Kriege zu beenden und den Ausbruch von Kriegen zu verhindern. Wir haben es mindestens mit einhalb Dutzend potentieller Jugoslawiens zwischen der Ostgrenze der NATO und China zu tun. Bei genauem Hinsehen erkennt man, daß der Frieden, wie er im umfassenden Sinne durch die europäische Union ver-

wirklicht wurde, heute und im Übergang zum nächsten Jahrhundert nicht für ganz Europa auf der Tagesordnung steht. Und gar nicht stehen kann, weil der erforderliche Prozeß Zeit braucht. Es kann also für den gesamten Kontinent jetzt „nur“ um die Vorstufe, die Stabilität, den Frieden als Abwesenheit von Krieg gehen. Wenn das gelänge, wäre es gewaltig. Es wäre die Abschaffung von Kriegen zwischen Staaten auf unserem Kontinent, keine Vision, sondern in überschaubarer Frist zu verwirklichendes Programm.

Wie sich die Dinge darstellen, geht es also am Ende unseres Jahrhunderts nicht um formale Verträge, sondern um vertraglich gesicherten Ausschluß von Gewaltanwendung zwischen Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen.

Die deutsche Einheit ist erreicht worden, indem zwei Staaten in ihren Grenzen die zwischen ihnen liegende einvernehmlich aufgehoben haben und eingebunden wurden in ein Sicherheitssystem, in diesem Falle die NATO, die das Instrument der Kontrolle über Deutschland darstellt. Deutschland liegt an der Leine, hat Baker formuliert. Es ist weder allein kriegsführungs- noch kriegserklärungsfähig. Und stellt keine Bedrohung für seine Nachbarn dar. Umgekehrt haben Tschechien und die Slowakei einvernehmlich eine Grenze zwischen ihnen geschaffen. In beiden Fällen wurde das Selbstbestimmungsrecht durch den Gewaltverzicht gezähmt.

**Gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur schaffen**

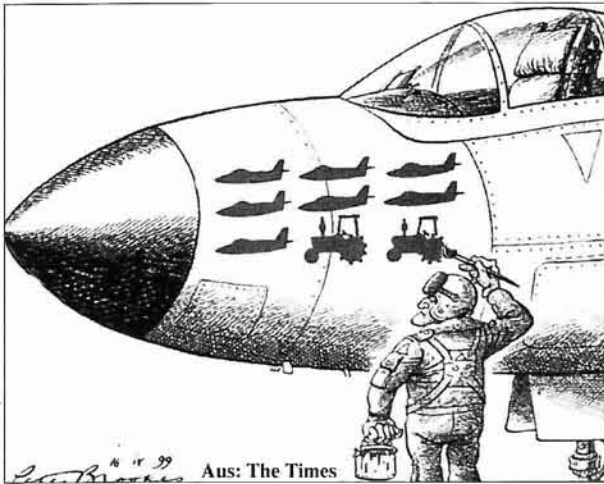
Auf der Tagesordnung steht der Bau einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur, die es per definitionem nicht ohne Rußland geben kann und alle Staaten zwischen Lissabon und Wladiwostok einschließen muß, die sich daran beteiligen wollen. Um Großen wie Kleinen Sicherheit garantieren zu können, braucht man die nötigen Organe, bis hin zu der Verpflichtung aller, gegen den vorzugehen, der die vereinbarten Regeln bricht. Der Gewaltverzicht zur Veränderung bestehender Grenzen verlangt natürlich, daß jede Minderheit auf jeder Seite jeder Grenze über die gleichen Rechte verfügt. Den Ansatz zu einer solchen Struktur gibt es in Form der OSZE, die auszubauen wäre, damit sie diese Aufgabe erfüllen kann.

Diese Art der Sicherheitsstruktur verlangt die Einbeziehung aller verantwortlichen Regierungen, gleichgültig, ob es sich um ehemalige Kommunisten, um Diktatoren, autoritäre Regime oder solche auf dem Wege zur Demokratie, um orthodoxe oder gläubige Moslems handelt. Nicht einmal der unsägliche Milosevic darf ausgeschlossen werden. Wir haben gerade erlebt, daß die Autorität des angeklagten Kriegsverbrechers unentbehrlich für die Unterschrift unter die Bedingungen des Waffenstillstands war. Wir konnten schließlich nicht warten, bis dort eine in unserem Sinne legitime demokratische Regierung etabliert ist. Zur Unterschrift für die Verpflichtungen der europäischen Sicher-

*Keine Grenze, wann und wie immer sie zustande gekommen ist, soll mehr durch Gewalt verändert werden. Gewaltverzicht ist das Mittel Europas, Kriege zu beenden und den Ausbruch von Kriegen zu verhindern.*



Foto: Christian Kiel (Krefeld)



heitsgemeinschaft sind alle willkommen. Wenn es um Sicherheit ging, hatte der Westen bekanntlich keine moralischen Bedenken, solche Verträge auch mit dem Reich des Bösen abzuschließen. Die familiäre Intimität der europäischen Union ist da nicht gefragt, der weder die USA noch Rußland angehören wollen oder können, aber für die Sicherheit sind beide eben unentbehrlich. Um Krieg auszuschließen, ist gedanklich und praktisch zwischen dem wirtschaftspolitischen und dem sicherheitspolitischen Sektor zu unterscheiden. Das verlangt ein europäischer Friedensschluß im Übergang zum nächsten Jahrhundert.

#### Emanzipierung von Amerika

Seine Probleme beinhalten auch, neben allem anderen, ob Europa fähig ist, eine gewisse Emanzipierung von Amerika zu erreichen. Emanzipierung von Amerika darf nicht mit einem dummen Antiamerikanismus verwechselt werden. Der junge Mensch, der volljährig wird und sich von seinen Eltern emanzipiert, wird selbständig und selbstverantwortlich, aber kein Gegner seiner Eltern. Die europäische Selbständigkeit ist die Folge der beseitigten potentiellen Bedrohung aus dem Osten. Die geostrategischen Interessen sind nicht mehr, wie noch in der Zeit des Ost-West-Konflikts, deckungsgleich. Die USA haben eine globale Verantwortung. Europa muß sagen: Europe first. Die Weltmacht darf das nicht.

In amerikanischen Augen erscheint NATO-Europa als Protektorat auf den Westteil des eurasischen Kontinents. Das ist keine Beleidigung, sondern im Jugoslawien-Krieg erlebte Realität. „Wozu hat man die beste Armee der Welt, wenn man damit

nichts machen darf“, wird Madame Albright zitiert. Kein Europäer könnte auf die Idee kommen, ähnliches von sich zu geben. Die europäische Stärke liegt in der Politik der vereinbarten und immer enger werdenden Zusammenarbeit. Überspitzt könnte man formulieren: Das europäische Konzept der zivilen Gewalt ist eben anders als die uneingeschränkte, nicht angekränkelte amerikanische Gewißheit der überlegenen militärischen Macht. Das europäische Konzept der zivilen Gewalt ist übrigens im Falle aller Fälle durch Amerikas fortdauerndes Interesse am gesicherten Westteil Eurasiens gedeckt. Amerika würde es kaum einfallen, von einer multipolaren Welt zu sprechen. Die aber sieht man in Paris und Moskau, neuerdings auch in Bonn.

Die Logik von vierzig Jahren europäischer Entwicklung führte zum EURO. Mit dem EURO hat Europa den währungspolitischen Anspruch auf eine globale Rolle erhoben. Wenn das ein Erfolg werden soll, wird die Fortsetzung zwingend, auch außenpolitisch selbständig und emanzipiert zu agieren. Die Handlungsfähigkeit einer Politik muß der über seiner Währung folgen; denn wo hätte die Währung eines Protektorats bei Außenstehenden jemals genügend Vertrauen geweckt, sie zu stärken? Da könnte man im Dollar besser aufgehoben sein.

So wenig der EURO eine Kriegserklärung gegen den Dollar war, so wenig wäre die Europäisierung Europas ein unfreundlicher Akt gegenüber Amerika. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten würden entlastet durch eine Ordnung in Europa, in der ihre militärische Anwesenheit eine Art Notbremse wäre – eingebaut, aber kaum benutzt. Amerika könnte global tun, was es für richtig hält, aber in Europa hätte es die Regeln der Ordnung zu befolgen. Das ist der Preis seiner Entlastung, den es im Prinzip schon entrichtet hat, als es die Charta von Paris unterschrieb, sich am auszubauenden Vertragswerk der OSZE beteiligte und die NATO-Rußlandakte lobte.

Ein politisch handlungsfähiges Europa nimmt Amerika nichts von seiner militärischen Stärke. Es kann nur dafür sorgen, daß sie hier weniger gebraucht wird. Der atomare Schirm bleibt ohnehin, und ein nachlassendes Interesse Amerikas ist nicht zu befürchten: Dafür bleibt der Westteil Eurasiens global zu wichtig. Vielleicht kann Amerika auf diesem Wege sogar

erfahren, daß die Summe seiner imponierenden gesellschaftlichen und kulturellen Kräfte sogar attraktiver ist als seine überwältigende militärische Macht.

#### Nach dem Krieg gegen Jugoslawien

Nachdem der Schwall transatlantischer Bekundungen verhallt ist und sich der Qualm über den Trümmern Jugoslawiens gelegt hat, wird der Widerspruch zwischen der amerikanischen und der europäischen Logik unübersehbar. Es ist der Widerspruch zwischen dauernder amerikanischer Dominanz über Europa nach dem Rezept Roms: „Divide et impera“ und der Handlungsfähigkeit Europas nach eigenem Recht. Der Krieg und die Art, wie er beendet wurde, hat den Unterschied zwischen Beherrschung und Selbstbestimmung Europas gezeigt.

Die Voraussetzungen sind günstig. Die neue Strategie der NATO, die beim fünfzigsten Geburtstag des Bündnisses beschlossen wurde, hat ihr Interessengebiet, vorsichtiger geworden, auf den euro-atlantischen Raum begrenzt. Die Neigung, über das Vertragsgebiet hinaus zu intervenieren, ist spürbar geringer geworden. Der Gipfel in Köln hat das Verhältnis zwischen Washington und Moskau soweit entspannt, daß der Geist der Partnerschaft wiederbelebt werden kann. Die positiven Ergebnisse der KSE sollen nun im November 1999 vorliegen und damit die Grundlage für kontrollierte Sicherheit für alle Staaten zwischen der NATO und Rußland schaffen.

Dann kann die Weichenstellung zu einer neuen europäischen Ostpolitik zu Gunsten gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen erfolgen. Das Interesse der NATO, sich zu erweitern, widerspricht dem Interesse Europas, seine Sicherheit nicht mehr und nicht wieder zu teilen. Wenn die NATO bestimmt, kann Europa nicht bestimmen. Das wird die Entscheidung bis weit in das nächste Jahrhundert prägen.

Die Probleme des Friedensschlusses in Europa stehen nach dem Ende des unerklärten Krieges in Jugoslawien auf dem Prüfstand. Wie oft in solchen Fällen ist die Diagnose einfacher als die Therapie. Die Überleitung zu einer funktionierenden zivilen Verwaltung der Provinz ist noch nicht erreicht. Der Zeitbedarf dafür ist nicht zu übersehen. Ob die internationalen Streitkräfte in einen Partisanenkrieg

*Das Interesse der NATO, sich zu erweitern, widerspricht dem Interesse Europas, seine Sicherheit nicht mehr und nicht wieder zu teilen.*

verwickelt werden, und wie lange der dauert, ob er sich nach Wochen oder nach Monaten bemißt, kann niemand verläßlich voraussagen, natürlich ebensowenig, wie die politisch-psychologische Landschaft danach aussieht. Ob dann die Bedingungen für Autonomie innerhalb Jugoslawiens praktisch noch gegeben sind, ob der Druck auf Selbständigkeit eines faktisch serbenfreien Kosovo übermächtig wird, ob es zu einer Teilung kommt.

**Jugoslawien als ein Modell für den europäischen Frieden**

Trotz dieser Ungewißheiten geht es in Jugoslawien um ein Modell für den europäischen Frieden. Zum einen sind die Grenzen deutlich geworden, was mit militärischer Macht erreicht werden kann und was nicht. Zum anderen hat das bedauernswerte Jugoslawien darunter zu leiden, daß die Mischung von religiösen und ethnischen Konflikten, die potentiell in Osteuropa und auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion vorhanden sind, mitten durch dieses Land gehen, römisch-katholisch, orthodox und islamisch. Die Erkenntnis ist unabweisbar, daß diese konfliktträchtige Mischung nicht durch die NATO aufgelöst werden kann, daß Rußland dazu unentbehrlich ist, und die Ukraine und Griechenland und Bulgarien und Polen und Rumänien, also Staaten nötig sind, die teils der NATO angehören und teils nicht. Eine Kosovo-Lösung ist ein europäisches und nicht ein NATO-Problem. Es kann nur nach europäischen Regeln gelöst werden und entzieht sich der Regelung durch die militärischen Instrumente des Bündnisses.

Der europäische Modellcharakter wird sich auch aus einem anderen Zusammenhang ergeben. Die Staaten und Völker und Gruppen, die zwischen der NATO und der chinesischen Grenze Veränderungen wünschen oder fürchten, werden sehr genau verfolgen, ob und wie der europäische Weg funktioniert, welche Perspektiven er für sie erhoffen läßt, ob der Weg über die Gewalt als unausweichlicher Ausweg erscheint, ohne Rücksicht auf Verluste, oder ob die friedliche Vereinbarung für sie eine aussichtsreiche Chance eröffnet.

Mit anderen Worten: Das Prinzip des Gewaltverzichts wird bei der Stabilisierung Jugoslawiens auf die Probe gestellt, ob es nicht nur für die Zeit des Ost/West-Konflikts getaugt hat

oder ob es für die Zeit danach richtungweisend bleibt. Zu diesem Prinzip gehört auch, daß Grenzen im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden können. Was praktisch dazu führen könnte, daß diejenigen, die den Waffenstillstand herbeigeführt haben, bereit sein müßten, jegliche Grenzänderung anzunehmen, auf die sich die Beteiligten in der Region verständigen. Nach Lage der Dinge sind die Beteiligten in der Region nicht nur die Serben und die Albaner.

Es liegt nahe, dafür das Instrument der OSZE zu benutzen, also durch eine Konferenz, die nach den Ordnungsvorstellungen dieser Organisation vorgeht, die Elemente einer stabilen Ordnung zu entwickeln und zu vereinbaren. Ein bloßes Programm für wirtschaftliche Hilfen greift da zu kurz, ganz abgesehen davon, daß die Wirtschaft die Investitionen für den Aufbau nicht vornehmen oder Banken die nötigen Kredite kaum bewilligen werden, so lange nicht Stabilität, also Gewaltlosigkeit, sprich Frieden annähernd garantiert ist.

Die Jugoslawien-Regelung wird Modellcharakter aus einem weiteren Grund erhalten. So unentbehrlich für die Stabilität in Europa Deutschland war und bleibt, so unentbehrlich ist Serbien für die Stabilität in Jugoslawien. Es bestrafen, benachteiligen oder nicht beteiligen zu wollen, verlängert den Prozeß für eine Gesamtregelung.

Das Ende des Krieges hat deutlich gemacht: Die Gewinnung des Friedens ist eine europäische Aufgabe. Die Ausblendung des Balkans aus dem Interesse Westeuropas ist nicht mehr möglich. Stabilität ist nicht durch Begrenzung auf den Kosovo oder auf Jugoslawien, sondern nur zu erreichen, indem die Gesamtregion ins Auge gefaßt wird. Für die Gesamtregion muß eine Perspektive entwickelt werden, die sie zu einer Region der europäischen Union macht, und damit, was Kraft, Geld und Zeit angeht, ein System kommunizierender Röhren in der Politik der bisherigen EU-Erweiterungen sichtbar werden läßt. Ich will das jetzt nicht vertiefen, sondern nur die historische Dimension deutlich machen, die Tragweite dessen, was jetzt auf dem Spiel steht, in den nächsten Monaten mit Auswirkungen weit in das nächste Jahrhundert hinein.

Ich fasse zusammen: Im Übergang zum nächsten Jahrhundert stellen sich die Probleme des Friedensschlusses in Europa nicht mehr in der klassischen Form von Friedensverträgen, sondern in der Verknüpfung langfristiger Interessen ehemaliger Gegner an stabiler Sicherheit, um Krieg durch kontrollierte Verpflichtungen auszuschließen, um so die Voraussetzung für einen Prozeß fortschreitender wirtschaftlicher Verflechtungen zu schaffen, an dessen Ende Frieden im umfassenden Sinne herauswächst.

*So unentbehrlich für die Stabilität in Europa Deutschland war und bleibt, so unentbehrlich ist Serbien für die Stabilität in Jugoslawien.*

spw



# spw

verschenkt 2 Bücher für 1 neues spw-Abo.

Bitte zwei Kennziffern auf der spw-Abokarte für spw-Buchprämien angeben.



A

Jürgen Ritsert  
**Soziale Klassen**  
(Enstiege Band 8),  
171 Seiten,  
Ladenpreis DM 29,80



B

Christoph Görg  
**Gesellschaftliche  
Naturverhältnisse**  
(Enstiege Band 7),  
190 Seiten,  
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle, Sabine Hering  
**Lila ist Trumpf**  
Eine Bildergeschichte  
zur deutschen Frauenbewegung,  
174 Seiten, Ladenpreis DM 29,80



D

Wolfgang Hecker, Rainer Rilling  
**Politik im Internet**  
Eine Suchhilfe,  
100 Seiten mit Diskette,  
Ladenpreis DM 14,90



E

Reinhard Kühnl  
**Der deutsche Faschismus in  
Quellen und Dokumenten**  
576 Seiten, Ladenpreis DM 20,-



F

Gisela Preuschhoff  
**Komm, wir spielen  
was zusammen**  
100 Spiel-Tips für Leute von 0 – 99,  
212 Seiten, Ladenpreis DM 19,80